

Deutsche und Polen in Europa

Nationale, regionale und kommunale Aspekte der EU-Osterweiterung



3. Kommunalpolitischer Kongreß

*der Landsmannschaft Ostpreußen
in Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen*

3. bis 5. Oktober 2003 in Köln am Rhein

Deutsche und Polen in Europa.

Nationale, regionale und kommunale Aspekte
der EU-Osterweiterung

3. Kommunalpolitischer Kongreß

der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
in Verbindung mit dem Bund der Vertriebenen

vom 3. bis 5. Oktober 2003
in Köln am Rhein

Leitung

Bernd Hinz

Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Parkallee 84 – 86, 20144 Hamburg

Redaktion: Bernhard Knapstein
Peter Wenzel

Übersetzungen: Doris Goralczyk, Vereidigte Dolmetscherin und Übersetzerin

Bilder: *Preußische Allgemeine Zeitung*

Bild Umschlagseite:
Deutsche und polnische Kongreßteilnehmer vor Historischem Rathaus zu Köln

Inhaltsverzeichnis

Bernd Hinz <i>Stellvertretender Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen</i>	Begrüßung und Einführung in den Kongreß	4
	<i>Pozdrowienia i wprowadzenie w Kongres</i>	6
Herbert Winkelhog <i>Stadtdirektor der Stadt Köln</i>	Grußwort	9
	Stowo przywitania	12
Joachim Kardinal Meisner <i>Erzbischof von Köln</i>	Grußwort	15
	Stowo przywitania	17
Armin Laschet <i>Mitglied des Europäischen Parlaments</i>	Stehen die Einheit Europas und die regionale und nationale Identität im Widerspruch?	20
	Czy jedność Europy oraz tożsamość regionalna i narodowa są wobec siebie w sprzeczności?	24
Harald Lwowski <i>Referent des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)</i>	Die Entwicklung der deutsch-polnischen Kommunalpartnerschaften	29
	Rozwój niemiecko-polskiego partnerstwa miast	36
Janusz Styczek <i>Konsul der Republik Polen im Generalkonsulat Köln</i>	Die deutsch-polnischen Beziehungen nach der EU- Erweiterung	44
	Stosunki polsko-niemieckie po rozszerzeniu Unii europejskiej	50
Dr. Dagmar Boving <i>Deutscher Industrie- und Handelskammertag</i>	Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen und die wirtschaftlichen Vorteile für die Republik Polen im Zusammenhang mit der beschlossenen EU- Osterweiterung	56
	Kontakty gospodarcze niemiecko –polskie i gospodarcze korzyści dla Rzeczypospolitej Polski w odniesieniu do ustanowionego rozszerzenia Unii Europejskiej na wschód	61
Teilnehmerliste		66

Bernd Hinz

Stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen Zastępca rzecznika ziomkostwa Prus Wschodnich

Begrüßung und Einführung in den Kongreß

Einen sehr herzlichen Willkommensgruß richte ich im Namen des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen an Sie alle und freue mich, daß Sie sowohl aus der Republik Polen als auch aus vielen Teilen der Bundesrepublik Deutschland so zahlreich zum 3. Kommunalpolitischen Kongreß nach Köln gekommen sind. Nach den beiden bisher erfolgreich durchgeführten deutsch-polnischen Kongressen in Frankfurt (Oder) im Jahre 2000 und in Elbing 2001 freue ich mich, daß diese Veranstaltung in der historisch und wirtschaftlich herausragenden Stadt Köln stattfindet, eine Stadt, die auf 2 Jahrtausende Kunst, Geschichte und Kultur verweisen kann. Die Namen großer Städte rufen uns Bilder ins Gedächtnis, die spontan den unverwechselbaren Reichtum der Metropolen in Erinnerung rufen. Bei Köln fallen einem sofort 3 Motive ein: Dom, Karneval und Kölnisch Wasser (Eau de Cologne).

Sie haben gestern bei dem Stadtrundgang einen kleinen Einblick in die weltoffene Fastmillionen Stadt erhalten. In diesem Zusammenhang habe ich die Ehre, zwei bedeutende kommunalpolitische Persönlichkeiten der Stadt Köln und des weiteren zwei führende Vertreter des Landkreises Osnabrück in diesem Kreis sehr herzlich zu begrüßen. Zunächst gilt ein herzlicher Gruß dem Ehrenoberbürgermeister der Stadt Köln, Dr. Norbert Burger. Dr. Burger war ca. 20 Jahre, von 1980 bis 1999 Oberbürgermeister der Stadt Köln und damit hatte er dieses Amt so lange inne, wie kein anderer im 20. Jahrhundert, sogar länger als die Amtszeit des legendären Herrn Dr. Konrad Adenauer, der von 1917 bis 1933 Oberbürgermeister der Stadt Köln und erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland war. Dr. Burger bekleidete darüber hinaus noch für mehrere Jahre das Amt des Präsidenten des Deutschen Städtetages und des Präsidenten des Internationalen Gemeindeverbandes IULA.

Er hat die 1956 begründete Patenschaft der Stadt Köln für die früheren Einwohner der Stadt Breslau und die Partnerschaft der Stadt Köln mit der Stadt Kattowitz in der Republik Polen sehr gepflegt.

Daneben begrüße ich ebenso herzlich den früheren langjährigen stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln, unseren ostpreußischen Landsmann Adolf Hellmich, der sich stets für die Belange seiner Landsleute in der Stadt Köln nachhaltig eingesetzt hat.

Einen ebenso herzlichen Gruß richte ich an den Landrat des Kreises Osnabrück, Herrn Manfred Hugo, und an den Fraktionsvorsitzenden der CDU-Fraktion im Kreistag Osnabrück, Herrn Georg Schirmbeck, der zugleich auch Bundestagsabgeordneter ist. Beide kommunalen Persönlichkeiten stehen stellvertretend für eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus vielen deutschen Gebietskörperschaften, die Partnerschaften mit polnischen Gebietskörperschaften

und gleichzeitig Patenschaften mit historischen ostdeutschen Gebietskörperschaften pflegen und die im Rahmen eines sog. Dreieckverhältnisses eine feste Brücke zwischen Polen und Deutschen unter Einbeziehung der deutschen Heimatvertriebenen in einem „Europa ohne Grenzen“ bauen. Weiterhin freue ich mich, daß die Presse bei dem 3. Kongreß anwesend ist; ich begrüße Frau Erika Kip, die für WDR 5, den Deutschlandfunk und die Zeitschrift DOD berichtet, sowie Herrn Gernot Facius von der Tageszeitung „Die Welt“ und Herrn Dr. Günter Otten vom „Kölner-Stadt-Anzeiger“, sowie Herrn Peter Schilder von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Kongreß steht thematisch ganz im Zeichen der EU-Erweiterung, speziell im Hinblick auf die Republik Polen. Das Beitrittsreferendum der Republik Polen zur EU hat im Spätr Frühling dieses Jahres mit ca. 78% eine hohe Zustimmung erfahren. Wir freuen uns, daß die Republik Polen zum 1. Mai 2004 Vollmitglied der EU sein wird. Die Vereinigung und die Erweiterung der EU um die Republik Polen ist stets auch ein Anliegen der großen Mehrheit der deutschen Heimatvertriebenen gewesen. Vom 1. Mai 2004 an sind wir gemeinsam Unionsbürger. An diesem Tag vollzieht sich ein wichtiger Schritt zur europäischen Wiedervereinigung. Die EU als Rechts- und Wertegemeinschaft bietet für uns alle die beste Chance, nicht nur die Wunden der Vergangenheit zu heilen, sondern auch unserer Interessen und unserer Verantwortung in dieser komplizierten Welt am Beginn des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden. Vergessen wir dabei nicht, daß eine konstruktive und aktive Mitgestaltung der Zukunft Europas Polen und Deutschland mit Frankreich bereits seit vielen Jahren im sogenannten „Weimarer Dreieck“ wahrnehmen, einem Forum, in dem diese 3 Länder eng und regelmäßig auf den unterschiedlichsten Gebieten zusammenarbeiten. Unbeschadet gewisser Meinungsverschiedenheiten in einigen Sachfragen haben sich die deutsch-polnischen Beziehungen und dabei insbesondere die Beziehungen zwischen polnischen Gebietskörperschaften und Heimatkreisgemeinschaften als Vertriebenenorganisationen in den vergangenen 12 Jahren zu einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit geformt. Nunmehr 15 Partnerschaftsverträge zwischen Heimatkreisgemeinschaften und polnischen Gebietskörperschaften - ein weiterer Vertrag wird am Sonntag zwischen dem Kreis Elbing/Elblag und der Kreisgemeinschaft Pr. Holland geschlossen - sind neben den Kommunalpolitischen Kongressen wichtige Belege dafür, daß wir uns auf einem guten Weg befinden, der der Weiterentwicklung und Vertiefung unserer Zusammenarbeit sowie der gemeinsamen Zukunftsgestaltung in einem zusammenwachsenden Europa Rechnung trägt. Dabei dürfen wir uns auch nicht von negativen Stimmen und Stimmungen auf deutscher oder polnischer Seite beirren lassen, sondern dieses als Ansporn empfinden, noch nachhaltiger für die Politik der ausgestreckten Hand in den Gesellschaften beider Länder zu werben. Wir sollten dabei ganz im Sinne und Geiste des Grußwortes des Präsidenten der Republik Polen, Herrn Aleksander Kwasniewski, zum 2. Kommunalpolitischen Kongreß in Elbing im Oktober 2001, wirken, der die deutschen Heimatvertriebenen und ihre polnischen Partner aufgefordert hat, die solideste Brücke zwischen Deutschen und Polen zu bauen. Im Rahmen eines offenen und ehrlichen Dialogs geht es darum, das gegenseitige Verständnis zwischen Deutschen und Polen sowie die Sensibilität für die Gefühle des Anderen zu fördern. Möge der deutsch-polnische Dialog mit dazu beitragen, daß Lösungen für die Anliegen der Polen und der deutschen Heimatvertriebenen erzielt werden, die von beiden Seiten akzeptiert werden können. Wir müssen unsere Partnerschaft in den beiden Gesellschaften bewußt machen. Wir müssen unter

Abbau der gegenseitigen Vorurteile und Klischees bewußt machen, daß Deutsche und Polen in dem zusammenwachsenden Europa mehr als eine Interessengemeinschaft sind, daß es eine Ideengemeinschaft, ja Schicksalsgemeinschaft in dem Europa der Zukunft sein wird. Bauen wir deshalb unsere Kontakte im Geiste der Verständigungspolitik des 1991 verstorbenen polnischen Essayisten und Intellektuellen Jan Josef Lipski aus und vertiefen wir sie zum Wohle unserer Völker. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen interessanten und fruchtbaren Meinungs- und Gedankenaustausch und ein persönliches Näherkommen beim gemütlichen Zusammensein.



Am Rande des Kongresses: Abschluß des Partnerschaftsvertrages zwischen dem polnischen Landkreis Elbing und der ostpreußischen Kreisgemeinschaft Preußisch Holland. (v.l.: Kreispräsident Zagalski, Landrat Jezierski, Kreisvertreter Hinz)

* * *

Pozdrowienia i wprowadzenie w Kongres

Powitalne pozdrowienia kieruję w imieniu zarządu federalnego ziomkostwa Prus Wschodnich do wszystkich i cieszę się, że Państwo tak licznie przybyliście na Kongres odnośnie polityki komunalnej zarówno z Polski jak i z wielu stron Niemiec. Po dwóch do tej pory pomyślnie przeprowadzonych niemiecko-polskich Kongresach we Frankfurcie nad Odrą w 2000 roku i w Elblągu w 2001 roku, cieszę się, że ta impreza odbędzie się w Kolonii, która jest miastem wspaniałym pod względem historycznym jak i gospodarczym, w mieście, które wykazuje kulturę, sztukę i historię na przestrzeni dwóch tysiącleci. Nazwy wielkich miast przywołują na pamięć obrazy, które spontanicznie wywołują nieomylnie bogactwo metropolii. W Kolonii łączą się 3 motywy katedra, karnawał i woda kolońska.

Państwo mieli wczoraj okazję podczas zwiedzania miasta spojrzeć na otwarte na świat prawie milionowe miasto. W związku z tym mam zaszczyt powitać znane pod

względem politycznym osobistości miasta Kolonia oraz dwóch przedstawicieli okręgu Osnabrück. Najpierw należy się serdeczne powitanie szanownemu burmistrzowi Kolonii Dr. Norbertowi Burger. Dr Burger był około 20 lat od 1980 do 1999 burmistrzem i piastował ten urząd tak długo jak nikt inny w 20 wieku, nawet dłużej niż czas urzędowania legendarnego Dr. Konrada Adenauera, który był od 1917 do 1933 roku nadburmistrzem miasta Kolonia i był pierwszym kanclerzem Niemiec. Dr Burger piastował jeszcze przez wiele lat urząd prezesa Niemieckiego Parlamentu Miast i prezesa Międzynarodowego Związku Gmin IULA.

On to sprawował założony w 1956 patronat miasta Kolonia nad wcześniejszymi mieszkańcami Wrocławia, a także pielęgnował partnerstwo miasta Kolonia z Katowicami w Rzeczpospolitej Polskiej.

Oprócz tego chcę powitać tak samo serdecznie byłego wcześniejszego długoletniego przewodniczącego frakcji CDU w radzie miejskiej miasta Kolonia naszego pruskiego ziomka Adolfa Hellmicha, który wstawiał się zawsze w sprawach ziomków w Kolonii. Serdeczne powitanie kieruje do rady gminy okręgu Osnabrück do pana Manfreda Hugo oraz do przewodniczącego frakcji CDU w okręgu Osnabrück. Pana Georga Schirmbecka, który jest jednocześnie posłem w Bundestagu. Obydwie gminne osobistości reprezentują dużą liczbę osobistości z wielu niemieckich organizacji terenowych, które sprawują patronaty z polskimi organizacjami terenowymi jak i również z historycznymi wschodniemieckimi organizacjami i budują w ramach tak zwanych zależności trójkątnych silny most między Polską a Niemcami przy uwzględnieniu niemieckich wypędzonych w „Europie bez granic.” Dalej cieszę się, że obecna jest na Trzecim Kongresie prasa, pozdrawiam Panią Erikę Kip, która referuje dla WDR 5, dla Niemieckiego Radia i dla czasopisma DOD, jak również pozdrawiam Pana Gemot Facius z dziennika „Die Welt” i Pana Dr. Güntera Otten z „Kölner Stadt-Anzeiger” jak również Pana Petera Schildera z „Frankfurter Allgemeine Zeitung”.

Moi wielce szanowni Państwo! Ten kongres pod względem tematycznym stoi pod znakiem rozszerzenia Unii Europejskiej, szczególnie ze względu na Polskę. Referendum w sprawie przystąpienia do Unii, które odbyło się późną wiosną tego roku, wykazało wysoką aprobatę (78% głosów). Cieszymy się, że 1 maja 2004 roku Polska będzie pełnowartościowym członkiem Unii Europejskiej. Zjednoczenie i rozszerzenie Unii o Polskę jest ciągle sprawą dużej większości niemieckich wypędzonych. Od 1 maja jesteśmy wspólnymi mieszkańcami obywatelami Unii Europejskiej. Tego dnia dokonuje się ogromny krok ku zjednoczeniu Europy. Unia Europejska jako wspólnota praw i wartości daje nam wszystkim szansę na nie tylko zaleczenie ran przeszłości, ale także szansę na to, aby sprawiedliwie oddać się naszym zainteresowaniom i naszej odpowiedzialności w tym skomplikowanym świecie na początku 21 wieku. Nie zapominajmy, że konstruktywne i aktywne współkształtowanie przyszłości Europy Niemiec i Polski wraz z Francją odbywa się już od wielu lat w tak zwanym Trójkącie Weimarskim- forum, w którym trzy państwa współpracowały ściśle i regularnie na wielu obszarach. Bez ujmijmy dla pewnych różnic poglądów w ubiegłych 12 latach uformowała się w pewnych kwestiach ścisła i pełna zaufania współpraca polsko-niemiecka, a w szczególności współpraca między terenowymi organizacjami Polski i ojczyznianymi wspólnotami powiatowymi, które funkcjonują jako organizacje wypędzonych. 15 układów partnerskich pomiędzy ojczyznianymi wspólnotami powiatowymi i polskimi organizacjami terenowymi-kolejny układ zostanie zawarty w niedzielę między okręgiem Elbląskim i wspólnotie powiatowej Pr. Holland – są obok komunalno -politycznych kongresów kolejnym

dowodem na to, że znajdujemy się na dobrej drodze, która przyczynia się do dalszego rozwoju i pogłębienia naszej współpracy jak również do wspólnego kształtowania przyszłości w zrastającej się Europie. Przy czym nie możemy się dać oszukać przez negatywne głosy zarówno po polskiej jak i po niemieckiej stronie. Te negatywne symptomy powinniśmy raczej odczuwać jako bodziec do trwałego werbowania w społeczeństwach obu krajów na rzecz polityki wyciągniętej ręki. Powinniśmy działać w sensie i w duchu słowa powitania wypowiedzianego przez prezydenta Rzeczypospolitej Polski, Aleksandra Kwaśniewskiego z okazji 2 komunalno-politycznego Kongresu w Elblągu w październiku 2001 roku. Wezwał on wtedy niemieckich wypędzonych i ich polskich partnerów do zbudowania najbardziej solidnego mostu między Polską a Niemcami. W ramach otwartego i szczerego Dialogu, chodzi o wspieranie wzajemnego zrozumienia między Niemcami, a Polską jak również o wspieranie wrażliwości na uczucia innych. Mógłby polsko – niemiecki Dialog przyczynić się do tego, że osiągnięte zostaną takie rozwiązania kwestii Polaków i niemieckich wypędzonych, które mogłyby być zaakceptowane przez obie strony. Musimy w obu społeczeństwach uświadomić naszą współpracę. Musimy po przez wzajemne likwidowanie uprzedzeń i stereotypów uświadamiać, że Niemcy i Polacy w zrastającej się Europie znaczą więcej niż tylko wspólnotę interesów i, że powstanie z tego wspólnota pomysłów i wspólnota losu w Europie przyszłości. Rozszerzajmy nasze kontakty w duchu polityki porozumienia polskiego eseisty i intelektualisty Jana Józefa Lipskiego zmarłego w 1991 roku i pogłębiajmy je dla dobra naszych ludów. W tym sensie życzę nam wszystkim interesującej i owocnej wymiany myśli i osobistego zbliżenia podczas wspólnego przebywania razem.

Herbert Winkelhog

Stadtdirektor der Stadt Köln / Dyrektor Miasta Kolonia

Grußwort

Herzlich willkommen am Rhein, herzlich willkommen hier bei uns in Köln! Ich freue mich sehr, Sie heute hier im Historischen Rathaus begrüßen zu dürfen!

Unser Oberbürgermeister Fritz Schramma konnte den heutigen Termin leider nicht wahrnehmen. Er hat mich aber gebeten, Sie herzlich zu grüßen! Dies ist ein Wunsch, dem ich hiermit gerne nachkomme.

Zunächst gratuliere ich Ihnen zu Ihrem Entschluß, unsere schöne Stadt am Rhein zu besuchen. Sie haben mit Köln eine gute Wahl für die Ausrichtung Ihres 3. Kommunalpolitischen Kongresses getroffen. Sie reihen sich damit ein in eine lange und klangvolle Liste von Besuchern unserer Stadt. Einer von ihnen war einmal der italienische Dichter Francesco Petrarca, der schon vor langer Zeit Köln ein schönes Kompliment gemacht hat, als er nämlich sagte: *„Köln ist durch seine Lage, durch seinen Strom und durch seine Bevölkerung berühmt. Man ist erstaunt, in diesem Barbarenland eine derart feine städtische Bildung anzutreffen. Welch ein Stadtbild, welche Würde bei den Männern, welche Anmut bei den Frauen!“* Bitte überprüfen Sie es gerne selbst!

Seit über 2000 Jahren siedeln Menschen hier am Rhein. Erste Spuren führen sogar weit in die Altsteinzeit zurück. Und – das darf ich hier ganz unbescheiden sagen – eine so lange Geschichte spricht natürlich für Köln. Vier Punkte halte ich für wichtig, um Köln und seine Menschen zu verstehen: Das sind die Römer, die die Stadt gründeten. Das ist der Handel, der die Bürger selbstbewußt machte und schließlich zur Gründung der Universität führte. Und das sind die Heiligen „Drei Könige“, die Köln neben Jerusalem und Rom zur heiligen Stätte der Christenheit machten.

Aus dieser – zugegebenermaßen – etwas ungewöhnlichen Mischung ist die heutige Metropole entstanden. Immerhin die viertgrößte Stadt der Bundesrepublik.

Die Römer rückten Köln in die Scheinwerfer der Weltgeschichte. Agrippina hat im Jahre 50 nach Christus ihren Mann, den römischen Kaiser Claudius, überzeugt, ihrem Geburtsort Stadtrechte zu verleihen: Colonia Claudia Ara Agrippinensium! Danach ging es für Köln steil bergauf!

Wohl nicht zu Unrecht wird Köln oft auch als nördlichste Stadt Italiens bezeichnet. Fast 400 Jahre römischer Siedlung haben das Stadtbild geprägt und in Mentalität und Menschenschlag ihre Spuren hinterlassen. Und zumindest diesen Sommer konnte sich auch das Wetter mit dem in Italien durchaus messen.

Der „Kölner an sich“ (wie der Kölner Kabarettist Konrad Beikirchner zu sagen pflegt) ist über die Jahrhunderte hinweg eine Mischung aus vielen Völkern. Im Laufe der Zeit sind Armeen und Flüchtlingsströme, siegreiche Soldaten und geschlagene Heere, Händler und Gaukler, Fahrensleute und Handwerker, Pilger und Plünderer durch das Rheinland gezogen. Und sie alle hinterließen hier unübersehbare Spuren. Heinrich Böll, Nobelpreisträger für Literatur und gleichzeitig Kölner Ehrenbürger, hat

einmal scherzhaft gesagt *„Von all diesen Völkerscharen blieben Fußkranke und Deserteure, Spaßmacher und Händler zurück“*.

Und später dann, im Mittelalter, waren die Kölner auf eine besonders pfiffige Idee gekommen: Jeder Händler, der an Köln vorbeikam, mußte seine Waren zuerst eine Frist von mehreren Tagen der Bevölkerung Kölns feilbieten. Erst danach konnte er an anderen Orten nach Käufern schauen. Gefiel den Kölnern das Angebot, bekam eine Ware ein Gütesiegel in Form der Verpackung mit dem Stadtwappen. Beim Weiterverkauf machte dann die anderswo angebotene Ware kräftig Werbung für unser Köln. Dieses Feilbieten der Ware zunächst in Köln, das sogenannte „Stapelrecht“, aber insbesondere der Handel mit einer Mischung aus Menschen aus vielen Völkern und Waren aus aller Welt hat Köln groß gemacht.

Handel und Erfolg stärkten das Selbstbewußtsein der Kölnerinnen und Kölner in besonderer Weise – und das sollten die Stadtherren schnell merken. Im Spätmittelalter übernahmen die Kölnerinnen und Kölner die Macht vom Erzbischof und den Adelsgeschlechtern und bestimmten von nun an selber das Schicksal der Stadt. Dieses starke Gefühl von Gemeinsinn, das die Kölner schon damals auszeichnete, bestimmt auch heute noch das Leben hier am Rhein.

In der Gegenwart sind es vor allem Türken, Italiener, Spanier und Griechen, die zur bunten Mischung Kölns beitragen. Aber auch zahlreiche aus ihrer Heimat vertriebene bzw. geflüchtete Ostpreußen haben sich hier niedergelassen. Und wie mir zu Ohren gekommen ist, ist Köln ja auch die Geburtsstadt von Ihnen, sehr geehrter Herr Hinz!

Liebe Gäste, versäumen Sie während des Aufenthaltes nicht, den Dom anzuschauen, sofern Sie dies nicht bereits getan haben. Wir Kölner sind stolz auf unseren Dom! Insbesondere auch auf die prominentesten Bewohner der Kathedrale: Die heiligen Drei Könige. Deren Gebeine waren im 12. Jahrhundert unter abenteuerlichen Bedingungen nach Köln gelangt und der prächtige Schrein kann heute noch bestaunt werden.

Aber nun zu einer anderen Facette: Das heutige Köln präsentiert sich als Wirtschafts-, Kultur-, Medien-, Bildungs- und Sportstadt.

Köln liegt im Zentrum Europas. Weniger als eine Flugstunde entfernt sind Paris, London, Brüssel und Berlin. Und schnelle Züge verbinden Ost und West sowie Nord und Süd. Damit liegt Köln auch im Zentrum der europäischen Wirtschaft. Produkte aus Köln – am bekanntesten ist wohl „Eau de Cologne/4711“ des Kölner Traditionsunternehmens Muelhens – setzen seit langer Zeit weltweit Maßstäbe. Neben zahlreichen anderen weltweit bekannten Unternehmen ist auch Ford Motor Company seit 1929 in unserer Stadt zu Hause. *„Wir haben überall unsere Leute suchen lassen und die Wahl zwischen vielen Städten gehabt, aber nirgends fanden wir diese idealen Verkehrsbedingungen zu Wasser und zu Luft wie gerade in Köln“*, so beschrieb Henry Ford seine Gründe, Ford und Köln für die Zukunft eng miteinander zu verbinden.

Auch in Sachen Kultur ist Köln heute führend. Neben den Bühnen der Stadt Köln zeigt sich das in der vielfältigen und bunten freien Theaterszene mit über 60 privaten Bühnen. Zu Köln gehört die freie Künstlerszene, gehören über 100 Galerien und der große Kunstmarkt Art Cologne. Die zahlreichen Museen bieten Kunst und Kultur vom mittelalterlichen Altarbild bis zu Popart. Weltweit bekannt und berühmt ist Köln auch

für seine Musikszene mit über 450 Chören. Köln hat sowohl im Bereich der alten wie auch neuen Musik für jeden etwas zu bieten.

Führend ist Köln auch in Sachen Medien, ein weiteres Standbein unserer Wirtschaft. Viele TV-Produktionen werden hier gemacht, zahlreiche Fernsehstudios prägen das Gesicht ganzer Stadtteile. Mit dem WDR und RTL sind zwei der führenden deutschen Fernsehsender hier beheimatet.

Die Geschichte Kölns beinhaltet auch eine lange Tradition in Bezug auf Bildung. Berühmte Gelehrte waren hier zu Hause, wie etwa Albertus Magnus. In der 1388 gegründeten gleichnamigen Universität studieren heute über 80.000 Studenten, was sie zur größten Hochschule der Bundesrepublik macht. Hinzu kommen vier Fachhochschulen, die Deutsche Sporthochschule, die Musikhochschule, die Kunsthochschule für Medien und das Studienzentrum der Fernuniversität.

Köln lernen Sie auch gut kennen, wenn Sie zur sogenannten Fünften Jahreszeit hierher kommen. Das ist der berühmte Kölner Karneval, der vom 11. November bis Aschermittwoch geht. Ein weiterer Weg, Köln kennenzulernen, ist der kulinarische. Rheinischer Sauerbraten, „Himmel un Äd“ (Himmel und Erde = Kartoffelbrei und Apfelmus) und „Halven Hahn“ (halber Hahn = Roggenbrötchen mit mittelalter Holländerkäse) sind z.B. hiesige Spezialitäten, so wie unser berühmtes obergäriges Bier, das Kölsch, das in schlanken Gläsern ausgeschenkt wird.

Wie gesagt, Sie haben eine gute Wahl für die Ausrichtung Ihres 3. Kommunalpolitischen Kongresses getroffen. Aber auch Köln ist stolz, daß Sie Ihren Kongreß in dieser Stadt ausrichten. Dieser gemeinsame Kongreß bietet Ihnen eine gute Möglichkeit der Erörterung der Weiterentwicklung und Vertiefung Ihrer Zusammenarbeit. Ich wünsche Ihnen insofern einen fruchtbaren Meinungs- und Erfahrungsaustausch und für Ihre weitere Zusammenarbeit viel Erfolg.

Ich darf zum Schluß noch einmal Henry Ford zitieren: *„Zusammenkommen ist ein Beginn, Zusammenbleiben ist ein Fortschritt, Zusammenarbeiten ist ein Erfolg.“*

Diesen Erfolg wünsche ich Ihnen!



* * *

Słowo przywitania

Serdecznie witamy nad Renem, serdecznie witamy tu u nas w Kolonii! Cieszę się, że mogę powitać Państwa w tym historycznym ratuszu. Nasz Nadburmistrz Fritz Schramma nie mógł dzisiaj niestety tu przybyć. Ale za to poprosił mnie, żebym Państwa serdecznie pozdrowił. Jest to życzenie, które chętnie spełniam.

Na sam początek chciałem powinszować decyzji odwiedzenia naszego pięknego miasta nad Renem. Dokonali Państwo naprawdę bardzo dobrego wyboru organizując tu swój Trzeci Kongres Polityki Komunalnej. Włączając się Państwo tym samym w długą i dźwięczną listę osobistości odwiedzających nasze miasto. Jednym z nich był niegdyś włoski poeta Francesco Petrarca, który dawno temu wyjawił Kolonii piękny komplement, mianowicie mówiąc: „ *Kolonia znana jest dzięki położeniu, rzecze i ludności. Zadziwiające jest, że w tym barbarzyńskim kraju można spotkać tego rodzaju wykwintny miejski twór. Cóż za panorama miasta, jakie dostojęństwo mężczyzn i jaki wdzięk kobiet*”. Sprawdźcie proszę sami!

Od ponad 2000 lat ludzie osiedlają się tu nad Renem. Pierwsze ślady osadnictwa sięgają epoki kamienia łupanego. A tak długa historia- tu wolno mi to całkiem nieskromnie wyrazić- przemawia naturalnie na korzyść Kolonii. W historii tego miasta istnieją cztery elementy, które uważam za istotne w zrozumieniu tak jego samego jak i jego mieszkańców. Są to Rzymianie, którzy miasto to zakładali; handel, który uczynił mieszkańców pewnymi siebie i ostatecznie doprowadził do założenia Uniwersytetu; i są to Trzej Święci Królowie, którzy uczynili Kolonię obok Jeruzalem i Rzymu miejscem świętym.

Z tej - trzeba przyznać – nieco niezwykłej mieszaniny powstała dzisiejsza metropolia. Bądź, co bądź czwarte, co do wielkości miasto Republiki Federalnej Niemiec. Rzymianie wypchnęli Kolonię na arenę historii świata. W 50 roku naszej ery Agrippina przekonała swojego męża, Cesarza Klaudiusza, ażeby nadał miastu, w którym się urodził, prawa miejskie. Od tego momentu Kolonii wiodło się jak najlepiej.

Chyba nie bezpodstawnie Kolonia określana była jako najbardziej wysunięte na północ miasto Włoch. Prawie czterysta lat osadnictwa rzymskiego ukształtowały taki obraz miasta. Okres ten wywarł swe piętno na ludziach pozostawiając głębokie i wyraźne ślady w ich mentalności. I co by nie mówić, tego lata można było nawet tutejszą pogodę z powodzeniem porównać z tą we Włoszech.

Mieszkaniec Kolonii sam w sobie (jak zwykł mawiać artysta kabaretowy Konrad Beikirchner) stał się poprzez stulecia mieszaniną wielu narodów. W miarę upływu czasu ciągnęły przez Nadrenię liczne armie, fale uciekinierów, zwycięzcy żołnierze, pobite wojska, handlarze, kuglarze, komedianci i rzemieślnicy, pielgrzymi i szabrownicy. Oni wszyscy pozostawili tutaj wyraźne ślady. Heinrich Böll, Laureat Nagrody Nobla z Literatury i jednocześnie honorowy obywatel Kolonii, powiedział kiedyś żartobliwie: „*Z całej tej chmary narodów pozostali jedynie chorzy na nogi i dezerterzy, żartownisie i handlarze.*”

A później w średniowieczu wpadli mieszkańcy Kolonii na wyjątkowo sprytny pomysł. Każdy handlarz, który po drodze wstępował do miasta, musiał na okres kilku dni wystawić swoje towary na sprzedaż mieszkańcom Kolonii. Dopiero wtedy mógł w

innych miejscach szukać kupców. Jeśli oferta podobała się mieszkańcom Kolonii towar otrzymywał znak jakości w formie opakowania z godłem miasta. Podczas dalszej sprzedaży towaru w innym miejscu Kolonia była w ten sposób silnie reklamowana. To wystawianie na sprzedaż, które miało miejsce najpierw w Kolonii, tak zwane „prawo składowania towarów”, ale w szczególności handel wśród mieszaniny ludzi różnych nacji towarami z całego świata uczynił Kolonie wielką.

Handel i sukces wzmacniały poczucie pewności siebie mieszkańców Kolonii w szczególny sposób - i to już wkrótce mieli panowie miasta zauważyć. W późnym średniowieczu mieszkańcy Kolonii przejęli władzę z rąk Arcybiskupa i rodów szlacheckich i od tego momentu sami określali los miasta. To silne poczucie wspólnoty, które już wówczas odznaczało mieszkańców Kolonii, także dzisiaj determinuje życie nad Renem.

W dniu dzisiejszym wspólnocie tej dodają barw i blasku przede wszystkim Turcy, Włosi, Hiszpanie i Grecy. Ale oprócz nich są tu także wypędzeni, względnie zbiegli ze swojej ojczyzny wschodni Prusacy którzy się tutaj osiedlili. I jak mnie dochodzą słuchy, Kolonia jest także Pana miejscem urodzin szanowny Panie Hinz!

Kochani goście, proszę nie zmarnujcie podczas wizyty w Kolonii okazji zobaczenia Katedry Kolońskiej, chyba że już to uczyniliście. My mieszkańcy Kolonii jesteśmy dumni z naszej Katedry, a w szczególności zaś z jej najznakomitszych mieszkańców: Trzech Świętych Króli, których zwłoki w sposób pełen przygód dotarły w XII wieku do Kolonii. W Katedrze Kolońskiej można też wciąż podziwiać okazały relikwiarz z tego okresu.

A teraz spojrzenie z innej perspektywy. Dzisiejsza Kolonia prezentuje się jako miasto gospodarki, kultury, edukacji i sportu. Kolonia leży w centrum Europy. Mniej niż godzina lotu dzieli ją od Paryża, Londynu, Brukseli i Berlina. Szybkie pociągi natomiast łączą zarówno północ z południem jak i wschód z zachodem. Dzięki temu Kolonia znajduje się w centrum europejskiej gospodarki. Produkty z Kolonii – najbardziej znana jest chyba woda kolońska/4711 produkowana przez przedsiębiorstwo z tradycjami Muelhens - wyznaczają od długiego czasu światowe normy. Obok innych znanych na całym świecie przedsiębiorstw także Ford Company ma swoją siedzibę w naszym mieście od 1929 roku.” *Kazaliśmy naszym ludziom szukać wszędzie, ale nigdzie nie znaleźliśmy tak idealnych połączeń komunikacyjnych drogą wodną i powietrzną jak właśnie w Kolonii* - tak opisywał Henry Ford swoje powody ścisłego spajania Forda i Kolonii w przyszłości.

Także w sferze kultury Kolonia jest przodująca. Obok estrad należących do miasta ujawnia się to także w otwartym różnorodnym i kolorowym teatrze obejmującym 60 prywatnych estrad. Do Kolonii należy wolna scena artystyczna, ponad 100 galerii i duży rynek sztuki Art. Cologne. Liczne muzea oferują sztukę i kulturę od średniowiecznych obrazów ołtarzowych po Popart. Także scena muzyczna Kolonii z 450 chórami jest znana na całym świecie. Zarówno w sferze nowej jak i starej muzyki Kolonia ma każdemu coś do zaoferowania.

Kolonia przoduje również w sferze mediów - kolejnym filarze naszej gospodarki. Powstaje tu wiele produkcji telewizyjnych, a liczne studia telewizyjne kształtują obraz całych dzielnic miasta. Mają tu swą siedzibę dwie przodujące niemieckie stacje telewizyjne - WDR i RTL.

Historia Kolonii wiąże się z długą tradycją rozwoju edukacji. Mieszkali tutaj znani uczeni, a wśród nich Albertus Magnus. Na założonym w 1388 roku uniwersytecie o tym samym imieniu co ów naukowiec studiuje dzisiaj 80.000 studentów, co czyni go największą szkołą wyższą Niemiec. Do tego dochodzą Wyższe Szkoły Inżynierskie, Niemiecka Wyższa Szkoła Sportowa, Wyższa Szkoła Muzyczna, Wyższa Szkoła Sztuki Medialnej i Centrum Studiów Uniwersytetu Zaocznego.

Kolonie mogą Państwo dobrze poznać, przybывая tutaj w okresie tak zwanej Piątej Pory roku. Jest to sławny Karnawał Koloński, który trwa od 11 listopada, aż do środy popielcowej. Innym sposobem na poznanie Kolonii jest „Rheinischer Sauerbraten” (reńska pieczeń wołowa na dziko) , Himmel und Äd (puree ziemniaczane z musem jabłkowym) i „Halven Hahn (żytnia bułeczka z dojrzalym serem holenderskim), które są tutejszymi specjalnościami kulinarnymi, jak również nasze znane mocno ważone piwo, Kölsch , które podawane jest w wąskich szklankach.

Jak już powiedziałem, dokonali Państwo naprawdę bardzo dobrego wyboru organizując tutaj swój Trzeci Kongres Polityki Komunalnej. Niemniej jednak i Kolonia jest dumna, że Państwo organizujecie tutaj swój kongres. Ten wspólny kongres daje Państwu dobrą możliwość na rozpatrzenie dalszego rozwoju i pogłębienie współpracy. Życzę Państwu pod tym względem owocnej wymiany myśli i doświadczeń jak i powodzenia w dalszej współpracy.

Mogę jeszcze na koniec zacytować Henry'ego Forda: *„Wspólne spotkanie się to początek, pozostanie razem to już postęp, a wspólna praca to sukces.”*

Takiego sukcesu życzę Państwu!

Partnerschaften
zwischen Heimatkreiskommunitäten deutscher Landsmannschaften
im Bund der Vertriebenen mit polnischen Gebietskörperschaften
(Eine Auswahl in alphabetischer Reihenfolge)

- HKG Allenstein-Land – Landkreis Olsztyn (Allenstein)
- HKG Greifenhagen – Stadt Gryfino (Greifenhagen)
- HKG Greifenhagen – Landkreis Gryfino (Greifenhagen)
- HKG Heilsberg – Landkreis Olsztyn (Allenstein)
- HKG Lötzen – Stadt Gyzicko (Lötzen)
- HKG Lyck – Landkreis Elk (Lyck)
- HKG Mohrungen – Stadt und Gemeinde Morag (Mohrungen)
- HKG Osterode – Stadt Ostroda (Osterode/Ostpr.)
- HKG Pr. Eylau – Stadt und Gemeinde Gorowo Ilaweckie (Pr. Eylau)
- HKG Pr. Eylau – Landkreis Bartoszyce (Bartenstein)
- HKG Pr. Holland – Landkreis Elbląg (Elbing)
- HKG Pr. Holland – Stadt Paslek (Pr. Holland)
- HKG Röbel – Landkreis Olsztyn (Allenstein)

Joachim Kardinal Meisner

Erzbischof von Köln / Arcybiskup Kolonii

Grußwort

Verehrte Damen und Herren!

Es ist schon erstaunlich, ich habe in meinem Leben vier Heimatländer, die ersten 11 Jahre meines Lebens habe ich in Breslau verbracht, also in Schlesien, dann Thüringen, dann Berlin und jetzt das Rheinland. Und es ist wie bei einem Baum, ein Baum hat seine Wurzeln nur einmal in einer Erde, und wenn die tief genug sind, dann kann er sich weit ausbreiten und darum ist die erste Heimat für den Menschen immer normativ. Heimat ist das Stückchen Erde, auf dem der Mensch die Welt betreten hat, wo er seine Urerfahrung gemacht hat. Was ist ein Weg, was ist der Himmel, was ein Baum, was ist Vater, was ist Mutter? Auf diesen Erfahrungen bewältigt er alle spätere Welterfahrung. Wenn ich immer gefragt werde, „Wie meinen Sie denn das?“, dann kann ich das immer an einem Beispiel deutlich machen. Die Geschmacksnerven eines Menschen werden durch die mütterliche Küche festgelegt für das ganze Leben. Uns schmeckt der Kuchen am besten, der der mütterlichen Küche am nächsten kommt. Darum braucht jeder Mensch seine Heimat zu seiner Identität. Heimat ist ein anthropologischer und kein politischer Begriff. Ich muß in Breslau sagen dürfen, ich bin zu Hause.

Ich kannte Ostpreußen zunächst aus der Literatur, darunter Ernst Wiechert und Agnes Miegel, sowie von späteren Besuchen namentlich im Ermland. In dem heutigen russischen Ostpreußen bin ich nur ein einziges Mal gewesen, nämlich in Königsberg, das man heute „Kaliningrad“ nennt. Wir wissen aus Erfahrung, und zwar aus der Ost- und Mitteleuropäischen Erfahrung, daß es dort nicht gut um den Menschen bestellt ist, wo die Gotteshäuser verfallen, aber die Menschenhäuser in Glanz und Gloria dastehen. Der nichtkatholische Zeithistoriker, Prof. Dr. Arnulf Baring aus Berlin gibt davon ein deutliches Zeugnis. Im Herbst 1989 fuhr er mit einer Gruppe deutscher und polnischer Jugendlicher durch alle drei Regionen Ostpreußens. Seine Beobachtungen schildert er in einem sehr interessanten Artikel vom 3. Januar 1999 in der *Welt am Sonntag*. In erschütternder Weise beschreibt er die gewaltigen Unterschiede zwischen dem polnischen und dem litauischen Teil Ostpreußens einerseits und dem russischen Gebiet rund um Königsberg andererseits.

Der Autor schreibt: *„Ich habe noch nie zuvor so deutlich empfunden, daß mit der Kirche in der Ortsmitte nicht nur die Religion verschwindet, es vergeht, es verweht weit mehr. Ein lokales Zentrum der Zivilisation und was dann auf längere Sicht übrig bleibt, kann man im russischen Ostpreußen genau studieren. Die pure Sinnlosigkeit, die Verzweiflung, der Fusel aus der Wodka-Billigflasche.“*

Wo Gott ausgegrenzt wird, geht die Kirche unter und wo die Kirche untergeht, da geht der Mensch unter.

Baring weiter: „*Wo es noch Dorfställe gibt, vegetieren die Menschen dahin, zerlumpt, verdreckt, fast auf die Stufe ihrer Haustiere herabgesunken, mit denen sie häufig dicht an dicht zusammenleben. Ohne Hoffnung, ohne positive Perspektive*“.

Die Kirche ist nicht da, um sich selbst zu behaupten, sondern um dem Menschen die Würde zu bewahren, indem sie die Menschen zu Gott führt. Wenn sie das tut, indem sie verkündet, sei es gelegen oder ungelegen, heute meist ungelegen, dann ist das ein Dienst an den Menschen und nicht ein Dienst für die Kirche selbst.

Baring dazu: „*Die dritte Lehre, die ich aus Ostpreußen mitgebracht habe, ist vielleicht für uns heute die wichtigste. Vielerorts in Deutschland, in den verschiedensten politischen Lagern, wird heute ein Werteverfall beklagt, das Verschwinden der Vorbilder, der moralischen Gleichgültigkeit, eine dekadente Haltlosigkeit. Wir haben vergessen, oder bagatellisieren, was die Kirchen unserer Städte und Dörfer bedeuten und symbolisieren. Beziehungspunkte, die den Menschen Halt geben können und man muß nicht Christ sein, um zu erkennen, daß alle europäischen Werteordnungen aus unserer christlichen Tradition herausgebacken sind, und sei es in Auseinandersetzung mit ihr, zugleich jedoch von ihr zutiefst geprägt. Und noch eins, eine Werteerziehung, die diesen Namen verdient, läßt sich nicht wertneutral betreiben. Wer anderen, zumal jüngeren, ein eigenes Wertebewußtsein, ethische Maßstäbe, Grundsätze, Haltung, Lebenssinn und Überzeugung vermitteln will, muß eine eigene Position haben und sie an sich selbst in der eigenen Person verdeutlichen. Wer Wertebewußtsein vermitteln will, muß es glaubhaft verkörpern.*“

Es ist schon bezeichnend, daß uns gleichsam vom Propheten außerhalb der Kirche die Werthaftigkeit, Wichtigkeit und Sinnerfülltheit unserer Kirche bis hin zu den Kirchenbauten in Erinnerung gerufen werden muß.

Vergessen wir nicht, alle Kultur hat ihren Ursprung im Kultus, daß heißt: das Zusammenleben unter den Menschen in Würde und Solidarität wurzelt in der Verehrung Gottes durch den Menschen in Ehrfurcht und Anbetung. Der Mensch ist dazu da, um Gott zu loben, sagte der heilige Ignatius von Lojola, wo er das nicht mehr tut, dort lobt der Mensch nur sich selbst und wir wissen, was Eigenlob für eine peinliche Eigenschaft ist, sagen die Deutschen „Eigenlob stinkt“, und das ist oft die schlimmste Umweltbelastung von der wir heimgesucht worden sind. Die Rettung des Menschen, die Rettung der Erde, ist der Himmel. Und als man den Himmel abgeschafft hat, den Engeln und den Spatzen überlassen hat, ist die Erde buchstäblich unter die Räuber gefallen, der Mensch hat seinen Unendlichkeitshunger an den Gütern dieser Welt stillen wollen und dabei hat er die Ressourcen dieser Welt aufgezehrt und ist doch nicht satt geworden. Das ökologische Problem ist ein theologisches Problem, die Rettung der Erde ist der Himmel.

Und hier laß ich noch einmal Arnulf Baring zu Wort kommen:

„*Wenn man dann wieder in Polen ist, also in dem polnischen Ostpreußen ist, die Kirche mit ihren alten Altären, holzgeschnitzten Kanten und Emporen sieht, wenn man die Glocken läuten, die Gläubigen singen hört, möchte man auch als Nichtkatholik, überhaupt als nicht unbedingt kirchentreuer Mensch, vor Glück und Dankbarkeit auf die Knie sinken. Hier tief in Polen. Hunderte Kilometer von Deutschland entfernt fühlt man sich in einem solchen Moment nach der Untergangserfahrung drüben bei den Russen wie geborgen. Von Gleichgesinnten, von Europäern umgeben und beschützt, man fühlt sich im Westen, und dabei ist man hier bei Bartenstein nur wenige Kilometer von der russischen Grenze, vom Desaster auf der anderen Seite entfernt. Die Grenze ist übrigens noch immer mit Stacheldraht-*

verhauen und mit Gräben gesichert und mit frisch gepflügten Streifenzonen zwischen den Hinderniszäunen. Eine Welt nicht nur des Untergangs, sondern der Verdammnis.

Warum ich das alles berichte, einmal weil es uns Deutsche hier zwischen Rhein und Oder immer wieder neu dankbar machen sollte, daß uns das Schicksal Ostpreußens erspart blieb. Sodann zweitens, weil man nirgendwo in unserer Nähe so deutlich sehen kann, was der sowjetische Sozialismus in Wahrheit bedeutete und mit sich brachte.“

Ich kenne alle drei Regionen Ostpreußens, die russische, die litauische, die polnische aus eigener Erfahrung. Und was Ostpreußen für mich immer so faszinierend macht, ist der ostpreußische Himmel über dem gequälten Land. Diese eigentümliche Beleuchtung. Und darum fahre ich immer gern nach Ostpreußen, nicht nur wegen der guten Küche, sondern eigentlich wegen dieses ostpreußischen Flairs.



Joachim Kardinal Meisner begeistert die deutschen und polnischen Teilnehmer gleichermaßen.

* * *

Słowo Pozdrowienia

Czcigodni Państwo!

Jest to zdumiewające, ale mam w moim życiu cztery strony ojczyste, pierwsze 11 lat mojego życia spędziłem we Wrocławiu, a więc na Śląsku, potem Turynia, następnie Berlin i teraz Nadrenia. Jest to tak jak z drzewem - drzewo puszcza swoje korzenie raz w jedną tylko ziemię i kiedy są one dosyć głęboko mogą się dalej rozrastać i dlatego pierwsza ojczyzna jest dla człowieka zawsze wzorcowa. Ojczyzna to kawałek ziemi, na której człowiek wkroczył na świat, gdzie zdobył swoje pierwsze doświadczenie. Co to jest droga, co to niebo, co to jest drzewo, tata i mama? Na gruncie tych doświadczeń radzi sobie z późniejszymi doświadczeniami na świecie. Gdy jestem pytany „*Jak Pan to rozumie?*”, mogę to tylko jasno przedstawić na podstawie przykładu. Kubki smakowe człowieka są określone przez kuchnię matki na całe życie. Smakuje nam to ciasto, które najbardziej jest zbliżone do matczynej kuchni. Dlatego każdemu człowiekowi niezbędna jest ojczyzna po to by zachował swą tożsamość. Ojczyzna to pojęcie antropologiczne, a nie polityczne. Musi mi być wolno powiedzieć we Wrocławiu, że jestem w domu.

Znałem wschodnie Prusy najpierw z literatury, Ernsta Wiecherta i Agnes Miegel, jak również z późniejszych odwiedzin mianowicie na Warmii. W dzisiejszych Prusach rosyjskich byłem raz jedyny, mianowicie w Królewcu, który nazywa się dzisiaj Kaliningrad. Wiemy z doświadczenia a szczególnie z doświadczeń z regionów wschodnio- i środkowoeuropejskich, że nie dzieje się dobrze ludziom tam, gdzie niszczą domy boże, a domy człowieka otacza chwała i blask. Niekatolicki historyk współczesny Prof. Dr. Arnulf Baring daje nam tego wyraźne świadectwo. Jesienią 1989 roku jechał z grupą niemieckiej i polskiej młodzieży przez wszystkie trzy regiony Prus Wschodnich. Swoje spostrzeżenia przedstawia on w swoim bardzo interesującym artykule z 3-ego stycznia 1999 roku w *Welt am Sonntag*. We wstrząsający sposób opisuje on potężne różnice między polską a litewską częścią Wschodnich Prus z jednej strony i rosyjskim obszarem wokół Królewca z drugiej strony.

Autor pisze: *Nigdy nie doświadczyłem tak wyraźnie, żeby w miejscowości gdzie kościół umieszczony jest w jej centrum, nie tylko zanikała religia, ale żeby przemijała, a wręcz ulegała całkowitemu rozwianiu. Temu co pozostało na dłuższą metę z lokalnego centrum cywilizacji dokładnie można się przyrzeć w rosyjskiej części Prus Wschodnich. Czysty bezsens, rozpacz, bimber z taniej butelki po wódce.*

Tam gdzie jest odgradza od Boga, kościół ulega zagładzie, a gdzie kościół ulega zagładzie, podupada i człowiek.

Baring dalej: *Gdzie istnieją jeszcze resztki wsi, wegetują ludzie, obdarcy, brudni, którzy stoczyli się do poziomu zwierząt domowych, obok których blisko żyją. Bez nadziei i bez pozytywnych perspektyw.*

Kościół nie jest po to, aby się samemu utwierdzać, lecz żeby zachować godność w człowieku, prowadząc go do Boga. Kiedy on to czyni, obwieszczając niezależnie czy jest to stosowne czy niestosowne, dzisiaj najczęściej niestosowne, to jest to wtedy służbą dla człowieka a nie dla samego kościoła.

Baring dodaje: *„Trzecia nauka, którą przywiozłem z Prus Wschodnich jest chyba dla nas dzisiaj najważniejsza. W wielu miejscach w Niemczech, w najróżniejszych politycznych obozach uskarża się na upadek wartości, zanik wzorców do naśladowania, moralną obojętność, dekadencją chwiejność. Zapomnieliśmy albo bagatelizujemy, co kościoły naszych miast i wsi oznaczają i symbolizują. Są to punkty odniesienia, które mogą człowiekowi dać oparcie i nie trzeba być Chrześcijaninem, żeby rozpoznać, że wszystkie systemy wartości wyrosły z tradycji chrześcijańskiej i pozostały w zgodzie z nią będąc głęboko przez nią ukształtowane. I jeszcze jedno, wychowywania w poczuciu wartości, które zasługują na takie miano, nie można prowadzić niezależnie od tych wartości. Kto innym, młodszym chce przekazywać normy, zasady, postawy, sens życia i przekonanie musi mieć własną pozycję i wykazać ją we własnej osobie. Kto chce przekazywać świadomość wartości, musi ją wiarygodnie utożsamiać.*

Jest znamienne, że nam przypominane jest poniekąd przez proroków z poza kościoła o trzymaniu się wartości, o wadze i zrozumieniu sensu istnienia naszego kościoła, aż po mury kościelnych budowli.

Nie zapominajmy, że każda kultura ma swój początek w kulcie, to oznacza, że współzycie wśród ludzi w godności i solidarności jest zakorzenione w uwielbieniu

Boga poprzez człowieka w głębokim szacunku i ubóstwianiu. Człowiek jest po to aby chwalić Boga powiedział święty Ignatius von Lojola, kiedy człowiek tego nie czyni, to oznacza, że chwali siebie samego, a my wiemy dokładnie jaką wstydliwą cechą jest samouwielbienie. Niemcy mówią samouwielbienie śmierdzi i to jest najcięższym obciążeniem środowiska przez które jesteśmy nawiedzani. Ratunkiem dla człowieka i ziemi jest niebo. A kiedy usunięto niebo i pozostawiono je aniołom i wróblom, ziemia dosłownie wpadła w sidła rabusiów, człowiek chciał zaspokoić swój głód nieskończoności przy pomocy dóbr tego świata i dlatego wyczerpał jego źródła i mimo to się nie nasycił. Problem ekologii jest problemem teologicznym, ratunkiem ziemi jest niebo.

A tutaj jeszcze raz dopuszczę do słowa Arnulfa Baringa:

A kiedy znowuż jest się w Polsce, w polskich Prusach Wschodnich, i widzi się kościół ze swoimi ołtarzami, wyrzeźbionymi w drewnie krawędziami i emporami, kiedy słyszy się bijące dzwony i śpiewających wierzących to nawet niekatolik albo niezbyt mocno wiążący człowiek chciałby upaść ze szczęścia i radości na kolana. Tutaj w dalekiej Polsce, setki kilometrów z dala od Niemiec czuje się człowiek w takim momencie po doświadczeniu upadku tam u Rosjan całkiem bezpieczny, ochraniający i otoczony przez współtowarzyszy, przez Europejczyków - człowiek czuje się jak na zachodzie i tutaj w Bartoszycach niewiele kilometrów od granicy rosyjskiej jak gdyby z dala od katastrofy po drugiej stronie. Granica jest zresztą ciągle jeszcze zatarasowana drutami i chroniona rowami, świeżo zaoranymi pasami i płotem. To świat nie tylko upadku ale i potępienia.

Dlaczego o tym wszystkim donoszę? Po pierwsze, ponieważ Niemiec między Odrą a Renem powinien być nam ciągle wdzięczny za to, że został mu zaoszczędzony los Wschodnich Prus. A po drugie dlatego, że nie można nigdzie indziej w naszej okolicy tak wyraźnie zaobserwować, co sowiecki socjalizm w rzeczywistości oznaczał i ze sobą przyniósł.

Znam wszystkie trzy regiony Prus Wschodnich - rosyjski, litewski i polski - z własnego doświadczenia. I co mnie zawsze we Wschodnich Prusach fascynuje to jest wschodniopruskie niebo nad dręczonym krajem. I dlatego zawsze chętnie jadę do Wschodnich Prus, nie ze względu na dobrą kuchnię, lecz właściwie ze względu na wschodniopruską atmosferę.

Armin Laschet

**Mitglied des Europäischen Parlaments
członek Parlamentu Europejskiego**

Stehen die Einheit Europas und die regionale und nationale Identität im Widerspruch?

Der 3. Kommunalpolitische Kongreß findet in einer Zeit statt, die an wichtige Tage in den deutsch-polnischen Beziehungen ganz bewegend erinnert.

Am 30. September 1989 erreichte die DDR-Flüchtlinge in der Deutschen Botschaft in Prag die Nachricht, ihre Ausreise werde bewilligt. Als am 7. Oktober, dem 40. Jahrestag der DDR, Michail Gorbatschow als Gast dem großen Festakt in Berlin beiwohnte, riefen die Menschen auf der Straße schon nach Freiheit. Zwei Tage später, am 9. Oktober, fand in Leipzig mit über 150.000 Menschen die größte Montagsdemonstration statt. Der friedliche Ausgang dieser Demonstration des Freiheitswillens war das Ende des damaligen Generalsekretärs Erich Honecker.

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 verbindet Deutsche und Polen besonders, denn der deutsche Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl war zu diesem Zeitpunkt in Warschau und besuchte den polnischen Ministerpräsidenten.

Als sich am 1. und 2. Oktober 1990 die Außenminister der KSZE in New York trafen und dem Zwei-plus-Vier-Vertrag zustimmten, wußten die wenigsten, weshalb der 3. Oktober deutscher Nationalfeiertag wurde. Es war die erste Gelegenheit, nachdem alle Nachbarn ihr Einverständnis zur deutschen Einheit gegeben hatten. Am 3. Oktober konnte die deutsche Einheit vollzogen werden.

Die Idee Helmut Kohls zur deutschen Einigungsbewegung war die Kopplung der deutschen Einheit und der europäischen Einheit. Nationale Identität und die Einheit Europas sind zwei Seiten einer Medaille, sie sind kein Gegensatz. Die Deutschen wollten mit der Wiedervereinigung nicht in alte Nationalstaatspolitik zurückfallen, sondern an der Einheit Europas weiter arbeiten. Die deutsche Einheit im Einverständnis mit den europäischen Nachbarn vom 3. Oktober ist damit anders vollzogen worden als bei der ersten Vereinigung Deutschlands unter Otto von Bismarck. Die damalige Einheit erfolgte nach Krieg in Versailles, auf dem Boden des unterlegenen Nachbarn. Dieser Akt war eine Demütigung und damit wieder auch Quelle neuer Gewalt.

Ähnlich ist es mit der Europäischen Union und ihrem Charakter. Am Beginn des europäischen Einigungsprozesses stand nicht die Frage des Euro, des Binnenmarktes oder all der anderen Themen, die wir heute diskutieren, sondern die damalige Aufgabe bestand darin, nach dem Zweiten Weltkrieg mit Millionen von Toten in Europa die Spirale des Krieges in Zukunft zu verhindern. Das bewegte Robert Schuman, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und all die Gründer der Europäischen Union.

Nach dem Ersten Weltkrieg war man bemüht, den, der den Krieg verloren hatte, möglichst schwach zu halten. Dies sollte der Versailler Vertrag mit dem Deutschen Reich, unter anderem durch die Entmilitarisierung des Rheinlandes, über etliche Auflagen und hohe Reparationszahlungen erreichen. Das Ergebnis des auf diesem Wege erhofften Friedens war, daß 14 Jahre später Hitler an der Macht war und der ganze Kreislauf wieder von vorne begann.

Aus dieser Erfahrung heraus war es eine völlig neue Idee, die Robert Schuman am 9. Mai 1950 vorgetragen hatte, und die auch heute noch dem Charakter der Europäischen Union entspricht: Es ist nicht relevant, wer Sieger und Besiegter ist, sondern es kommt darauf an, die Industriezweige, die immer wieder zu Kriegen geführt haben, Kohle und Stahl und die damit verbundene Rüstungsindustrie durch eine Gemeinschaftsbehörde der nationalen Kontrolle zu entziehen. Das war die Montanbehörde. Der erste Präsident der Montanunion, die 1953 ihre Arbeit aufnahm, war Jean Monnet, ein enger Mitarbeiter Schumans. Monnet war der geistige Vater dieses Modells, dem 6 Staaten beitraten: Deutschland, Frankreich, Belgien, Niederlande, Luxemburg und Italien. Dieser Vertrag hatte eine Vertragsdauer von 50 Jahren und ist 2002 ausgelaufen. Er hat sein Ziel erreicht. Ein Krieg zwischen Deutschen und Franzosen ist heute nicht mehr vorstellbar.

Gegenwärtig stehen wir exakt vor der Frage, diese Einheit, die wir im Westen Europas in 40 Jahren erarbeitet haben, am 1. Mai 2004 auf den ganzen Kontinent auszudehnen, ihn zu einer Friedens-, einer Rechts- und einer Freiheitsgemeinschaft zu vereinen. Letzteres war stets die zweite Botschaft. Die EU ist eine Vereinigung freier Völker. Spanien und Portugal konnten erst nach dem Ende der Diktatur in die Europäische Union und auch erst nach dem Ende des Kommunismus war die Europäische Union zur Osterweiterung bereit.

Aufgrund des guten Erfolges der Montanunion wurden die Kooperationsfelder ausgedehnt. Mit den Römischen Verträgen von 1957 haben die Vertragspartner eine Wirtschaftsgemeinschaft errichtet. Daher hätte es auch Symbolcharakter, wenn jetzt die Europäische Verfassung unter italienischer Ratspräsidentschaft vollendet wird. Im Vertrag von Rom soll erstens geklärt werden, welche Prinzipien und Werte gemeinsam in Europa gelten sollen, also das, was am Anfang jeder Verfassung steht.

Zweitens ist zu klären, was die Europäische Union in Zukunft entscheiden und was nach dem Subsidiaritätsprinzip in der Entscheidungskompetenz der Nationalstaaten bleiben soll.

Dies zu klären ist Aufgabe der Europäischen Verfassung, die der Konvent erarbeitet hat und die in Rom bis zum Ende der italienischen Ratspräsidentschaft beschlossen und nach der Erweiterung vom 1. Mai 2004 unterzeichnet werden soll.

Man kann diesen Zusammenhang zwischen der nationalen Einheit und der europäischen Einheit noch einmal an den Jahren 1990/91 werten. Am 3. Oktober 1990 wurde Deutschland wiedervereint. Ein Jahr später bildete der Maastrichter Vertrag die Grundlage für unsere gemeinsame Währung und für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Trotz dieses großen europäischen Integrationsprojekts der gemeinsamen Währung, erklärt auch der Maastrichter Vertrag, daß prinzipiell nach dem Begriff der Subsidiarität Politik gemacht werden muß.

Der Begriff Subsidiarität findet seinen Ursprung in der katholischen Soziallehre. Er besagt verkürzt dargestellt, daß auf der unteren Ebene grundsätzlich alle Entscheidungen getroffen werden sollen. Und nur dann, wenn die kleinere Ebene von dem Druck der Probleme überfordert ist, soll die Entscheidung auf der nächst höheren Ebene getroffen werden.

Ich möchte dies am Beispiel der Wirtschaftsgesetzgebung erläutern. Ein so großes Exportland wie Deutschland steht bei der Entwicklung neuer Wirtschaftsgüter regelmäßig vor dem Problem der Neuverhandlung bilateraler Abkommen über

Exportbedingungen. Stellt Stollwerk etwa in Köln Schokolade für den Export her, so müßte es, wenn es keinen EU-Binnenmarkt gäbe, die Gesetze - etwa Lebensmittel- und Hygienekontrollgesetze - jedes einzelnen Landes beachten. Dies wäre ein ungeahntes Hemmnis. Der EU-Binnenmarkt bietet also einen Riesenvorteil für jeden, der exportieren oder importieren möchte. Dies ermöglicht die Abgabe von Gesetzgebungskompetenz der Staaten an die Europäische Union.

Die Regulierung des Binnenmarktes macht 70 % aller Gesetze aus. Mit anderen Worten: 70 % aller Gesetze, die der Deutsche Bundestag heute beschließt, sind nur noch Umsetzungsgesetze nach Vorgaben des europäischen Rechts. Das ist der eine Teil des Binnenmarktes. Hinzu kommt jedoch noch das Problem der Währungsschwankungen, das mit der gemeinsamen Währung im Binnenmarkt beseitigt werden sollte. Trotz der Abgabe dieser alten nationalstaatlichen Kompetenz nach Europa bestehen die Nationen weiter. Die rein technische Frage der Geldpolitik ist heute in der Zuständigkeit der unabhängigen Europäischen Zentralbank, kreierte nach dem Muster der alten Deutschen Bundesbank.

Hinzu das schwierige Feld der gemeinsamen Außenpolitik. In der Irakkrise haben wir erlebt, daß es mit der gemeinsamen Außenpolitik noch nicht so weit her ist. Da spielen die zum Teil noch sehr unterschiedlichen nationalen Traditionen und historisch gewachsenen Beziehungen eine starke Rolle.

Eines konnten wir aber an dieser Krise feststellen: Einfluß hat nur ein gemeinsam sprechendes Europa, nicht aber ein Gewirr von 25 nationalstaatlichen, außenpolitischen Stimmen.

Schon in den 90er Jahren hat sich im Rahmen des Balkankonfliktes das Problem tradierter Beziehungen offenbart. 1991 wurde das Ziel der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik festgeschrieben. Als etwas später Jugoslawien auseinanderfiel, entstanden die alten Konstellationen des Ersten Weltkrieges. Die Franzosen standen eher auf Seiten der Serben, die Deutschen eher auf Seiten der Kroaten; man war über drei, vier Jahre nicht in der Lage, überhaupt eine gemeinsame Position zum Zerfall Jugoslawiens, zum Krieg und zur Belagerung Sarajevos zu finden. Erst die Amerikaner haben dann den Konflikt um Sarajevo beendet.

Bis zum Ende der 90iger Jahre hatte Europa dazugelernt. Im Kosovokonflikt spielten frühere Bündnisse keine Rolle mehr. Es gab nur noch die Frage, ob erneute Vertreibungen bzw. ethnische Säuberungen in Europa akzeptiert werden oder nicht. Alle Staaten Europas haben damals erklärt, dies nicht zu akzeptieren und sind gemeinsam dort tätig geworden.

Man hatte damals auch das Erfordernis der erkennbar gemeinsamen Außenpolitik realisiert. Der halbjährlich wechselnde Außenminister galt als nicht mehr vertretbar, da auf diesem Wege auch die europäische Außenpolitik nicht mehr erkennbar war. Die Einrichtung des Hohen Vertreters der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU war das Ergebnis. Javier Solana gibt der EU auf diesem Feld Gesicht und Stimme.

Die Verfassung bereitet jetzt den europäischen Außenminister vor, der, ausgestattet mit einem entsprechenden Stab, die Aufgaben von Javier Solana und in der Kommission von Chris Patten wahrnimmt.

Als letztes neues Feld kommt die innere Sicherheit hinzu.

Längst arbeiten Mafia, Drogenhandel, Menschenhandel, Terrorismus, grenzüberschreitend. Die organisierte Kriminalität, die mit modernster Technik europaweit aktiv ist, ist damit europäischer als alle politischen Institutionen. Unsere

Polizei reagiert darauf nationalstaatlich. Es gibt keine zentrale Ermittlung etwa über ein europäisches Kriminalamt, das dieser großen Herausforderung wirksam gegenübersteht.

Auch hier zeigt sich, nur durch eine Katastrophe sind wir offensichtlich in der Lage, einen Schritt weiter zu gehen. In der Frage der inneren Sicherheit war dies der 11. September. Über Jahre lag im Europäischen Parlament ein Entwurf für eine Geldwäscherichtlinie. Nach dem 11. September wurde sie sofort verabschiedet, da der Terrorismus mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Europäisch stattfindende Geldwäsche kann nicht sinnvoll nationalstaatlich bekämpft werden.

Die aufgeführten Beispiele belegen, daß es Bereiche gibt, die wirkungsvoller europäisch geregelt werden. Damit wird die Nation nicht abgeschafft. Die Völker Europas müssen damit noch nicht ihre jeweilige Identität neu definieren. Vor drei Tagen habe ich in Bratislava mit Tadeusz Mazowiecki, dem früheren polnischen Ministerpräsidenten, ein ähnliches Thema diskutiert. Ich beschrieb die europäischen Notwendigkeiten ebenso freundlich. Mazowiecki entgegnete, daß für Polen der Nationalstaat nicht so etwas Negatives darstelle. Ich habe zwar nicht gesagt, daß er etwas Negatives ist. Aber für Polen hat sich die Identität in den Zeiten all der Teilungen im Nationalstaat manifestiert. Er war das Symbol für die Freiheit und für die Werte, die man liebte.

Niemand soll in der Europäischen Union seine Freiheit und seine Werte aufgeben. Ich bejahe insofern die Nation. Die polnischen Werte und die eigene Identität sollen eben nicht durch Brüssel gleichgemacht und harmonisiert werden.

Für uns Deutsche stellt sich das so dar: Der Bayer würde sich vielleicht zuerst als Bayer und dann als Deutscher definieren. Ein Rheinländer denkt vielleicht erst mal ans Rheinland als an die ferne Hauptstadt Berlin. Und ein Aachener ist fast schneller in Paris als in Berlin. Das ist in Deutschland mit seinen vielen Regionalitäten und Identitäten sehr unterschiedlich. Die deutsche Geschichte ist zudem sehr speziell. So haben die vielen Vertriebenen je nach Volksgruppe ganz eigene Identitätsmerkmale in die Nachkriegsbundesrepublik eingebracht. Hier würde jeder die Frage nach seiner Identität anders beantworten. Aber egal wie er es beantwortet, der Mensch braucht seine Identität und die kommt im Zweifel nicht aus Brüssel und aus der Europäischen Union.

Man kann guter Europäer sein und sich trotzdem freuen, wenn Deutschland Holland im Fußball geschlagen hat. Die Einheit Europas und die regionale Identität stehen nicht im Gegensatz zueinander.

Erst die Nationen, die im Ministerrat als zweite Gesetzgebungskammer vertreten sind, bilden ja die Europäische Union. Nach dem Modell der europäischen Gesetzgebung entsteht ein Gesetz nur dann, wenn die Nationalstaaten im Ministerrat zustimmen. Dies soll sich auch durch die neue Verfassung nicht ändern.

Darüber hinaus sagt die Europäische Union aber auch, daß es nicht nur Nationalstaaten sondern auch Regionen gibt. Grenzüberschreitende Regionen, deren besondere Situation auch eine besondere Förderung erfordert. Die EU hat an solche Regionen in den Jahren zwischen 2000 und 2006 immerhin 213 Milliarden Euro über vier Strukturfonds, den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und den Europäischen Sozialfonds verteilt. Hinzu kommen ein

Finanzinstrument für die Ausrichtung der Landwirtschaft und der Fischerei sowie die sogenannten INTERREG-Programme, die ebenfalls grenzüberschreitende Regionen fördern sollen.

In Aachen haben wir eine solche Region, in der grenzüberschreitend Niederländer, Belgier und Deutsche auf den Feldern Soziales, Gesundheit, Tourismus und Verkehr zusammenarbeiten. Weil wir Grenzregion sind, und aus diesem Grenzcharakter herauskommen wollen, wird diese Zusammenarbeit mit sehr viel Geld der EU gefördert.

Die Regionen nehmen damit einen wichtigen Platz im europäischen Einigungsprozeß ein. Weitere derartige Regionen gibt es in Pommern und im Dreiländereck Deutschland, Polen und Tschechien.



Armin Laschet, MdB

Es ist die Aufgabe dieser Europäischen Verfassung, dies alles in einer klaren, transparenten, für jeden Bürger verständlichen Sprache zu fixieren. Der Vertrag von Nizza ist zum Beispiel für einen Laien kaum nachzuvollziehen, weil nämlich jeder Vertragsschritt in all den Jahren immer eine Änderung der alten Römischen Verträge war, was zu unübersichtlichen Verschachtelungen geführt hat. Die Europäische Verfassung bietet die große Chance, die europäischen Funktionsmechanismen für den Bürger verständlich zu machen. Wenn uns das gelingt, dann wird jeder Europa und Nation sehr gut in Einklang bringen können.

* * *

Czy jedność Europy oraz tożsamość regionalna i narodowa są wobec siebie w sprzeczności?

Trzeci Kongres Polityki Komunalnej odbywa się w czasie, który w szczególny sposób przypomina o ważnych dniach z dziejów kontaktów niemiecko-polskich.

30. września 1989 roku do uciekinierów z NRD w Ambasadzie Niemiec w Pradze dotarła wiadomość, że jest zgoda na ich wyjazd. Kiedy w dniu 7. października, w 40. rocznicę powstania NRD, Michaił Gorbaczow gościł na uroczystościach w Berlinie, ludzie na ulicy głośno domagali się wolności. Dwa dni później, 9. października z udziałem ponad 150.000 ludzi odbyła się w Lipsku największa tradycyjna demonstracja poniedziałkowa. Pokojowe zakończenie tej demonstracji woli na rzecz pokoju oznaczało koniec ówczesnego sekretarza generalnego Ericha Honeckera.

Data upadku muru berlińskiego w dniu 9. listopada 1989 roku łączy Niemców i Polaków w sposób szczególny, gdyż właśnie wówczas kanclerz niemiecki dr Helmut Kohl przebywał z wizytą w Warszawie i gościł u polskiego premiera.

Kiedy 1. i 2. października 1990 roku ministrowie spraw zagranicznych KBWE spotkali się w Nowym Jorku i wyrazili swoją zgodę na zawarcie układu dwa-plus-cztery, niewiele osób wiedziało, dlaczego dzień 3. października stał się niemieckim świętem narodowym. To właśnie wtedy wszyscy sąsiedzi wyrazili swoją zgodę na niemiecką jedność. W dniu 3. października niemiecka jedność mogła stać się faktem.

Idea Helmuta Kohla dotycząca niemieckich działań na rzecz zjednoczenia była sprzężeniem niemieckiej europejskiej jedności. Narodowa tożsamość i jedność Europy są dwiema stronami tego samego medalu, nie stanowią one przeciwieństwa wobec siebie. Niemcy wraz ze swoim ponownym zjednoczeniem nie chcieli znowu popaść w starą politykę państwa narodowego, lecz zamierzali nadal pracować nad jednością Europy. Niemiecka jedność, w porozumieniu z sąsiadami europejskimi z 3. października, dokonała się tym samym w inny sposób, niż w przypadku pierwszego zjednoczenia Niemiec pod rządami Otto von Bismarcka. Tamta jedność nastąpiła w Wersalu po wojnie, na ziemi pokonanego sąsiada. Akt ten był upokorzeniem, a przez to stał się ponownie źródłem nowej przemocy.

Podobnie jest z Unią Europejską i jej charakterem. Na początku europejskiego procesu zjednoczenia nie była problemem waluta euro, rynek wewnętrzny lub wszystkie inne tematy, o których dzisiaj dyskutujemy. Ówczesne zadanie polegało na tym, aby po drugiej wojnie światowej, która pociągnęła za sobą miliony ludzkich ofiar, zapobiec w przyszłości w Europie spirali wojny. To właśnie poruszyło Roberta Schumana, Konrada Adenauera, Aleide de Gasperi i wszystkich innych założycieli Unii Europejskiej.

Po pierwszej wojnie światowej w jak największym stopniu starano się osłabić Rzeszę Niemiecką, która przegrała wojnę. Zamierzano to osiągnąć za pomocą Traktatu Wersalskiego, między innymi poprzez demilitaryzację Nadrenii, poniesienie określonych wydatków i wysokie wypłaty odszkodowań wojennych. Rezultatem wymarzonego na tej drodze pokoju, było to, że 14 lat później Hitler był u władzy i cały obieg zaczął się ponownie.

Z tego doświadczenia powstała zupełnie nowa idea, którą Robert Schuman zaprezentował w dniu 9. maja 1950 roku, i która także dzisiaj odpowiada charakterowi Unii Europejskiej: nie jest ważne, kto jest zwycięzcą, a kto pokonanym, lecz chodzi o to, aby gałęzie przemysłu, które zawsze prowadziły do wojny, czyli przemysł węglowy i stalowy, jak również związany z nimi przemysł zbrojeniowy, były pozbawione kontroli narodowej na rzecz kontroli sprawowanej przez właściwy urząd wspólnoty, którym była Europejska Wspólnota Węgla i Stali. Pierwszym prezydentem Wspólnoty, która rozpoczęła swoją działalność w roku 1953, był Jean Monnet, bliski współpracownik Schumana. Monnet był ojcem duchowym tego przedsięwzięcia, do którego przystąpiło 6 państw: Niemcy, Francja, Belgia, Holandia, Luksemburg i Włochy. Umowa ta obowiązywała przez 50 lat i wygasła w roku 2002. Osiągnęła ona swój cel. Wojna między Niemcami a Francją jest dzisiaj niewyobrażalna.

Aktualnie stoimy przed problemem, aby jedność, nad którą pracowaliśmy na Zachodzie Europy przez 40 lat, rozszerzyć w dniu 1. maja 2004 roku na cały kontynent, aby połączyć ten kontynent w jedną wspólnotę pokoju, prawa i wolności. Wolność zawsze była naszym drugim posłannictwem. UE jest wspólnotą wolnych narodów. Tak jak Hiszpania i Portugalia mogły wstąpić do Unii Europejskiej dopiero po zakończeniu dyktatury, tak Unia Europejska była gotowa do rozszerzenia się na Wschód po upadku komunizmu.

Na bazie sukcesu Europejskiej Wspólnoty Węgla i Stali rozszerzone zostały kolejne obszary kooperacji. Dzięki Traktatom Rzymskim z 1957 roku sygnatariusze stworzyli wspólnotę gospodarczą. Stąd też uchwalenie Konstytucji Europejskiej w czasie, gdy Unii Europejskiej przewodniczą Włochy, miałyby charakter symboliczny. W układzie rzymskim należy przede wszystkim wyjaśnić, jakie zasady i wartości powinny wspólnie obowiązywać w Europie, a więc to, co znajduje się na początku każdej konstytucji.

Po drugie należy określić, w jakich sprawach Unia Europejska powinna w przyszłości podejmować decyzje, a co, zgodnie z zasadą subsydiowania, powinno pozostać w kompetencjach decyzyjnych poszczególnych państw.

Wyjaśnienie tych spraw jest zadaniem Konstytucji Europejskiej, którą opracował Konwent, i która ma zostać uchwalona w Rzymie przed upływem włoskiego przewodnictwa i podpisana po rozszerzeniu Unii w dniu 1. maja 2004 r.

Tę zależność między jednością narodową a jednością europejską można jeszcze raz ocenić na przykładzie lat 1990/91. W dniu 3. października 1990 doszło do ponownego zjednoczenia Niemiec. Rok później Układ z Maastricht stworzył podstawy dla stworzenia naszej wspólnej waluty oraz dla wspólnej polityki zagranicznej i polityki bezpieczeństwa. Mimo tego wielkiego europejskiego projektu integracyjnego na rzecz wspólnej waluty, Układ z Maastricht mówi, że zasadniczo politykę należy uprawiać według zasady subsydiowania.

Termin subsydiowanie znajduje swoje początki w katolickiej nauce społecznej, według której, krótko rzecz ujmując, wszystkie decyzje powinny być podejmowane na najniższej płaszczyźnie. I tylko wówczas, gdy niższa płaszczyzna nie jest w stanie uporać się z danym problemem, decyzja powinna być podejmowana na kolejnej wyższej płaszczyźnie.

Chciałbym to wyjaśnić na przykładzie ustawodawstwa gospodarczego. Duże państwo eksportujące, jakim są Niemcy, wytwarzając nowe dobra gospodarcze regularnie boryka się z problemem przeprowadzania ponownych rokowań dotyczących umów dwustronnych w zakresie warunków eksportu. Gdyby nie było wewnętrznego rynku Unii, to np. firma Stollwerk w Kolonii, produkująca na eksport czekoladę, musiałaby przestrzegać ustaw każdego kraju z osobna – jak np. ustaw dotyczących kontroli środków spożywczych i higieny. Stanowiłoby to niepojętą przeszkodę. Rynek wewnętrzny UE stanowi więc ogromną zaletę dla każdego, kto chciałby eksportować lub importować. To umożliwia przekazanie kompetencji ustawodawczych państw na rzecz Unii Europejskiej.

Regulacja rynku wewnętrznego stanowi 70 % wszystkich ustaw. Innymi słowy: 70 % wszystkich ustaw, które uchwała dzisiaj niemiecki Bundestag, jest jedynie ustawami opracowanymi zgodnie z zaleceniami prawa europejskiego. Jest to jedna część rynku wewnętrznego. Do tego dochodzi jednakże problem wahań walutowych, który ma być usunięty wraz z wprowadzeniem wspólnej waluty na rynku wewnętrznym. Mimo przekazania na rzecz Europy tej starej narodowo-państwowej kompetencji narody istnieją nadal. Czysto techniczna sprawa polityki pieniężnej znajduje się dzisiaj w zakresie kompetencji niezależnego Europejskiego Banku Centralnego, stworzonego na wzór starego Niemieckiego Banku Federalnego.

Trudna sprawa wspólnej polityki zagranicznej. Podczas kryzysu związanego z wydarzeniami w Iraku doświadczyliśmy, że jest jeszcze wiele do zrobienia w sprawach wspólnej polityki zagranicznej. Częściowo grają tu rolę silne jeszcze tradycje narodowe i historycznie ugruntowane kontakty.

W przypadku tego kryzysu mogliśmy jednak stwierdzić jedno: wpływ ma tylko Europa mówiąca jednym głosem, a nie gmatwanina głosów 25 państw realizujących swoją politykę zagraniczną.

Już w latach 90 podczas konfliktu bałkańskiego ujawnił się problem istniejących tradycyjnych kontaktów. W 1991 roku sformułowano cel wspólnej polityki zagranicznej i polityki bezpieczeństwa. Gdy nieco później doszło do rozpadu Jugosławii, powstały stare konstelacje z czasów Pierwszej Wojny Światowej. Francuzi stanęli raczej po stronie Serbów, Niemcy raczej po stronie Chorwatów; przez trzy, cztery lata nikt w ogóle nie był w stanie znaleźć wspólnego stanowiska wobec faktu rozpadu Jugosławii, wobec wojny i oblężenia Sarajewa. Dopiero Amerykanie zakończyli konflikt wokół Sarajewa.

Europa uczyła się w tym zakresie do końca lat 90. Podczas konfliktu w Kosowie wcześniejsze sojusze nie odgrywały już żadnej roli. Istniał jedynie problem, czy ponowne wypędzenia, względnie czystki etniczne w Europie zostaną zaakceptowane, czy nie. Wszystkie państwa Europy oświadczyły wówczas, że nie będą trzy, cztery wzięły się wspólnie do pracy.

Zrealizowano wówczas warunek wyraźnej wspólnej polityki zagranicznej. Koncepcja zmieniającego się co pół roku ministra spraw zagranicznych nie sprawdziła się, gdyż na tej drodze nie można było dostrzec europejskiej polityki zagranicznej. Wynikiem było powołanie Wysokiego Przedstawiciela do spraw Polityki Zagranicznej i Polityki Bezpieczeństwa UE. Reprezentantem UE w tej dziedzinie jest Javier Solana.

W konstytucji przewiduje się teraz stanowisko europejskiego ministra spraw zagranicznych, który, wyposażony w odpowiedni sztab, przejmie zadania Javiera Solana, a w komisji Chrisa Patta.

Ostatnim z nowych obszarów jest bezpieczeństwo wewnętrzne.

Już od dawna ponad granicami działa mafia, funkcjonuje handel narkotykami, handel ludźmi, terroryzm. Zorganizowana przestępczość, która dzięki nowoczesnej technice wykazuje swoją aktywność w całej Europie, jest bardziej europejska niż wszystkie instytucje polityczne. Nasza policja reaguje na to w sposób narodowo-państwowy. Nie ma żadnego centralnego ośrodka, jak np. europejskiego urzędu do spraw zwalczania przestępczości, który byłby w stanie skutecznie przeciwstawić się temu wielkiemu wyzwaniu.

Także i w tej dziedzinie okazuje się, że tylko dzięki jakiejś katastrofie jesteśmy w stanie pójść krok dalej. Z punktu widzenia bezpieczeństwa wewnętrznego był to 11. września. W Parlamencie Europejskim latami leżał projekt wytycznych dotyczących zwalczania zjawiska prania brudnych pieniędzy. Po 11. września został on natychmiast uchwalony, ponieważ terroryzm musi być zwalczany wszelkimi środkami. Pranie brudnych pieniędzy, z jakim mamy do czynienia w Europie, nie może być skutecznie zwalczane tylko środkami danego państwa.

Wymienione przykłady dowodzą, że istnieją dziedziny, które są skuteczniej uregulowane w ramach europejskich. Nie oznacza to, że w ten sposób usuwa się z życia rolę poszczególnych państw. Narody Europy nie muszą na nowo definiować swojej tożsamości. Przed trzema dniami w Bratysławie podobny temat przedyskutowałem z Tadeuszem Mazowieckim, byłym polskim premierem. Wskazałem także na europejskie konieczności, przed którymi stoi Europa. Mazowiecki odparł, że dla Polski państwo narodowe nie jest czymś negatywnym. Nie powiedziałem wprawdzie, że państwo narodowe jest czymś negatywnym. Jednak dla Polski tożsamość w czasach wszystkich tych rozbiorów manifestowała się w

państwie narodowym. Państwo narodowe było symbolem wolności i wartości, które się kochało.

Nikt w Unii Europejskiej nie powinien rezygnować ze swojej wolności i swoich wartości. W tym sensie opowiadam się za narodem. Polskie wartości i własna tożsamość nie powinny być zrównane i zharmonizowane przez Brukselę.

Dla nas Niemców wygląda to tak: Bawarczyk zdefiniowałby się najpierw jako Bawarczyk, a dopiero później jako Niemiec. Mieszkaniec Nadrenii pomyśli zapewne najpierw o Nadrenii niż o dalekiej stolicy Berlinie. A mieszkaniec Akwizgranu szybciej dotrze do Paryża niż do Berlina. W Niemczech, gdzie istnieje wiele regionalizmów i tożsamości, sytuacja jest pod tym względem bardzo zróżnicowana. Bardzo specyficzna jest przy tym niemiecka historia. I tak na przykład wielu wypędzonych, w zależności od grupy etnicznej, z której się wywodzą, wniosło do republiki Federalnej okresu powojennego swoje cechy tożsamości. W tym miejscu każdy odpowiedziałby inaczej na pytanie o swoją tożsamość. Ale niezależnie od tego, jakiej by udzielił odpowiedzi, człowiek potrzebuje swojej tożsamości, a ta w chwilach zwątpienia nie przyjdzie z Brukseli czy z Unii Europejskiej.

Można być dobrym Europejczykiem, a mimo to cieszyć się, gdy Niemcy pokonają Holandię w meczu piłki nożnej. Jedność Europy i regionalna tożsamość nie znajdują się wobec siebie w sprzeczności.

Unię Europejską tworzą dopiero te narody, które są reprezentowane w Radzie Europy jako druga izba ustawodawcza. Zgodnie z modelem europejskiego ustawodawstwa ustawa powstaje tylko wówczas, gdy państwa narodowe wyrażą swoją zgodę w Radzie Europy. Nowa konstytucja nie powinna tego zmienić.

Poza tym Unia Europejska mówi także o tym, że istnieją nie tylko państwa narodowe, lecz także regiony. Są to regiony ponadgraniczne, których szczególna sytuacja wymaga także szczególnego wsparcia. Na rzecz tego typu regionów UE rozdzieliła w latach 2000 i 2006 213 miliardów Euro poprzez cztery fundusze strukturalne, Europejski Fundusz Rozwoju Regionalnego (EFRE) i Europejski Fundusz Socjalny. Do tego dochodzi także instrument finansowy na rzecz wyrównania gospodarki rolnej i rybołówstwa, jak i tak zwane programy INTERREG, które również mają wspierać regiony ponadgraniczne.

Tego typu region mamy w Akwizgranie, gdzie ponad granicami współpracują Holendrzy, Belgowie i Niemcy w takich dziedzinach, jak polityka społeczna, ochrona zdrowia, turystyka i komunikacja. Ponieważ jesteśmy regionem granicznym i chcemy zmienić ten charakter, współpraca ta jest finansowana dużymi pieniędzmi UE. W ten oto sposób regiony zajmują bardzo ważne miejsce w europejskim procesie jednoczenia. Kolejne tego rodzaju regiony istnieją na Pomorzu i na styku trzech państw Niemiec, Polski i Czech.

Zadaniem Konstytucji Europejskiej jest zapisanie tego wszystkiego w jasnym, przejrzystym języku, zrozumiałym dla każdego obywatela. Traktat z Nicei na przykład jest trudno zrozumiały dla laika, ponieważ każdy jego punkt oznaczał zmianę starych Traktatów Rzymskich, co doprowadziło do nieprzejrzystych skojarzeń. Konstytucja Europejska daje dużą szansę, aby europejskie mechanizmy funkcjonowania uczynić dla obywatela zrozumiałymi. Gdy nam się to uda, wówczas każdy będzie w stanie pogodzić Europę z narodem.

Harald Lwowski

Referent des Deutschen Städtetages und der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)

Referent Niemieckiej Konferencji Miast i Niemieckiej Sekcji Rady Gmin i Regionów Europy (RGRE)

Die Entwicklung der deutsch-polnischen Kommunalpartnerschaften

Als die größte „Friedensbewegung“ Europas wird die Europäische Kommunal-Partnerschaftsbewegung bezeichnet, die im Jahre 1997 ihren 50. Geburtstag feierte. Die überregionale Bedeutung dieses Jubiläums würdigte die Deutsche Post mit der Herausgabe einer Sonderbriefmarke „50 Jahre Städtepartnerschaften“. Diese Friedensbewegung wird demnach bald 60 Jahre alt.

Versöhnung und Begegnung ehemals verfeindeter Völker waren die zentralen Elemente der Städtepartnerschaftsbewegung, die sich zunehmend zu einem Förderer der europäischen Integration entwickelte.

Bereits kurz nach Ende des II. Weltkrieges, im Jahre 1947 wurden die Partnerschaften zwischen Düsseldorf und Reading, Bonn und Oxford, Hannover und Bristol oder Kiel und Coventry geschlossen. Damals waren Kommunal-Partnerschaften etwas ganz Neues, - mittlerweile gehören sie zur Normalität und über die Begründung einer neuen Partnerschaft berichtet heutzutage nur noch die Lokalpresse.

Traditionelle Inhalte und Ziele der Partnerschaftsbewegung haben im Laufe der Zeit an Bedeutung eingebüßt. So entwickelten sich die Partnerschaften nach und nach zu Foren des kommunalen Meinungsaustauschs und kommunaler Entwicklungshilfe.

Besonders in den 50er und 60er Jahren erlebte die westdeutsche Partnerschaftsbewegung einen großen Aufschwung mit der Begründung von Partnerschaften insbesondere mit französischen und britischen Kommunen. Etwa 90 Prozent der heute bestehenden deutsch-ausländischen Kommunal-Partnerschaften entfallen auf die deutsch-europäischen Beziehungen, und hier zu den unmittelbar westlichen Nachbarländern. Führend sind die Beziehungen zu Frankreich mit mittlerweile über 2000 bestehenden kommunalen Verbindungen, gefolgt von den Beziehungen zu Großbritannien.

Die meisten Beziehungen zu Kommunen außerhalb Europas bestehen zu den USA und zu Israel.

Die Anbahnung von Partnerschaften zu Kommunen in Osteuropa entwickelte sich dagegen völlig anders. Infolge der zu Anfang der 70er Jahre eingeleiteten Ostpolitik der damaligen westdeutschen sozial-liberalen Regierung Brandt - Scheel wurden zahlreiche Partnerschaften mit Kommunen in Polen und der Sowjetunion geschlossen. Es gab auch schon frühzeitig Kommunalpartnerschaften zwischen der ehemaligen DDR und osteuropäischen Ländern.

Hier gilt es zu unterscheiden, denn Partnerschaften von Kommunen im ehemaligen Westdeutschland mit solchen im Osten waren aufgrund freiwilliger demokratischer Entscheidung von Stadt-, Gemeinde- oder Kreisparlamenten zustande gekommen.

Partnerschaften von Kommunen in der DDR mit Kommunen in osteuropäischen Ländern, insbesondere in Polen, hingegen waren oftmals unfreiwillig auf Druck „von oben“, also der Zentralregierungen gebildet worden. Sie sollten neben dem Ziel der Festigung der Freundschaft innerhalb der sozialistischen Bruderländer durch Erfahrungsaustausch auf allen Gebieten des gesellschaftlichen, ökonomischen und kulturellen Lebens auch der gegenseitigen Unterstützung beim Aufbau des Sozialismus dienen. Sie waren geprägt durch organisierte Betriebs- und Parteibesuche und auch durch regelmäßige Urlauber-Austausche.

Die Wende 1989 hatte in zahlreichen ostdeutschen Kommunen das völlige Erliegen der Beziehungen zur Folge. In einigen Fällen wollte man hier (zunächst) nichts mehr von der Partnerschaft mit der osteuropäischen Kommune wissen. In vielen Fällen jedoch konnten die Beziehungen fortgeführt werden, nachdem sie durch Ratsbeschlüsse und die Unterzeichnung von Partnerschaftsverträgen auf eine neue, demokratische Grundlage gestellt worden waren.

Als erste deutsch-polnische Kommunal-Partnerschaft gilt diejenige zwischen Dresden und Breslau/Wroclaw aus dem Jahre 1959. Im Jahr 1964 folgten einige Partnerschaften, wie z.B. Schwedt/Oder – Plock, 1973 kam Potsdam – Oppeln, 1976 Zittau - Reichenau/Bogatynia, 1981 Chemnitz - Lodsch/Lodz oder 1987 Rostock - Stettin/Szczecin.

Was Partnerschaften zwischen Kommunen in Westdeutschland und der ehemaligen Volksrepublik Polen angeht, so gestaltete sich deren Begründung – vor der Wende – wesentlich schwieriger. Hier waren von westdeutscher Seite oftmals erhebliche Anstrengungen zu unternehmen und Schwierigkeiten zu bewältigen, um gewünschte Partnerschaften überhaupt zustande zu bringen. Partnerschaften mußten von höchster politischer Stelle, der Regierung der Volksrepublik Polen, genehmigt werden. Auf Weisung Warschaws mußten von den künftigen westdeutschen Kommunalpartnern ergänzende Zusatzabkommen unterzeichnet werden, in denen die Kommunen erklären mußten, sich unter anderem an die Bestimmungen und Ziele des Warschauer Vertrages vom 7. Dezember 1970 sowie der Gemeinsamen Erklärung vom 11. Juni 1976 und vom 25. November 1977 zu halten. Große Vorbehalte gab es bei der polnischen Regierung in den Fällen, in denen die westdeutsche Kommune eine Partnerschaft aus den 50er Jahren zugunsten der in ihr und der näheren Umgebung niedergelassenen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen übernommen hatte. In manchen Fällen ist eine von den Menschen auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs ersehnte Verbindung, die sich aufgrund besonderer Gemeinsamkeiten wie Namensgleichheit (Bsp. Osterode), ähnliche Größe, historische Verbindung unterschiedlichster Art (alte Hanseverbindung, Kohleförderung, gleicher Städtebaumeister oder Kirchenaltarbildhauer etc.), das Bestehen ähnlicher Problemlagen wie Industriezentrum, Kohlevorkommen etc. geradezu angeboten hätte, mangels Genehmigung der östlichen Regierungen nicht zustande gekommen. In nicht wenigen Fällen haben sich die westdeutschen Kommunen dann einen anderen osteuropäischen/polnischen Partner gesucht oder sich einer westeuropäischen Kommune zugewandt. Die interessierte Kommune in Polen hatte das staatlich verordnete Nachsehen. Wie der ehem. Bundeskanzler

Helmut Kohl einmal sagte: „Jahrzehnte kommunistischer Diktatur in Polen haben verhindert, daß Deutsche und Polen mit großen Schritten wieder aufeinander zugehen konnten“.

Kontakte oder Beziehungen ohne offizielle Partnerschaftsverträge zwischen westdeutschen und polnischen Kommunen gab es zum Teil schon seit Anfang der 50er und 60er Jahre. Als relativ frühe offizielle Partnerschaften können hier beispielhaft genannt werden: Bremen – Danzig (1976), Göttingen–Thorn/Torun, Hannover-Posen/Poznan, Nürnberg-Krakau/Kraków (1979), Erfurt-Kalisch/Kalisz (1982) und Kiel-Gdingen/Gdynia (1985).

Bis zum Fall des Eisernen Vorhangs ging man von etwa 25-30 Kommunal-Partnerschaften zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen aus. Nach der Wende lag die Anzahl der Partner zwischen dem wiedervereinigten Deutschland und Polen bei etwa 80 bis 90. Im Jahr 1993 waren es bereits ca. 132 Beziehungen.

Von den 132 Kommunalbeziehungen im Jahre 1993 waren 105 offizielle Partnerschaften, 5 Freundschaften und 22 Kontakte. Damit wurde der bisherige Schwerpunkt bei den deutsch-osteuropäischen Beziehungen, nämlich Ungarn, mit rund 135 Beziehungen erreicht und bald überrundet.

1995 waren es schon 211 Beziehungen, (ca. 177 Partnerschaften, 11 Freundschaften und 23 Kontakte zwischen Städten, Gemeinden und deutschen Kreisen mit polnischen Städten, Gemeindeverbänden oder Wojewodschaften (Bsp.: Kreis Aachen – Wojewodschaft Hirschberg/Jelenia Góra; Kreis Neuss – Gemeindeverband Nikolai/Mikolów). Zu dieser Zeit waren die Kreise in Polen abgeschlossen.

1998 zählte man rund 360 Beziehungen, (230 Partnerschaften, 33 Freundschaften und 93 Kontakte), 2003 gab es bereits insgesamt rund 400 Kommunalbeziehungen zwischen Deutschland und Polen.

Dabei gibt es auf beiden Seiten auch Kommunen mit mehreren Partnerschaften im jeweils anderen Land. Genannt seien auf deutscher Seite bspw. Forst i.d. Lausitz (Pförten/Brady; Sommerfeld N.L./Lubsko), Frankfurt/Oder (Landsberg/Gorzów; Frankfurt/Oder/Slubice), Friedland, Greifswald, Hude i. Oldenburg (je 3 Kontakte), Letschin (3), Reinbek (2), Seelow (3). Auf polnischer Seite sind es z.B. Stettin (4), Oppeln (Opole) (3), Grünberg (Zielona Góra) (3), Hirschberg (Jelenia Góra) (2), Krakau (Kraków) (4) und Lublin (4).

Es sei darauf hingewiesen, daß man zwischen Partnerschaften (engste Form der Verbindung), Freundschaften (freundschaftliche Verbindung) und Kontakten (unverbindliche, lockere Form) - ganz wie im zwischenmenschlichen Bereich - unterscheidet. Zudem besteht für die Kommunen keine Meldepflicht an die kommunalen Spitzenverbände über bestehende oder neu aufgenommene Kommunalbeziehungen. Insofern ist angesichts der großen Anzahl von Kommunen durchaus mit einer gewissen Dunkelziffer zu rechnen.

Was die geographische Verteilung der deutschen Kommunen mit polnischen Partnern auf die 16 Länder oder auf das ganze Bundesgebiet angeht, so haben wir hier bislang keine Differenzierung vorgenommen, was aber im Zeitalter des

Computers kein Problem wäre. Eine Zahl haben wir kürzlich aus gegebenem Anlaß festgestellt, nämlich die Anzahl der Kommunalbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und Schlesien: hier haben wir zur Zeit rund 70 Beziehungen. Nordrhein-Westfalen hat ja vor einigen Jahren eine Partnerschaft mit Schlesien geschlossen. Genaue Angaben über die geographische Verteilung der polnischen Kommunen im eigenen Land, die Partner in Deutschland haben, haben wir auch nicht. Es ist jedoch kein Geheimnis, daß ein Großteil dieser Kommunen im westlichen Landesteil liegt. Daher rührt auch das besondere Interesse von polnischer Regierungsseite an der Begründung von Partnerschaften zwischen deutschen Kommunen und Kommunen im östlichen Polen.

Wirft man einen Blick auf die Entwicklung der kommunalen Beziehungen zwischen unseren Ländern so fällt auf, daß in den Jahren vor 1989 pro Jahr etwa 1 bis 2 Partnerschaften zustande kamen. Dies ändert sich 1989, wo die Anzahl – nach unseren Informationen – mit 12 – 15 neuen Partnerschaften sprunghaft anstieg. Die Anzahl betrug 1990 ebenfalls etwa 15, 1991 schon etwa 30, 1992 ca. 40 und erreichte seinen Höhepunkt 1996 mit etwa 50 neuen Partnerschaften.



Harald Lwowski vom Deutschen Städtetag

Danach wird es um die Neubegründung von Partnerschaften wieder ruhiger. Sucht man nach den Gründen, so stellt man fest, daß die seit Jahren schwierige finanzielle Lage deutscher (aber auch polnischer) Kommunen der Hauptgrund für die Zurückhaltung auf deutscher Seite ist. Beim Eingehen neuer Partnerschaften mit Polen befürchten deutsche Kommunen oftmals die Erwartung bzw. das Erfordernis erheblicher Finanzleistungen und die Bindung von Personal. Eine Partnerschaft mit polnischen Kommunen ist nach Aussage von Kommunalvertretern oftmals keine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe, hingegen bestehe von Anfang an eine gewisse Schiefelage. Ein häufig vorgebrachtes Argument ist auch eine gewisse Sättigung deutscher Kommunen mit Partnerschaften. Auch wird von deutscher Seite häufig mangelnde Kontinuität auf polnischer Seite beanstandet: „Zehn Jahre – zehn Bürgermeister“. So bedeute ein Bürgermeisterwechsel auf polnischer Seite oftmals die Notwendigkeit eines völligen Neuanfangs der partnerschaftlichen Beziehungen, was die Sache erheblich erschwere. Trotz aller Schwierigkeiten und der Tatsache, daß die große Anzahl der Begründung von Kommunalbeziehungen zwischen Deutschland und Polen erst in die 90er Jahre des 20. Jahrhunderts fällt, hat Deutschland mittlerweile die meisten Kommunalbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa zu P o l e n !

Überwiegend die gleichen Gründe, die zur Anbahnung kommunalpartnerschaftlicher Beziehungen zu West- und Südwesteuropa geführt haben, haben vor und besonders nach dem Fall des Eisernen Vorhangs zu solchen mit Ländern in Mittel-/Osteuropa geführt.

Wirft man einen Blick in Partnerschaftsurkunden und –verträge, (eine bedeutende Kopiensammlung besitzt die Deutsche Sektion des RGRE in Köln) so stellt man fest, daß die allgemeinen politischen Zielsetzungen, die den deutsch-polnischen Kommunalpartnerschaften zugrunde liegen, sich nicht wesentlich von denen der westeuropäischen Partnerschaftsbewegung unterscheiden. Sie haben zum Ziel, einen Beitrag zur guten Nachbarschaft und freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Völkern als Mitgliedern in einem freiheitlichen, friedlichen und vereinten Europa zu leisten.

Anders als zu den Anfängen der westeuropäischen Partnerschaftsbewegung, die nahezu ausschließlich von den traditionellen Elementen des Kultur- und Jugendaustauschs geprägt war, spielten und spielen in einem großen Teil der deutsch-polnischen Partnerschaften andere Elemente eine Rolle. Zu nennen sind fachliche Kontakte und Austausch auf Verwaltungsebene, Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher Ebene, zeitweilige Personalaustausche und Praktika für junge Leute in Verwaltungen und Krankenhäusern, in der ambulanten und stationären Altenhilfe, in Kindergärten und in anderen Institutionen. Dies bot und bietet sich insbesondere auch im grenznahen Bereich an (z.B. Flutkatastrophe der Oder). Zu nennen sind beispielsweise auch die Zusammenarbeit im Umweltbereich, im Bereich der Jugend- und Sozialhilfe, wirtschaftliche Kooperation, Entwicklung des Tourismus, Aus- und Fortbildung, Journalistenaustausche zwischen örtlichen Tageszeitungen, Austausch von Ärzten und Krankenhauspersonal.

Zahlreiche Kommunen bezeichnen den Kontakt und die Zusammenarbeit von Schulen als den Ausgangspunkt und den Grundpfeiler ihrer städtepartnerschaftlichen Kooperation.

Insbesondere bei der Anbahnung von Kommunalbeziehungen zur Tschechischen Republik und Polen ist das Engagement von aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen zu nennen. Hier haben in vielen Fällen Einzelpersonen, normale Bürger, engagiert und oftmals erfolgreich für das Zustandekommen kommunalpartnerschaftlicher Beziehungen ihres heutigen Wohnortes im Westen mit ihrer Heimatstadt im Osten gekämpft.

Eine nicht zu unterschätzende Anzahl der heutigen Kommunalbeziehungen zu Polen, seien es Kontakte, Freundschaften oder Partnerschaften, sind aufgrund der Existenz jahrzehntelanger deutscher Kommunal-Patenschaften zustande gekommen. Denn Hunderte von westdeutschen Städten, Gemeinden und Kreisen hatten nach dem II. Weltkrieg den örtlichen Gemeinschaften der vielen Millionen deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge aus Ost- und Südosteuropa im Rahmen von Patenschaften eine „Ersatzheimat“ geboten. Diese sollten den heimatlosen Menschen das Gefühl vermitteln, auch mit ihrer Gemeinschaft wirklich in Westdeutschland aufgenommen zu sein. Die Patenschaften hatten den Auftrag, den Menschen die ihre Heimat verloren hatten, zunächst einmal konkrete Hilfeleistung bei der Eingliederung zu geben und langfristig das jahrhundertalte kulturelle Erbe dieser Menschen zu bewahren und zu pflegen.

Die betreffenden Kommunen engagierten und engagieren sich vielfach noch heute im Rahmen ihrer übernommenen Patenschaften für die Betreuung von Volksgruppen, bzw. Landsmannschaften und gaben und geben den in Heimatstuben, Heimatmuseen und Heimatarchiven zusammen getragenen wertvollen ostdeutschen - osteuropäischen - Kulturzeugnissen eine sichere Heimstatt.

Nach unseren Informationen haben sich über 50 heute bestehende offizielle Kommunalpartnerschaften zwischen Deutschland und Polen aus Patenschaften weiter entwickelt, bzw. war die Patenschaft ursächlich für die Begründung einer neben ihr bestehenden neuen Partnerschaft (beide bestehen nebeneinander). Es kann davon ausgegangen werden, daß auf diese Weise auch zahlreiche der bestehenden Kontakte und Freundschaften zustande gekommen sind, was die Anzahl der aus Patenschaften entstandenen Kommunalbeziehungen mit Polen noch erhöhen würde.

Eine vor etwa zwei Jahren durchgeführte Umfrage der Deutschen Sektion des RGR unter den deutschen Kommunen mit Partnern in Polen läßt interessante Einblicke zu und Entwicklungen erkennen. So überwiegen bei der allgemeinen Beschreibung des Zustands der Partnerschaften Begriffe wie „unkompliziert“, „harmonisch“, „außerordentlich lebendig“ und ähnliches.

Es werden natürlich auch Probleme genannt, die aber nicht verallgemeinert werden können. Probleme in einer Partnerschaft treten in einer anderen Partnerschaft nicht (unbedingt) auf. Aber Probleme sollten durchaus auch beim Namen genannt werden, zumal es unser Ziel ist, die Menschen näher zu bringen und Verbesserungen anzustreben, wo dies möglich ist.

Zu nennen sind hier beispielsweise: Mangelnde Beteiligung der Bevölkerung in der deutschen wie auch in der polnischen Kommune, mangelnde Beteiligung der Jugend, Sprachprobleme auf beiden Seiten (wobei diese z.T. durch Englisch- und Deutschkenntnisse der polnischen Jugendlichen aufgehoben werden) und staatliche Bürokratie.

So beschreibt eine deutsche Stadt (Lüdinghausen – Nysa): „Als negative Begleiterscheinung ... ist nach wie vor die Problematik des Grenzübergangs zu bezeichnen. Umfangreiche bürokratische Hemmnisse hindern oft daran, spontan etwas Gutes zu tun. Dies erstreckt sich sowohl auf die Zur-Verfügung-Stellung von Spenden materieller Art, als auch z.B. auf den Austausch von Kultur. Beim letzteren liegen die Probleme oft darin, daß das Mitbringen von Musikinstrumenten einen erheblichen bürokratischen Aufwand verursacht“.

Die Stadt Borken beklagte die großen Schwierigkeiten bei der Grenzabfertigung am Grenzübergang Ludwigsdorf b. Görlitz im Rahmen der Überführung eines Feuerwehrautos an die Partnergemeinde Bolkenhain (Bolków). Obwohl im Vorfeld der Überführung umfangreiche bürokratische Vorbereitungen (Botschaft Berlin, Konsulate in Köln und Leipzig, Hauptzollamt Münster, Kontaktaufnahme der Gemeinde Bolkenhain mit der Zollstation Ludwigsdorf, Ausstellen von Schenkungsurkunde und umfangreichen Zollbefreiungsformularen) getroffen worden waren, habe man die Städtevertreter von Borken sieben Stunden am Grenzübergang warten lassen und sie zudem aufgefordert, eine Kautions von 2.000 EURO zu hinterlegen. Kurz vor dem Abbrechen der Aktion und der Heimfahrt nach Borken sei die Einreise nach Polen nur dadurch noch erreicht worden, daß der Chef der Bolkenhainer Feuerwehr und ein Vertreter der Gemeinde Bolkenhain nachts zur Grenze reisten.

Es ist nachvollziehbar, daß bürokratische Schwierigkeiten der geschilderten Art den guten Willen der Menschen, aufeinander zuzugehen und einander zu helfen, lähmen können. Daher müssen hier Verbesserungen erreicht werden.

Was vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre ist Wirklichkeit geworden: Partnerschaften zwischen Heimatkreisgemeinden und polnischen Kommunen. Sie sind hier noch wenig bekannt, aber auch sie sind auf Versöhnung und Begegnung der Menschen sowie eine gemeinsame Zukunft in einem zusammenwachsenden friedlichen Europa gerichtet. Altbürger und Neubürger dieser Kommunen arbeiten heute auf partnerschaftsvertraglicher Grundlage zusammen.

Die Möglichkeit dazu hat der deutsch-polnische Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 geschaffen, in welchem die deutschen Heimatvertriebenen jedoch keine Erwähnung fanden. Es sei aber hier darauf verwiesen, daß der ehem. Bundeskanzler Helmut Kohl im Rahmen der Gedenkstunde aus Anlaß der 40jährigen Verkündung der „Charta der Heimatvertriebenen“ am 5. August 1990 betonte, „daß die Verständigung zwischen Deutschen und Polen niemanden ausschließen darf. Sie muß auch die Heimatvertriebenen einbeziehen, denn „wer könnte mehr für die Verständigung und Aussöhnung tun als die deutschen Heimatvertriebenen – oder als jene Deutschen, die noch jenseits von Oder und Neiße ihre Heimat haben, oder als ihre polnischen Nachbarn? – Gerade diese Gruppen können zu Botschaftern der Aussöhnung werden. Sie haben als Mittler zwischen den Völkern und Kulturen eine herausragende Rolle zu spielen. Und Kohl weiter: „Auch den Vertriebenen wächst hier eine neue Aufgabe zu. Wir werden ihren Rat auch in Zukunft brauchen und suchen: Sie bringen alle Voraussetzungen mit, um neue Brücken zu bauen.“

Die Heimatkreisgemeinden haben von vornherein betont, daß die Friedens- und Aufbauarbeit in den Heimatgebieten nur im engen Zusammenwirken mit den heute dort lebenden Menschen, also mit polnischen, russischen und litauischen Bürgern, geleistet werden kann. Und es ist Fakt, daß die ehemaligen Bewohner und deren Nachkommen aus Liebe zur angestammten Heimat von dem Willen beseelt sind, sich für das Wohlergehen ihrer Heimatgemeinden und den heute dort lebenden Menschen einzusetzen. So wurde bereits seit 1991 der Dialog mit den führenden polnischen, russischen und litauischen kommunalen Repräsentanten der Gebietskörperschaften unter Einbeziehung wichtiger gesellschaftlicher Kreise aufgenommen.

Das Engagement der Heimatkreisgemeinden ist primär auf Maßnahmen im humanitär-sozialen und kulturellen Bereich gerichtet. Sie tragen durch umfangreiche humanitäre Hilfsmaßnahmen dazu bei, den heute in den ehemaligen Heimatkommunen lebenden Menschen bei der Entwicklung neuer Lebensperspektiven zu helfen. Genannt seien hier die Organisation von Hilfen für Krankenhäuser, Kinderheime und Altenwohnstätten oder die Beteiligung an der Unterhaltung von Sozialstationen, die auch mit finanziellen Mitteln des Bundesministeriums des Innern eingerichtet worden sind.

Im kulturellen Bereich sind es - auf der Grundlage der Partnerschaftsverträge - Unterstützung für und Beteiligung an denkmalpflegerischen Maßnahmen, wie Erhaltungs- und Rekonstruktionsmaßnahmen oder Verschönerungsarbeiten, Kirchenrestaurierung, Wiederaufbau mittelalterlicher Festungs- und Stadtmauern, Wassertürmen und Friedhöfen oder dem Wiederaufbau des Königsberger Doms.

Die inhaltliche Gestaltung der Partnerschaftsverträge – es gibt mittlerweile 15 Stück – zeigt, daß diese von Polen, Russen und Litauern inzwischen als „ideelle Gebietskörperschaften“ akzeptiert und respektiert werden.

Die deutschen Heimatvertriebenen können stolz darauf sein, durch das zusätzliche Engagement der Heimatkreisgemeinden der Landsmannschaften im Laufe der vergangenen nunmehr 12 Jahre im Rahmen ihrer grenzüberschreitenden Friedens- und Zusammenarbeit für Verständigung und den Ausgleich mit den östlichen Partnern insbesondere auf kommunaler Ebene viel für das künftige gemeinsame Europa geleistet zu haben.

Die deutsche Städtepartnerschaftsbewegung hatte ihr solides Fundament bislang in den nach Westeuropa gerichteten Verbindungen. Der Höhepunkt der deutschen gen Westen gerichteten Städtepartnerschaftsbewegung, was die Anzahl der geknüpften Kontakte, Freundschaften und Partnerschaftsverträge angeht, lag in den 50er bis 70er Jahren. Die kommunalen Beziehungen, gleich welcher Intensität, stellten ein politisch wichtiges Instrument der Überwindung der außenpolitischen Isolierung und Integration Deutschlands in die europäische Wertegemeinschaft dar. Kommunalbeziehungen waren für die Bürger seinerzeit häufig die einzige Form und Möglichkeit, ins Ausland zu reisen und Kontakte mit unseren Nachbarn und Familien im anderen Land aufzunehmen.

Nach und nach trat zunehmend Normalität in den kommunalpartnerschaftlichen Beziehungen ein, was sich in einem Nachlassen des Knüpfens neuer Beziehungen und dem Nachlassen des öffentlichen Interesses an solchen Beziehungen zeigte. Die ursprünglichen Inhalte – Versöhnung und Begegnung – besaßen nicht mehr die ursprüngliche Bedeutung. Zahlreiche Kommunen waren in den Jahren mehrere Beziehungen eingegangen (Köln hat heute über 20 Partnerschaften), was mehr und mehr finanzielle Mittel und Personaleinsatz erforderte. Der Verlust eines breiten Bürgerinteresses hatte die organisatorische Konsequenz, daß die Partnerschaftsarbeit nach und nach von der Kommunalverwaltung auf eigens gegründete Partnerschaftsvereine überging, die von interessierten Bürgern getragen werden.

Die Partnerschaftsbewegung insgesamt ist rückblickend betrachtet eine Erfolgsgeschichte. Kommunalpartnerschaften werden auch in Zukunft eine Chance haben.

Die kommunalen Verbindungen nach Mittel-/Ost- und Südosteuropa sind in den vergangenen Jahren stetig hinzu gekommen. Sie werden sich ebenso segensreich für die Verständigung der Völker und die Festigung eines freien und friedlichen Europas auswirken, wie die Kommunal-Partnerschaften unter den westeuropäischen Kommunen dies in den vergangenen Jahrzehnten mit großem Erfolg geleistet haben.

* * *

Rozwój niemiecko-polskiego partnerstwa miast

Jako największy „ruch pokojowy” Europy określa się Europejski Ruch Partnerstwa Miast, który w roku 1997 obchodził swoją 50. rocznicę istnienia. Ponadregionalne znaczenie tego jubileuszu uczciła Poczta Niemiecka wydaniem specjalnego znaczka „50 lat Partnerstwa Miast”. Ten ruch pokojowy będzie wkrótce obchodził swoją 60. rocznicę.

Pojednanie i spotkanie się dawniej wrogich sobie narodów były centralnymi elementami Ruchu Partnerstwa Miast, który z czasem stał się instytucją wspierającą integrację europejską.

Już wkrótce po zakończeniu II. wojny światowej, w roku 1947 zawarto partnerstwa między Düsseldorfem i Reading, Bonn i Oxfordem, Hannoverem i Bristollem czy Kilonią i Coventry. Partnerstwa miast były wtedy zupełnie czymś nowym – dzisiaj należą one do normalności, a o powstaniu nowego partnerstwa donosi teraz tylko prasa lokalna.

Tradycyjne treści i cele ruchu partnerstwa straciły z czasem na znaczeniu. I tak partnerstwa rozwinęły się stopniowo w fora wymiany poglądów między miastami i pomocy w rozwoju miast.

Zachodnioniemiecki ruch partnerstwa przeżywał duży rozkwit szczególnie w latach 50 i 60 wraz z zawieraniem partnerstwa w szczególności z miastami francuskimi i brytyjskimi. Około 90 procent istniejących dzisiaj przykładów partnerstwa miast niemieckich i zagranicznych przypada na kontakty niemiecko-europejskie, a w tym z bezpośrednio zachodnimi krajami sąsiadującymi. Wiodące są kontakty z Francją, z aktualnie ponad 2000 kontaktami między miastami, a następnie kontakty z Wielką Brytanią.

Najwięcej kontaktów z miastami poza Europą przypada na USA i Izrael.

Nawiązywanie partnerstwa z miastami w Europie Wschodniej rozwijało się natomiast zupełnie inaczej. W ramach zapoczątkowanej na początku lat 70 polityki wschodniej ówczesnego zachodnioniemieckiego rządu socjaldemokratyczno-liberalnego Brandta i Scheela zawarto liczne partnerstwa z miastami w Polsce i w Związku Radzieckim. Wcześniej już istniały również partnerstwa miast między byłą NRD a krajami wschodnioeuropejskimi.

Należy to podkreślić, gdyż partnerstwa miast w byłych Niemczech Zachodnich z tymi na Wschodzie zaistniały na podstawie dobrowolnej demokratycznej decyzji parlamentów miejskich, gminnych lub powiatowych.

Partnerstwa miast w NRD z miastami w krajach wschodnioeuropejskich, w szczególności w Polsce, były natomiast często tworzone pod przymusem i naciskiem „z góry”, a więc rządów centralnych. Obok celu umacniania przyjaźni w ramach bratnich krajów socjalistycznych poprzez wymianę doświadczeń we wszystkich dziedzinach życia społecznego, gospodarczego i kulturalnego miały one służyć wzajemnemu wspieraniu przy budowie socjalizmu. Charakteryzowały się one zorganizowanymi wizytami przedstawicieli zakładów pracy i organizacji partyjnych a także regularną wymianą urlopową.

Zwrot 1989 roku skutkowało w licznych miastach wschodnioniemieckich całkowitym zanikiem kontaktów. W niektórych przypadkach nie chciano (pierwotnie) nic wiedzieć o partnerstwie z miastami wschodnioeuropejskimi. Jednak w wielu przypadkach udało się kontynuować te kontakty, opierając je o nowe, demokratyczne podstawy związane z decyzjami właściwych władz jak i podpisanie umów partnerskich.

Za pierwsze niemiecko-polskie partnerstwo miast uważa się to, które zostało zawarte między Dreznem i Wrocławiem w roku 1959. W roku 1964 nawiązano kilka partnerstw, jak np. Schwedt nad Odrą – Płock, 1973 Poczdam – Opole, 1976 Zittau – Bogatynia, 1981 Chemnitz – Łódź lub 1987 Rostock – Szczecin.

Jeśli chodzi o partnerstwa między miastami w Niemczech Zachodnich i byłej Polskiej Rzeczpospolitej Ludowej, to ich założenie – przed „zwrotem” – było znacznie trudniejsze. Strona zachodnioniemiecka musiała często podejmować znaczne wysiłki i pokonywać trudności, aby zamierzone partnerstwa mogły zostać w ogóle zrealizowane. Partnerstwa musiały uzyskać zgodę najwyższych kręgów politycznych, rządu Polskiej Rzeczpospolitej Ludowej. Z polecenia Warszawy musiały być podpisywane przez przyszłych partnerów ze strony zachodnioniemieckiej uzupełniające umowy dodatkowe, w których miasta te musiały oświadczyć, że będą przestrzegać postanowień i celów Układu Warszawskiego z 7. grudnia 1970 roku jak i Wspólnego Oświadczenia z 11. czerwca 1976 roku i z 25. listopada 1977 roku. Duże zastrzeżenia istniały ze strony rządu polskiego w przypadkach, w których dane miasto zachodnioniemieckie objęło patronat w latach 50 nad osiadłymi w nim i w najbliższej okolicy uciekinierami i wypędzonymi. W niektórych przypadkach, ze względu na brak zgody wschodnich rządów, nie doszło do oczekiwanego przez ludzi po obydwu stronach żelaznej kurtyny połączenia, które mogłoby być możliwe ze względu na szczególne cechy wspólne, jak podobne nazewnictwo (np. Osterode), podobną wielkość, historyczne kontakty najróżniejszego typu (stare kontakty hanzeatyckie, wydobywanie węgla, ci sami urbaniści lub rzeźbiarze ołtarzy kościelnych itd.), istnienie podobnych problemów jak ośrodki przemysłowe, zasoby węgla, itd. W wielu przypadkach miasta niemieckie szukały sobie wtedy innego wschodnioeuropejskiego/polskiego partnera lub zwracały się ku któremuś z miast zachodnioeuropejskich. W danym mieście w Polsce zarządzano przeprowadzenie państwowej kontroli. Jak powiedział kiedyś były kanclerz Helmut Kohl: „Dziesiątki lat dyktatury komunistycznej w Polsce uniemożliwiły, aby Niemcy i Polacy wielkimi krokami znowu mogli zbliżyć się do siebie.”

Kontakty bez oficjalnych umów partnerskich między miastami zachodnioniemieckimi i polskimi istniały częściowo już od początku lat 50 i 60. Jako stosunkowo wczesne oficjalne partnerstwa można tu przykładowo wymienić: Brema – Gdańsk (1976), Göttingen – Toruń, Hannover – Poznań, Norymberga – Kraków (1979), Erfurt – Kalisz (1982) i Kilonia – Gdynia (1985).

Do chwili upadku żelaznej kurtyny istniało około 25 - 30 partnerstw między miastami Republiki Federalnej Niemiec i Polski. Po zwrocie dokonanym w Niemczech liczba partnerów między ponownie zjednoczonymi Niemcami i Polską wynosiła około 80 do 90. W roku 1993 kontaktów tych było już około 132.

Wśród 132 kontaktów między miastami w roku 1993 było 105 oficjalnych partnerstw, 5 przykładów miast zaprzyjaźnionych i 22 nawiązanych kontaktów.

Tym samym osiągnięto dotychczasowy rekordowy wymiar w kontaktach niemiecko-wschodnioeuropejskich, a mianowicie z Węgrami, ze 135 kontaktami, który wkrótce przekroczono.

W 1995 roku było już 211 kontaktów (ok. 177 partnerstw, 11 przykładów miast zaprzyjaźnionych i 23 kontakty między miastami, gminami i niemieckimi powiatami z polskimi miastami, związkami gmin lub województwami (przykład: powiat Akwizgran – województwo jeleniogórskie; powiat Neuss – związek gmin Mikołów). W tym czasie w Polsce zlikwidowano powiaty.

W 1998 roku naliczono 360 kontaktów (230 partnerstw, 33 przykłady miast zaprzyjaźnionych i 93 kontakty), w 2003 roku istniało łącznie 400 kontaktów między miastami Niemiec i Polski.

Trzeba przy tym podkreślić, że po obydwu stronach istnieją miasta posiadające kilka partnerstw w różnych krajach. Można tu wymienić po niemieckiej stronie na przykład Forst na Łużycach (Brody; Lubsko), Frankfurt nad Odrą (Gorzów; Słubice), Friedland, Greifswald, Hude w Oldenburgu (po 3 kontakty), Letschin (3), Reinbek (2), Seelow (3). Po polskiej stronie są to np. Szczecin (4), Opole (3), Zielona Góra (3), Jelenia Góra (2), Kraków (4) i Lublin (4).

Należy przy tym rozróżniać między partnerstwem (najściślejsza forma kontaktów), przyjaźnią (kontakty przyjacielskie) i kontaktami (niezobowiązująca, luźna forma) – zupełnie jak w obszarze kontaktów międzyludzkich. Miasta nie są też zobowiązane do zgłaszania do ośrodków władzy miejskiej informacji o istniejących lub nowo nawiązywanych kontaktach. W ten sposób w obliczu dużej liczby miast należy się liczyć z pewną liczbą niewiadomą.

Nie podjęliśmy się zadania określenia geograficznego rozmieszczenia miast na obszarze Republiki Federalnej Niemiec, które utrzymują partnerskie kontakty z miastami polskimi, co w dobie komputerów nie byłoby znowu żadnym problemem. Pewną liczbę stwierdziliśmy jedynie niedawno przy okazji, mianowicie liczbę kontaktów między miastami Nadrenii-Westfalii i Śląska: mamy tutaj około 70 powiązań. Nadrenia-Westfalia zawarła przed kilkoma laty partnerstwo ze Śląskiem.

Nie mamy też dokładnych danych na temat rozmieszczenia geograficznego polskich miast, które mają partnerów w Niemczech. Nie jest jednak tajemnicą, że większa część tych miast jest położona w zachodniej części kraju. Stąd też bierze się szczególne zainteresowanie ze strony polskiego rządu w zakładaniu partnerstwa między miastami niemieckimi i miastami we wschodniej części Polski.

Spoglądając na rozwój kontaktów między miastami naszych krajów można zauważyć, że w latach przed 1989 rokiem powstawało rocznie około 1 do 2 przykładów partnerstwa. Zmieniło się w to roku 1989, kiedy liczba ta – według naszych informacji – wzrosła skokowo do 12 – 15 przykładów partnerstwa. W 1990 roku liczba ta wynosiła również 15, w 1991 roku już około 30, w 1992 roku ok. 40 natomiast swój szczyt osiągnęła w 1996 roku z około 50 nowymi partnerstwami.

Potem nastąpiło uspokojenie w zakładaniu nowych partnerstw. Gdyby szukać przyczyn tego stanu rzeczy, należałoby stwierdzić, że główną przyczyną powściągliwości ze strony niemieckiej jest trudna od lat sytuacja finansowa niemieckich (ale także i polskich) miast. Przy zakładaniu nowych partnerstw z Polską niemieckie miasta mają często obawy przed oczekiwaniami wzgl. żądaniami znacznych świadczeń finansowych i nakładów personalnych. Według wypowiedzi przedstawicieli miast niemieckich, partnerstwo z polskimi miastami nie jest często partnerstwem na tej samej płaszczyźnie, gdyż od początku istnieje pewna dysproporcja. Często przytaczanym argumentem jest swego rodzaju nasycenie partnerstwami miast niemieckich. Ze strony niemieckiej zarzuca się także często brak ciągłości po stronie polskiej: „Dziesięć lat – dziesięciu burmistrzów”. Zmiana burmistrza po polskiej stronie oznacza często konieczność rozpoczęcia wszystkiego od początku w stosunkach partnerskich, co w znacznym stopniu utrudnia całą sprawę. Mimo wszystkich tych trudności i faktu, że duża ilość tworzonych stosunków między miastami Niemiec i Polski przypada dopiero na lata 90 dwudziestego wieku,

Niemcy mają w tej chwili najwięcej kontaktów między miastami w Europie Środkowej i Wschodniej właśnie z P o l s k ą !

W przeważającej mierze te same powody, które doprowadziły do nawiązania partnerstwa między miastami Europy Zachodniej i Południowo-Zachodniej, doprowadziły przed i po zniesieniu żelaznej kurtyny do nawiązania podobnych kontaktów z krajami Europy Środkowej i Wschodniej.

Przyglądając się aktom i umowom o zawarciu partnerstwa (znacznym zbiór kopii posiada Deutsche Sektion des RGRE w Kolonii) można stwierdzić, że ogólne cele polityczne, które legły u podstaw niemiecko-polskich kontaktów między miastami, nie różnią się w istotny sposób od tych, które obowiązywały w przypadku zachodnioeuropejskiego ruchu partnerstwa. Ich celem jest przyczynianie się do dobrego sąsiedztwa i przyjacielskiej współpracy między obydwojma narodami jako członkami wolnej, pokojowej i zjednoczonej Europy.

Inaczej niż w początkach zachodnioeuropejskiego ruchu partnerstwa, który charakteryzował się niemal wyłącznie tradycyjnymi elementami wymiany kulturalnej i młodzieżowej, dużą rolę odgrywały i odgrywają w partnerstwie niemiecko-polskim inne elementy. Wymienić tu należy specjalistyczne kontakty i wymianę na płaszczyźnie administracyjnej, współpracę w dziedzinie gospodarczej, okresową wymianę i praktyki dla młodych ludzi w instytucjach administracji i szpitalach, w ramach pomocy ambulatoryjnej i opieki nad osobami w podeszłym wieku, w przedszkolach i innych instytucjach. Działo i dzieje się tak w szczególności w rejonie przygranicznym (np. powódź na Odrze). Trzeba także wspomnieć na przykład współpracę w dziedzinie ochrony środowiska, w dziedzinie świadczenia pomocy na rzecz młodzieży i pomocy socjalnej, współpracę gospodarczą, rozwój turystyki, kształcenie i doskonalenie, wymianę dziennikarzy lokalnych dzienników, wymianę lekarzy i personelu szpitalnego.

Liczne miasta określają kontakty i współpracę szkół jako punkt wyjściowy i filar dla ich partnerskiej kooperacji.

Przy nawiązywaniu kontaktów partnerskich z Republiką Czeską i Polską należy w szczególności wspomnieć o zaangażowaniu osób wypędzonych ze swojej ojczyzny. W wielu przypadkach poszczególne osoby, zwykli obywatele walczyli w zaangażowany sposób i często skutecznie o nawiązanie partnerskich stosunków ich dzisiejszego miejsca zamieszkania na Zachodzie ze swoim miastem rodzinnym na Wschodzie.

Nie do przecenienia jest liczba dzisiejszych partnerskich kontaktów miast z Polską, są to kontakty, przyjaźnie lub partnerstwa powstałe na bazie istnienia wieloletnich niemieckich patronatów nad miastami. Setki zachodniemieckich gmin i powiatów zaoferowały po II. wojnie światowej lokalnym wspólnotom wielu milionów niemieckich wypędzonych i uciekinierom z Europy Wschodniej i Południowej w ramach patronatu „zastępczą ojczyznę”. Miały one dać ludziom pozbawionym ojczyzny uczucie, że są oni wraz ze swoją wspólnotą rzeczywiście przyjmowani w Niemczech Zachodnich. Patronaty te miały za zadanie, ludziom którzy stracili swoją ojczyznę, najpierw ofiarować konkretną pomoc w adaptacji i długoterminowo zachowywać i pielęgnować wiekową spuściznę tych ludzi.

Zainteresowane gminy angażowały się i angażują się jeszcze dzisiaj wielokrotnie w ramach przejętego patronatu nad mniejszościami narodowymi względnie nad ziomkostwami i dawały one jak i nadal dają pewne schronienie dla wschodnioniemieckich i wschodnioeuropejskich świadectw kulturowych zebranych i przechowywanych w regionalnych muzeach, archiwach i izbach pamięci regionalnej.

Według naszych informacji rozwinęło się z takich patronatów 50 istniejących dzisiaj oficjalnych komunalnych związków partnerskich pomiędzy Niemcami a Polską, względnie patronat taki był przyczyną powstania nowego partnerstwa (gdzie patronat i partnerstwo istnieją obok siebie). Można także założyć, iż w ten sposób doszły do skutku liczne kontakty i przyjaźnie, co zwiększyłoby tym samym liczbę powstałych z patronatów stosunków z Polską na płaszczyźnie komunalnej .

Przeprowadzona przed około dziesięć laty ankieta Niemieckiej Sekcji Rady Europejskich Gmin i Regionów (RGRE) wśród gmin niemieckich, które posiadały partnerów w Polsce pozwala na interesujący wgląd i na rozpoznanie ciekawych procesów. Przy ogólnym opisie stanu stosunków partnerskich przeważają pojęcia : „ nieskomplikowane, harmonijne, bardzo żywe” i tym podobne. Wymienione są naturalnie także problemy, których jednak nie można uogólniać. W pewnych związkach partnerskich problemy występują w innych niekoniecznie. Jednak muszą one całkowicie zostać nazwane po imieniu, ponieważ naszym celem jest zbliżenie ludzi i dążenie do polepszenia wszędzie tam, gdzie to tylko jest możliwe.

Można tutaj przykładowo wymienić słabe zaangażowanie ludności w niemieckiej jak i w polskiej gminie, słabe zaangażowanie młodzieży, problemy językowe po obu stronach (przy czym niwelowane są one częściowo dzięki znajomości niemieckiego i angielskiego nastolatków z Polski) a także państwowa biurokracja.

W taki sposób opisuje to jedno z niemieckich miast (Lüdinghausen – Nysa): „Negatywnym zjawiskiem należy określić.....w dalszym ciągu problematykę przejścia granicznego. Obszerne biurokratyczne utrudnienia często przeszkadzają w zrobieniu czegoś dobrego. Rozpościera się to zarówno na udostępnianie materialnych datków jak i na wymianę kultury. Przy tym ostatnim problemy polegają na tym, że sprowadzanie instrumentów muzycznych kosztuje dużo biurokratycznych zabiegów.”.

Miasto Borken uskarżało się na duże problemy podczas odprawy granicznej na przejściu granicznym Ludwigsdorf koło Görlitz przy transporcie wozu strażackiego do partnerskiej gminy Bolkenhain (Bolków).Chociaż przed transportem zostały poczynione liczne przygotowania (Ambasada w Berlinie, Konsulaty w Kolonii i Lipsku, Główny Urząd Celny Münster, nawiązanie kontaktu z gminą Bolkenheim, ze stacją celną Ludwigsdorf, wystawienie dokumentów darowizny i obszernych formularzy zwalniających z cła)kazano czekać przedstawicielom miasta Borken siedem godzin i do tego zmuszono ich do złożenia kaucji w wysokości 2000 Euro . Tuż przed przerwaniem akcji i powrotną drogą do Borken okazało się, że wjazd byłby do Polski tylko wtedy możliwy, gdyby szef straży pożarnej w Bolkenheim i przedstawiciel gminy Bolkenheim przyjechali w nocy nad granicę.

Można sobie wyobrazić, że trudności tego rodzaju mogą sparaliżować dobrą wolę ludzi do pomagania sobie i do zbliżania się ku sobie. Dlatego sytuacja ta musi ulec zdecydowanej poprawie. Co byłoby przed paroma laty niemożliwe stało się rzeczywistością. Partnerstwo między gminami okręgowymi naszej ojczyzny, a

gminami polskimi. Są one jeszcze mało znane, ale zdążają w kierunku pojednania i spotkania się ludzi jak i wspólnej przyszłości w pokojowo zrastającej się Europie. Nowi i starzy obywatele tych gmin współpracują dzisiaj na podwalinie traktatów partnerskich.

Możliwość do tego stworzył niemiecko–polski Traktat Sąsiedzki z 17 czerwca 1991 roku, w którym jednak nie pojawiła się żadna wzmianka o niemieckich wypędzonych. Ale trzeba tutaj zwrócić na to uwagę, że porozumienie między Niemcami a Polakami nie może nikogo wykluczyć, co podkreślał 5 sierpnia 1990 roku były kanclerz Niemiec Helmut Kohl podczas uroczystości z okazji czterdziestej rocznicy ogłoszenia Karty Wypędzonych. Porozumienie to musi także uwzględnić wypędzonych, gdyż kto inny jak nie oni, albo Niemcy, którzy mają swoją ojczyznę po tamtej stronie Odry i Nisy, albo ich polscy sąsiedzi, mógłby więcej dla tego porozumienia zrobić. Właśnie te grupy mogą zostać ambasadorami pojednania. Oni to, jako pośrednicy między narodami i kulturami muszą odegrać znaczną rolę. Kohl w swojej wypowiedzi „Także dla wypędzonych pojawia się tutaj nowe zadanie. Będziemy w przyszłości potrzebowali i szukali ich rady :spełniają oni wszystkie warunki, do budowania nowych pomostów”

Ojczyźniane gminy okręgowe od samego początku podkreślały, że praca nad pokojem i odbudową na ich obszarach może być wykonana tylko w ścisłym współdziałaniu z żyjącymi tam dzisiaj ludźmi, a więc obywatelami polskimi, rosyjskimi i litewskimi. I faktem jest, że byli mieszkańcy i ich potomstwo z miłości do ojczyzny, którą dziedziczą, prężyli się do udziału w jej odbudowie i na rzecz jej pomyślnego funkcjonowania i na rzecz żyjących tam dzisiaj ludzi. Tak też został w 1991 roku podjęty dialog z przewodnimi reprezentantami terenowych stowarzyszeń przy równoczesnym włączeniu ważniejszych kręgów społecznych.

Zaangażowanie naszych gmin okręgowych jest po pierwsze skierowane na podejmowanie kroków w obszarze humanitarno socjalnym i kulturalnym. Przyczyniają się one po przez rozległe humanitarne środki zaradcze do tego, żeby pomóc ludziom żyjącym w ojczyźnianych gminach w rozwijaniu życiowych perspektyw. Do wymienienia byłyby tutaj organizacje pomocy dla szpitali, domów dziecka, domów starców lub udział w utrzymaniu innych oddziałów socjalnych, które wzniesione byłyby z finansowych środków Ministerstwa Spraw Wewnętrznych. Na obszarze kulturalnym są to-na podstawie traktatów partnerskich- wspieranie działań zmierzających do pielęgnacji pomników, takie jak konserwacja i rekonstrukcja czy prace zdobnicze, restaurowanie kościołów, odbudowa średniowiecznych murów obronnych i murów miasta, wież ciśnieniowych i cmentarzy lub odbudowa Katedry w Królewcu.

Wewnętrzne ukształtowanie się traktatów partnerskich - jest ich na razie 15 - ukazuje, że są one przez Polaków, Rosjan i Litwinów tymczasem akceptowane i respektowane jako „idealne stowarzyszenia terenowe”. Niemiecy wypędzeni mogą być z tego dumni, że w ciągu minionych teraz 12 lat po przez dodatkowe zaangażowanie okręgowych gmin ziomkostw tak dużo uczynili na rzecz przyszłej wspólnej Europy, w ramach swojej przekraczającej granice działalności na rzecz pokoju i współpracy na rzecz porozumienia i kompromisu na płaszczyźnie komunalnej ze wschodnimi partnerami

Ruch partnerstwa między miastami miał do tej pory solidny fundament w stosunkach skierowanych na zachód Europy. Punkt szczytowy ruchu skierowanego na zachód wspierającego partnerstwo między miastami miał miejsce od lat pięćdziesiątych do siedemdziesiątych, jeśli chodzi o liczbę nawiązanych kontaktów przyjaźni i traktatów partnerskich. Stosunki na płaszczyźnie komunalnej niezależnie od intensywności przedstawiały politycznie ważny instrument w pokonywaniu izolacji w polityce zagranicznej i integracji Niemiec w europejskiej wspólnocie wartości. Komunalne stosunki były swego czasu często jedyną formą i możliwością dla obywateli do wyjazdu za granicę i do nawiązania kontaktów z naszymi sąsiadami i rodzinami w innym kraju.

Stopniowo pojawiała się normalizacja w stosunkach partnerskich między gminami, co ujawniło się osłabieniem nowo zawieranych związków i osłabieniem publicznego zainteresowania takimi związkami. Pierwotne treści- pojednanie i spotkanie- nie posiadały już wyjściowego znaczenia. Z biegiem lat liczne gminy wstąpiły do wielu związków (Koloniamy ma ich dzisiaj ponad 20), co wymagało coraz więcej i więcej środków finansowych i osobistego zaangażowania. Strata szerokiego obywatelskiego zainteresowania miała konsekwencje organizacyjne, które polegały na tym, że praca w związkach partnerskich stopniowo przechodziła od gminnej administracji do specjalnie założonych stowarzyszeń partnerskich, które prowadzone były przez zainteresowanych obywateli.

Patrząc ogółem wstecz ruch stosunków partnerskich jest historią sukcesu. Partnerstwo gmin ma szansę istnienia także w przyszłości.

W minionych latach ciągle przybywało gminnych związków ze środkową, wschodnią i południową Europą. Będą podobnie w zbawczy sposób oddziaływać na porozumienie narodów i umocnienie wolnej i pokojowej Europy, jak uczyniły to z wielkim sukcesem stosunki partnerskie wśród gmin zachodnioeuropejskich w minionych dziesięcioleciach.



Aufmerksam verfolgen die Kongreßteilnehmer die Vorträge

Janusz Styczek

Konsul der Republik Polen im Generalkonsulat Köln Konsulat Generalny w Kolonii Konsul Rzeczypospolitej Polskiej

Die deutsch-polnischen Beziehungen nach der EU-Erweiterung

Der ehemalige polnische Außenminister Władysław Bartoszewski hat in einer seiner Reden festgestellt, daß „die deutsch-polnische Annäherung der beste Beitrag für den Bau des vereinten Europas ist.“ Der Weg zu dieser Annäherung war außerordentlich lang und schwer. Das Erbe des Zweiten Weltkriegs überschattete jahrelang die Kontakte zwischen Polen und Deutschen. Auf der polnischen Seite blieben die mit dem Albtraum des Hitlerschen Völkermordes und Terrors verbundenen Wunden offen. Die Deutschen dagegen konnten sich mit dem Verlust ihrer ehemaligen Ost- und Nordgebiete nicht abfinden. Eine zusätzliche Belastung war der Ost-West-Konflikt. Polen und Deutschland waren in einander feindlichen Lagern. Westdeutschland, als ein demokratischer und freier Staat, erhielt aber relativ schnell Entwicklungschancen. Und es hat diese Chancen genutzt, indem es sich in den Bauprozess der Institutionen der europäischen Integration und der Versöhnung mit dem ehemaligen Feind und Rivalen Frankreich eingeschaltet hat.

Polen erhielt die Chance sowohl für die Annäherung zu Europa als auch für den Bau freundschaftlicher Beziehungen zu Deutschen erst am Anfang der 90-er Jahre, 45 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkriegs. Obwohl die früheren Bemühungen zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen, die durch die SPD/FDP-Koalition unter dem Schild der Ostpolitik in den 70-er Jahren unternommen waren, eine breit angelegte wirtschaftliche Zusammenarbeit und die ersten gesellschaftlichen Kontakte mit sich brachten, waren sie für eine echte deutsch-polnische Versöhnung nicht ausreichend. Offen blieb weiterhin die Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze durch die BRD. Erst der Grenzvertrag von 1990 über die endgültige Anerkennung der Grenze und der spätere Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit aus dem Jahre 1991 schufen solide Grundlagen für einen historischen Durchbruch. Dieser Durchbruch wäre ohne demokratische Änderungen in Polen und ohne die Vereinigung Deutschlands nicht möglich gewesen.

Die erste demokratische Regierung in Polen unterstützte bedenkenlos die deutsche Vereinigung. Und nicht nur aus dem Grund, daß sie der Meinung war, daß die Völker das Recht haben zu entscheiden, in welchem Staat sie leben wollen, sondern auch aus dem Grund, daß wir schon 1989 wußten, daß Polen nach einer Integration mit dem Westen streben sollte. Polen hatte keinen anderen Weg gen Westen als über Deutschland, und zwar ein vereinigtes und demokratisches Deutschland. Ein solches Land war und ist die BRD.

Der Durchbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen Anfang der 90-er Jahre brachte eine Entwicklung der Kontakte in fast jedem Bereich des politischen,

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens mit sich. Deutschland wurde für Polen zum wichtigsten politischen Partner in Europa. Regelmäßige Kontakte der Regierungschefs, Außenminister oder anderer Ressorts fanden in den Terminkalendern der Politiker beider Länder ihren Platz. Deutschland wurde zum ersten wirtschaftlichen Partner für Polen. Fast 36 % unseres Außenhandels sowohl im Export als auch im Import realisiert Polen mit Deutschland. 6 000 deutsche Firmen haben in Polen ein Kapital von 7 Mrd. Euro investiert.

Dank der finanziellen Unterstützung seitens der polnischen und der deutschen Regierung für ihr Jugendwerk haben jedes Jahr einige Zehntausende junger Menschen beider Länder Chancen, das Land seines Nachbarn kennen zu lernen. Es ist auch kein Zufall, dass die polnischen Studenten in Deutschland die nach Türken zweitgrößte Nationalitätengruppe bilden. Die Bilanz der 90-er Jahre umfaßt auch zirka 400 Städte- und Gemeindepartnerschaften sowie einige Hunderte (solche Statistiken werden nicht geführt) Schulpartnerschaften.

Das, was in den 90-er Jahren geschaffen wurde, läßt sich wohl nur mit dem Netz von Kontakten zwischen Deutschland und Frankreich vergleichen. Wir sollen aber nicht vergessen, daß der Prozeß des Aufbaus der Infrastruktur für diese Beziehungen einige zehn Jahre früher begonnen hat.

Ende der 90-er Jahre stieß die weitere qualitative Entwicklung der deutsch-polnischen Kontakte auf die Barriere, daß Polen weiter außerhalb der EU-Strukturen blieb. Viele Formen der Zusammenarbeit konnten nicht wegen des mangelnden Willens auf beiden Seiten, sondern auf Grund von Verpflichtungen und Grundsätzen, die die Bundesrepublik Deutschland als EU-Mitglied verpflichteten, nicht eingeführt werden. Ein weiterer qualitativer Schritt in der Zusammenarbeit, ähnlich dem Anfang der 90-er Jahre, war nur dank dem Beitritt Polens zur Europäischen Union möglich.

Deswegen waren sowohl die polnische als auch die deutsche Regierung sich dessen bewußt, daß die EU-Mitgliedschaft Polens nicht nur ein Projekt ist, das eine politische Bedeutung im europäischen Maßstab hat, sondern im Interesse beider Länder liegt.

Die deutsche Unterstützung für Polen auf dem Weg zur Mitgliedschaft wurde zu einem weiteren zusätzlichen Element beim Bau des Gebäudes der deutsch-polnischen Versöhnung. Die Unterstützung der deutschen Regierung unter der Leitung sowohl von H. Kohl als auch von G. Schröder ist in Polen bekannt und wird hoch geschätzt. Der letzte Akkord der Beitrittsverhandlungen im Dezember 2002 in Kopenhagen endete erfolgreich dank dem deutschen Engagement. Die polnischen Zeitungen berichteten damals, der deutsche Kanzler habe die polnische EU-Mitgliedschaft gerettet.

Heutzutage scheint es, daß auf dem Wege Polens zur EU-Mitgliedschaft nichts Blockierendes mehr steht. Die Beitrittsverhandlungen wurden abgeschlossen. Mit einer 77 %-Mehrheit stimmten die Polen im Beitrittsreferendum am 7. und 8. Juni dieses Jahres dafür. Der Vertrag über die EU-Erweiterung befindet sich jetzt auf der Etappe der Ratifizierung. Es ist zu unterstreichen, daß der deutsche Bundestag als

das erste Parlament den Ratifizierungsprozeß durchgeführt hat. Anerkennenswert ist auch das Ergebnis der Abstimmung. Das war eine fast einstimmige Akzeptanz.

Der Weg Polens bis zum Zeitpunkt, an dem wir sicher sein können, daß unser Land am 1. Mai 2004 der EU beitreten wird, war weder kurz noch einfach. Den Antrag auf die Aufnahme in die EU hat Polen 1994 gestellt. 1997 begannen die Beitrittsverhandlungen, die nicht frei von Spannungen waren. Die meisten Emotionen und Kontroversen erweckten die Fragen des Zugangs zum EU-Arbeitsmarkt, Subventionen für die Landwirtschaft, Übergangsperioden beim Ankauf vom Boden oder die Frage des finanziellen Beitrags in die EU-Kasse. Die polnischen Verhandlungspartner wurden mit festem Standpunkt des Europäischen Ausschusses konfrontiert. Die polnische öffentliche Meinung hatte den Eindruck, daß die Versprechen Anfang der 90-er Jahre und die Worte über eine schnelle Vereinigung des Ostens und des Westens Europas in Vergessenheit gerieten und daß die Erweiterung schon kein politisches Projekt mehr ist, sondern eine echte auf wirtschaftlicher Rechnung gestützte Kalkulation. Deswegen sollte es niemanden erstaunen, daß die Polen den EU-Beitritt willkommen heißen, allerdings ohne Enthusiasmus. Sie sind sich dessen bewußt, daß dies eine lang erwartete und auf keinen einfachen Bedingungen ausgehandelte Mitgliedschaft sein wird.

Der Beitritt Polens zur EU trägt dazu bei, daß Polen und Deutsche nicht nur Nachbarn sein werden, sondern auch Partner in der übernationalen Struktur, d.h. in der EU. Das erfordert, den Charakter dieser Beziehungen neu zu definieren. Ihr Zustand ist nicht mehr ein Problem von rein bilateralem Charakter. Ihr Charakter wird grundsätzlich durch die Übereinstimmung oder den Mangel in der Frage der weiteren Entwicklung der europäischen Integration bestimmt.

Aus heutiger Perspektive lassen sich 3 grundsätzlichen Ebenen nennen:

- das Verhältnis der kleinen und großen Staaten,
- das Niveau der künftigen Integration im Rahmen der EU,
- das Verhältnis zu den USA.

Die Übereinstimmung oder die Meinungsverschiedenheit auf diesen 3 Ebenen werden wesentlich das Niveau der deutsch-polnischen Beziehungen in der Zukunft bestimmen. Die Stellungnahmen Polens und Deutschlands auf zwei Ebenen (bis auf das Verhältnis zu den USA) kann man in der Diskussion zum Thema der künftigen Europäischen Verfassung finden.

Während die BRD-Regierung für die Annahme des durch den Konvent vorbereiteten Verfassungsentwurfs durch die Internationale Konferenz spricht, vertritt die Regierung Polens den Standpunkt, daß manche Fragen erneuter Diskussion bedürfen.

Die Eintragungen der Verfassung in der durch den Konvent vorgeschlagenen Form verändern in einem durch Polen schwer akzeptierbaren Maß die Bestimmungen der Konferenz von Nizza im Jahre 2000. In Nizza wurden Polen 27 Stimmen im EU-Rat gewährt, nur 2 Stimmen weniger als den Deutschen. Währenddessen soll, dem Entwurf des Konvents gemäß, die Zahl der Stimmen im Rat direkt von der Einwohnerzahl abhängen. Die Beschlüsse des Rates bedürfen der Akzeptanz durch

mindestens 60 % der Bevölkerung der Union. In der Praxis bedeutet das, daß Polen fast genauso viele Stimmen hatte wie Deutschland und jetzt, sollte der Vorschlag des Konvents aufrechterhalten bleiben, soll es um die Hälfte weniger bekommen. In dieser neuen Konstellation wird Polen zu keinem notwendigen Verbündeten. Die der Einwohnerzahl nach größten EU-Länder, vor allem Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, gewinnen bei der Beschlußfassung entscheidende Bedeutung. Das verletzt das politische Gleichgewicht in der Union zugunsten der großen und reichen Staaten. Polen als mittelgroßes Land wird es schwerer haben, positive Koalitionen in den für uns wichtigsten Bereichen, wie z.B. die Aufteilung von Strukturfonds, zu konstruieren.

Es gibt noch andere Argumente für die Aufrechterhaltung der Aufteilung von Nizza. Die EU ist eine Union von Staaten und der demographische Faktor darf dabei nicht der wichtigste sein. Alles hat in Europa von der Gemeinschaft gleichberechtigter Staaten begonnen, und das Kriterium der Einwohnerzahl wurde in der Wahl zum Europäischen Parlament berücksichtigt. Dort ist das Verhältnis zwischen Polen und großen Ländern in der Zahl von Delegierten sehr gut sichtbar.

Ein anderer Vorschlag des Konvents, der durch Polen nicht akzeptiert wird, betrifft die Zahl der Kommissare. Polen ist für die Aufrechterhaltung des in Nizza angenommenen Grundsatzes, daß jedes Land einen voll berechtigten Kommissar haben soll. Wir stimmen dem Vorschlag, die Zahl der Kommissare auf 15 zu begrenzen, nicht zu, weil das im Endeffekt die Schwächung der Identifizierung kleiner Staaten mit der Union bedeuten würde. Die Starken und Großen werden dann schwächer motiviert sein, mühsam nach einem Kompromiß für die große Zahl kleiner Staaten zu suchen.

Ein weiterer Punkt, in dem die polnische Regierung dem Vorschlag des Konvents nicht zustimmt, bezieht sich auf die Einführung des Einstimmigkeitsprinzips in solchen Fragen, wie Steuer, Sozialrechte und Militärangelegenheiten. Polen ist für die Aufrechterhaltung des Vetorechts in diesen Fragen. Die Einwilligung für das Abschaffen des Einstimmigkeitsprinzips in Fragen der Sozial- und Steuerrechte, worauf die reichen Staaten, die um einen soziales Dumping bangen, bestehen, würde bedeuten, daß die ärmeren aber elastischeren Länder auf wichtige Wettbewerbsinstrumente auf dem Markt der Union verzichten müssten. Selbst die großzügigsten Strukturfonds ersetzen die Chancen, die die Konkurrenz und der liberalisierte Markt bieten, nicht.

Polen ist gegen den Vorschlag, daß eine Gruppe von Ländern, die bestimmte Kriterien erfüllen, ein Militärbündnis im Rahmen der EU bilden könnten. Polen vertritt den Standpunkt, daß so ein Bündnis mit Zustimmung aller EU-Mitglieder gebildet werden kann und daß jedes EU-Land das Recht haben sollte, ihm beizutreten.

Die Einwilligung auf den Vorschlag des Konvents in dieser Frage wäre eine Einwilligung auf das Konzept eines Europas verschiedener Geschwindigkeiten, auf die Bildung im Rahmen der EU von elitären „Klubs“, zu denen der Zugang für andere verschlossen wäre. Im Falle einer engeren Zusammenarbeit einer Ländergruppe im Militärbereich käme es zur Schwächung der NATO als wichtigster Abwehrfaktor Europas; Polen ist in dieser Frage dagegen.

Die Verteidigung der Bestimmungen von Nizza durch die polnische Regierung und der Widerspruch im Falle mancher Bestimmungen des Konvents verbinden sich nicht nur mit der Sorge um die künftige Rolle Polens im Rahmen der Europäischen Union, sondern auch mit der Besorgnis, daß die Polen im Verfassungsreferendum einfach „Nein“ sagen könnten. Aus aktuellen Meinungsumfragen resultiert, daß 81 % der polnischen Gesellschaft für das Referendum ist. Es gibt noch keine Umfragen zur Meinung der Polen über die Vorschläge des Konvents. In Polen gibt es einen Konsens aller politischen Kräfte zur Notwendigkeit der Einführung von Änderungen in dem durch den Konvent vorgeschlagenen Entwurf. Es ist also anzunehmen, daß die Mehrheit der Bürger Polens eine ähnliche Meinung vertritt.

Bis auf den Konflikt zwischen den kleinen und großen Ländern gibt es in der Union, wie ich schon früher gesagt habe, zwei anderen Ebenen, die Polen und Deutschland im Rahmen der Europäischen Union teilen oder annähern können.

Die eine betrifft die Ziele und Grenzen des Integrationsprozesses. Welches Modell soll Europa verfolgen? Politische Gemeinschaft, europäische Föderation oder soll eine auf gemeinsamen Markt und Recht gestützte Struktur erhalten bleiben? Die andere Teilungsebene stellt die Länder in Hinsicht auf das Verhältnis zu den USA gegenüber.

Sowohl in der Frage der Zukunft des Wesens des Integrationsprozesses als auch des Verhältnisses zu den USA deckt sich die Stellungnahme Polens mit der Position der jetzigen BRD-Regierung grundsätzlich nicht.

Wenn es um die Ziele der europäischen Integration geht (Finalität), sind diese Differenzen aber grundsätzlich nicht entgegengesetzt, und sie schließen eine Zusammenarbeit nicht aus. Dem föderativen Modell Europas, das von Deutschland bevorzugt wird, steht Polen skeptisch gegenüber. Die polnische Vision Europas nähert sich eher der Position Frankreichs, das für ein Europa der Nationalstaaten ist. Ich glaube, daß in dem Falle, daß zwei Hälften des europäischen Motors – Deutschland und Frankreich – andere Visionen von Europa haben und diese Tatsache sie bei der Aufnahme von Initiativen zugunsten der Vertiefung der Integration nicht stört, auch Polen eine andere Vision als Deutschland haben und trotzdem zugunsten der europäischen Integration handeln kann.

Ähnlich ist es mit dem Verhältnis zu den USA. Der Krieg im Irak hat gezeigt, daß die Position Polens der britischen näher steht als der französischen oder der deutschen. Die Differenzen zwischen Großbritannien und Deutschland bedeuten doch nicht, daß diese Länder nicht die nächsten Verbündeten und Partner in der EU sein können. Die Haltung Deutschlands in der Irak-Frage bedeutet doch nicht, daß die Rolle der transatlantischen Beziehungen in Frage gestellt werden muß.

Die Diskussion über die Eintragungen der Europäischen Verfassung und die Debatte in der Irak-Frage haben gezeigt, daß Polen mit eigener Stimme in grundsätzlichen Fragen der Außenpolitik reden kann. Die Position Polens stimmt nicht immer mit dem Standpunkt Deutschlands überein. Das bedeutet aber nicht, daß Polen die in der Union bestehenden Grundsätze auf den Kopf stellen oder die Vertiefung der

Integration blockieren will. Die Beitrittsverhandlungen haben gezeigt, daß Polen auf Kompromisse eingehen kann.

Die Meinungsverschiedenheiten und Interessenunterschiede gab es in der Union immer. Man ist aber auch immer Kompromisse eingegangen. Wichtig ist, daß man beim Vertreten eigener Interessen nicht vergißt, nach welchen Voraussetzungen sich die Gründer und Väter des europäischen Integrationsprozesses richteten. Die Meinungsverschiedenheiten bilden keine Gefahr. Ich bin überzeugt, daß sowohl die deutschen als auch die polnischen politischen Eliten sich dieser besonderen Verantwortung für den Vereinigungsprozeß Europas bewußt sind.

Bei der Betrachtung der Rolle Polens in der Europäischen Union wage ich mich dem Vorschlag des ehemaligen Präsidenten Deutschlands, Richard von Weizsäcker, anzuschließen, der in einem Presseinterview vorgeschlagen hat, daß zum Motor der europäischen Integration vier Staaten gehören: Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Polen. Vielleicht ist das wirklich eine Lösung für die Zukunft, aber ich will das nicht weiter kommentieren, um nicht wegen Arroganz verdächtigt zu werden.

Bei der Betrachtung der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union habe ich mich absichtlich auf diese Elemente konzentriert, die heutzutage Polen und Deutschland in der Frage des europäischen Integrationsprozesses unterscheiden. Das ist aber ein kleiner Bruchteil im Vergleich dazu, was Polen und Deutschland schon jetzt verbindet und in der Zukunft verbinden wird.

Schon jetzt sind das Tausende institutionelle, gesellschaftliche oder einfach zwischenmenschliche Kontakte. Polen und Deutschland verbindet die Interessengemeinschaft, die aus der direkten Nachbarschaft und der Lage im Zentrum Europas, zwischen Osten und Westen, Norden und Süden, resultiert.

Es gibt in Europa wohl keine zwei so großen Länder, deren Kultur so ähnlich und deren Geschichte so verflochten ist. Alles das trägt dazu bei, daß Polen aus deutschen institutionell-rechtlichen Lösungen in vielen Bereichen schöpft.

Wir hoffen, daß nach dem Beitritt in die Europäische Union unsere Partner bereit sein werden, uns mit ihrer Erfahrung in den Kontakten zu Unionsstrukturen zu helfen.

Bei der Zusammenfassung der Betrachtungen über die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem Beitritt Polens in die Europäische Union kann man wohl folgende Schlußfolgerung ziehen: Die Basis für die Errungenschaften der letzten 13 Jahre des deutsch-polnischen Zusammenlebens war guter Wille von beiden Seiten und gegenseitiges Vertrauen. Auch die Anwesenheit der Vertreter polnischer Selbstverwaltungsbehörden auf dem durch die Ostpreußische Landsmannschaft veranstalteten Kongreß bestätigt guten Willen und Vertrauen an unseren deutschen Freunden. Wenn wir dieses Kapital nicht verschwenden können wir sicher sein, daß die deutsch-polnische Partnerschaft in der Europäischen Union auch ein Beispiel für andere europäische Staaten sein wird.

Stosunki polsko-niemieckie po rotszrzeniu Unii europejskiej

Były polski Minister Spraw Zagranicznych Władysław Bartoszewski podczas jednego ze swych wystąpień stwierdził, iż „polsko- niemieckie zbliżenie jest najlepszym wkładem w budowę zjednoczonej Europy”. Droga do tego zbliżenia była niezwykle długa i trudna. Dziedzictwo II wojny światowej kładło się na długie lata cieniem na kontakty pomiędzy Polakami i Niemcami. Po polskiej stronie pozostały na długo otwarte rany z koszmarem hitlerowskiego lubobójstwa i terroru. Niemcy z kolei nie mogli pogodzić się z utratą swych byłych terenów wschodnich i północnych.

Dodatkowym obciążeniem był konflikt Wschód-Zachód. Polska i Niemcy znalazły się we wrogich sobie obozach. Niemcy Zachodnie otrzymały jednak dość szybko szansę rozwoju jako państwo demokratyczne i wolne. I wykorzystały tę szansę włączając się w proces budowy instytucji integracji europejskiej i pojednania z dawnym wrogiem i rywalem Francją

Polsce, szansa, zarówno na zbliżenie z Europą, jak i budowę przyjaznych stosunków z Niemcami została dana dopiero na początku lat 90-tych, 45 lat po zakończeniu II wojny światowej. Jeśli chodzi o relacje polsko-niemieckie, wcześniejsze próby normalizacji stosunków podjęte przez koalicję SPD/FDP pod szyldem Ostpolitik w latach 70-tych, mimo iż przyniosły ze sobą współpracę gospodarczą na dużą skalę i pierwsze kontakty społeczne, były niewystarczające dla prawdziwego polsko-niemieckiego pojednania. Otwarta pozostała wciąż kwestia uznania przez RFN polskiej granicy zachodniej.



Konsul Styczek vom Generalkonsulat der Republik Polen in Köln

Dopiero Układ graniczny z 1990 roku o ostatecznym uznaniu granicy i późniejszy, z 1991r, Układ o dobrym sąsiedztwie i przyjaznej współpracy stworzyły solidne fundamenty dla historycznego przełomu. Przełom ten nie byłby jednak możliwy bez demokratycznych zmian w Polsce i bez niemieckiego Zjednoczenia.

Pierwszy demokratyczny rząd w Polsce poparł bez wahań niemieckie Zjednoczenie. Nie tylko dlatego, że stał na stanowisku, że narody mają prawo do decydowania w jakim państwie żyją, ale również z tego powodu, że już w 1989 roku wiedzieliśmy, że Polska powinna dążyć do integracji z Zachodem. Innej drogi na Zachód Polska nie

miała jak tylko przez Niemcy, a mogły być to tylko Niemcy zjednoczone i demokratyczne. Takim krajem była i jest RFN.

Przełom w stosunkach polsko-niemieckich z początku lat 90-tych przyniósł ze sobą rozwój kontaktów w niemal każdej dziedzinie życia politycznego, gospodarczego, społecznego. Niemcy stały się dla Polski najważniejszym partnerem politycznym w Europie.

Regularne kontakty na szczeblu szefów rządów, ministrów spraw zagranicznych, czy innych resortów weszły do kalendarzy polityków obu krajów. Niemcy stały się dla Polski pierwszym partnerem gospodarczym. Prawie 36 % naszego handlu zagranicznego zarówno w eksporcie, jak i imporcie realizuje Polska z Niemcami, 6 tys. Firm niemieckich zainwestowało w Polsce kapitał o wielkości 7 mld euro.

Dzięki finansowemu wsparciu ze strony rządów polskiego i niemieckiego dla Jugendwerku co roku kilkadziesiąt tysięcy młodych ludzi z obu krajów ma szanse poznania kraju sąsiada. Nie jest to też przypadek, że polscy studenci stanowią w Niemczech największą grupę narodowościową po Turkach. Bilans lat 90-tych to także około 400 partnerstw miast i gmin oraz kilka setek, statystyki takie nie są prowadzone, partnerstw szkolnych.

To, co stworzono w latach 90-tych, da się porównać chyba tylko z siecią kontaktów jakie mają Niemcy z Francją. Pamiętajmy jednak, że proces budowy infrastruktury tych stosunków zaczął się parę dziesiątek lat wcześniej.

Pod koniec lat 90-tych dalszy rozwój jakościowy kontaktów polsko-niemieckich napotykał na barierę jaką było pozostawanie Polski poza strukturami Unii Europejskiej. Wiele form współpracy nie mogło być wprowadzanych nie z powodu braku dobrej woli obu stron, ale zobowiązań i zasad, którymi była związana Republika Federalna jako członek Unii Europejskiej. Następnym krokiem jakościowym we współpracy, podobnym do tego jaki został zrobiony na początku lat 90-tych, stał się możliwy tylko poprzez wejście Polski do Unii Europejskiej. Dlatego też zarówno rząd polski, jak i niemiecki były świadome tego, że członkostwo Polski w Unii Europejskiej jest nie tylko projektem, który ma wymiar polityczny na skalę europejską, ale leży również w interesie obu krajów.

Niemieckie wsparcie dla Polski na drodze do członkostwa, stało się jeszcze jednym dodatkowym elementem w budowie gmachu polsko-niemieckiego pojednania. Poparcie udzielane przez rząd niemiecki, zarówno pod kierownictwem H.Kohla, jak i G.Schroedera, jest w Polsce znane i doceniane. Ostatni akord negocjacji akcesyjnych w grudniu 2002 r. w Kopenhadze zakończył się powodzeniem dzięki niemieckiemu zaangażowaniu. Polskie gazety pisały wówczas, że niemiecki kanclerz uratował polskie członkostwo w Unii.

Dzisiaj wydaje się, że nic nie może stanąć na drodze Polski do członkostwa w UE. Negocjacje akcesyjne zostały zakończone, Polacy większością 77 % głosów powiedzieli tak w referendum akcesyjnym 7-8 czerwca br. Traktat o rozszerzeniu Unii wszedł w etap ratyfikacji. Warto podkreślić, iż niemiecki Bundestag jako pierwszy parlament przeprowadził proces ratyfikacji.

Godnym uznania jest też wynik głosowania. Była to prawie jednomyślna akceptacja.

Droga Polski do momentu, kiedy możemy być pewni, że nasz kraj wejdzie do UE 1.05.2004

roku nie była ani krótka, ani łatwa. Polska złożyła wniosek o przyjęcie do EU w 1994 roku. 1997 roku rozpoczęły się nie pozbawione napięć negocjacje akcesyjne. Najwięcej emocji i kontrowersji wywołały kwestie dostępu do unijnego rynku pracy, subwencje dla rolnictwa, okresy przejściowe w nabywaniu gruntów, czy kwestia wkładu finansowego do unijnej kasy. Polsce negocjatorzy zostali skonfrontowani z twardym stanowiskiem Komisji Europejskiej. Polska opinia publiczna miała wrażenie, iż obietnice dawane na początku lat 90 tych i słowa o potrzebie szybkiego zjednoczenia Wschodu i Zachodu Europy, zostały zapomiane, a rozszerzenie nie jest już projektem politycznym, ale oparta na rachunku ekonomicznym czysta kalkulacja. Dlatego też nie powinno nikogo dziwić, iż Polacy witają wejście do Unii z radością, ale bez entuzjazmu. Są bowiem tego świadomi, że będzie to członkostwo długie oczekiwane i nie na łatwych warunkach.

Wejście Polski do UE sprawi, że Polacy i Niemcy nie będą już tylko sąsiadami, ale również partnerami w ponadnarodowej strukturze jaką jest UE. Będzie to wymagało nowego zdefiniowania charakteru tych stosunków. Ich stan przestaną określać problemy o charakterze czysto bilateralnym. Ich charakter w zasadniczym stopniu wyznaczać będzie zgodność lub nie w kwestii dalszego rozwoju integracji europejskiej.

Z dzisiejszej perspektywy wymienić można tu 3 zasadnicze płaszczyzny:

- stosunek państw małych i dużych,
- poziom przyszłej integracji w ramach UE,
- stosunek do USA.

Zgodność lub rozbieżność w tych 3 płaszczyznach będą w zasadniczym stopniu określały poziom stosunków polsko-niemieckich w przyszłości. Stanowiska Polski i Niemiec w dwóch płaszczyznach (oprócz stosunku do USA) dają się odnaleźć w dyskusji nt. Przyszłej Konstytucji Europejskiej.

O ile rząd RFN opowiada się za przyjęciem przez Konferencję Międzyrządową projektu Konstytucji przygotowanego przez Konwent, to rząd Polski stoi na stanowisku, iż pewne kwestie wymagają ponownej dyskusji.

Zapisy Konstytucji w formie zaproponowanej przez Konwent zmieniają w stopniu trudnym do zaakceptowania przez Polskę postanowienia konferencji w Nicei w 2000 roku. W Nicei przyznano Polsce 27 głosów w Radzie Unii Europejskiej, tylko 2 mniej niż Niemcom. Tymczasem wg. projektu Konwentu liczba głosów w Radzie ma zależeć bezpośrednio od liczby ludności. Decyzje rady wymagają akceptacji przez co najmniej 60 % ludności Unii. Praktycznie oznacza to, że Polska miała prawie tyle głosów co Niemcy a będzie miała, o ile utrzyma się propozycja Konwentu, o połowę mniej. W nowym układzie polska przestaje być potrzebnym koalicjantem. Największe ludnościowo kraje UE- przede wszystkim Niemcy, ale i Francja, Wlk. Brytania, Włochy zyskują przy podejmowaniu decyzji decydujące znaczenie. Narusza to polityczną równowagę w Unii na korzyść państw dużych i bogatych. Polsce jako krajowi średniemu trudniej będzie konstruować pozytywne koalicje w priorytetowych dla nas obszarach, np. rozdziału funduszy strukturalnych.

Są jeszcze inne argumenty za utrzymaniem podziału nicejskiego. UE jest Unią państw i czynnik demograficzny nie może być w niej najistotniejszy. Wszystko w Europie zaczęło się od wspólnoty równych państw, a kryterium liczby obywateli zostało uwzględnione w wyborach do Parlamentu Europejskiego.

Tam relacja między Polską a dużymi krajami jest bardzo widoczna w liczbie deputowanych.

Inna kwestia w której polska nie akceptuje propozycji Konwentu jest liczba komisarzy. Polska jest za utrzymaniem przyjętej w nicei zasady, iż każdy kraj powinien posiadać pełnoprawnego komisarza. Nie zgadzamy się z propozycją ograniczenia liczby komisarzy do 15, gdyż w konsekwencji oznaczałoby to osłabienie identyfikacji państw małych z Unią. Silni i wielcy będą mieli słabsze bodźce, aby mozolnie szukać kompromisu z wielką liczbą państw małych.

Kolejnym punktem, w którym rząd polski nie zgadza się z propozycją Konwentu jest wprowadzenie zasady jednomyślności w takich sprawach jak podatki, prawa socjalne, kwestie militarne. Polska jest za utrzymaniem prawa weta w tych sprawach. Zgoda na zniesienie zasady jednomyślności w sprawie praw socjalnych i podatkowych, czego domagają się państwa bogate bojące się dumpingu socjalnego, oznaczałoby pozbawienie się od państwa biedniejsze, ale bardziej elastyczne ważnych instrumentów konkurencji na unijnym rynku.

Nawet najbardziej szczerze fundusze strukturalne nie zastąpią szans jakie daje konkurencja i zliberalizowany rynek.

Polska przeciwna jest propozycji, aby grupa krajów spełniających określone kryteria mogła stworzyć sojusz militarny w ramach Unii. Polska stoi na stanowisku, że sojusz może być tworzony za zgodą wszystkich członków UE i każdy kraj UE powinien mieć prawo do niego przystąpić.

Zgoda na propozycje Konwentu w tej sprawie byłaby zgodą na koncepcje Europy różnych prędkości, tworzenie w ramach UE elitarnych „klubów”, do których dostęp byłby zamknięty dla pozostałych. W przypadku ściślejszej współpracy grupy krajów w kwestiach militarnych doszłoby do osłabienia NATO jako głównego filaru obronnego Europy, czemu Polska jest przeciwna.

Obrona przez polski rząd postanowień nicejskich i sprzeciw wobec niektórych postanowień Konwentu jest podyktowana nie tylko troską o przyszłą rolę Polski w ramach Unii Europejskiej, ale też obawa, że Polacy w referendum konstytucyjnym mogą powiedzieć po prostu „nie”. Z obecnych sondaży wynika, że 81 % społeczeństwa polskiego jest za referendumi. Nie ma jeszcze sondaży mówiących o opinii Polaków nt. Propozycji Konwentu.

W Polsce panuje konsensus wszystkich sił politycznych co do potrzeby zmian w projekcie zaproponowanym przez konwent. Należy więc przypuszczać, że podobnego zdania jest większość obywateli Polski.

Poza konfliktem pomiędzy krajami małymi i dużymi istnieją w Unii, jak już wcześniej powiedziałem, dwie inne płaszczyzny, które mogą różnić lub zbliżyć Polskę i Niemcy w ramach Unii Europejskiej.

Pierwsza dotyczy celów i granic procesu integracji. Ku jakiemu modelowi Europa powinna docelowo zmierzać? Ku wspólnocie politycznej, europejskiej federacji, czy

też powinna pozostać strukturą opartą na wspólnym rynku i prawie. Druga płaszczyzna podziału przeciwstawia sobie kraje ze względu na stosunek do USA

Zarówno w kwestii przyszłości istoty procesu integracji, jaki stosunek do USA, stanowisko Polski nie pokrywa się zasadniczo z pozycją jaką zajmuje obecny rząd RFN.

Jeśli chodzi o cele integracji (Finalität) nie są to jednak różnice zasadniczo przeciwstawne, wykluczające współpracę. Polska jest sceptyczna co do federalistycznego modelu Europy, preferowanego przez Niemcy. Polska wizja Europy bliższa jest raczej stanowisku Francji, która opowiada się za Europą państw narodowych. Sądzę, że jeśli dwie połowy europejskiego motoru Niemcy i Francja mają różną wizję Europy i nie przeszkadza im to w podejmowaniu inicjatyw na rzecz pogłębienia integracji, to również Polska może mieć inną wizję niż Niemcy, a mimo to działać na rzecz europejskiej integracji.

Podobnie ma się rzecz ze stosunkiem do USA. Wojna w Iraku pokazała, że stanowisko Polski jest bliższe brytyjskiemu niż francuskiemu, czy niemieckiemu. Różnice pomiędzy Wlk. Brytanią i Niemcami nie oznaczają przecież, że kraje te nie mogą być najbliższymi sojusznikami i partnerami UE. Stanowisko Niemiec w sprawie Iraku nie oznacza przecież postawienia pod znakiem zapytania roli stosunków transatlantyckich.

Dyskusja nt. zapisów Konstytucji Europejskiej, debata w sprawie Iraku pokazały, iż Polska potrafi mówić własnym głosem w podstawowych kwestiach polityki zagranicznej. Opinia Polski nie zawsze się zgadza ze stanowiskiem Niemiec. Nie oznacza to, że Polska chce wyrzucić nogami istniejące w Unii zasady, czy też zablokować pogłębienie integracji.

Negocjacje akcesyjne pokazały, że Polska potrafi zawierać kompromisy.

Różnice poglądów i ścieranie się interesów były w Unii zawsze. Ale też zawsze dochodzone do konsensu. Ważne jest, aby przy reprezentowaniu własnych interesów nie zapomiano jakimi przesłankami kierowali się założyciele i ojcowie procesu integracji europejskiej.

Różnice zdań nie stanowią zagrożenia. Jestem przekonany, że zarówno niemiecka jak i polska klasa polityczna jest świadoma tej szczególnej odpowiedzialności za proces jednoczenia się Europy.

Der Kommunalpolitische Kongreß im Spiegel der Presse

DER SPIEGEL 15/2002

Das polnische Fernsehen war angereist, ein Flötenquartett musizierte, und Staatspräsident Aleksander Kwasniewski wünschte gutes Gelingen – reichlich Aufwand für einen kommunalpolitischen Kongreß, wie er vergangenen Oktober in Elblag, dem früher ostpreußischen Elbing, stattfand. [...] Das bemerkenswerteste daran: Deutsche Vertriebene von der Landsmannschaft Ostpreußen hatten die Tagung organisiert.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.10.2003

Einen vergleichbaren Kongreß der kommunalen Spitzenverbände hat es schon lange nicht mehr gegeben. Das ist das Besondere an diesem Kongreß wie an den Partnerschaften, auf die die Landsmannschaft Ostpreußen auch besonders stolz ist. [...] Ein Motiv für die Arbeit besteht darin, wie es Kardinal Meisner in seinem Grußwort eindringlich beschrieben hat, daß „Heimat kein politischer Begriff, sondern ein anthropologischer“ ist.

Kölner Stadtanzeiger vom 6.10.2003

Weitgehend unbemerkt ist hier eine Form des Miteinander herangewachsen, das die Zukunft des europäischen Zusammenlebens in den Vordergrund stellt, ohne die gemeinsame Pflege von Geschichte und Kultur zu verdrängen.

Zastanawiając się nad rolą Polski w Unii w Europejskiej ośmielę się przytoczyć propozycje byłego prezydenta Niemiec Richarda von Weizackera, który w jednym z wywiadów prasowych zaproponował, aby motorem integracji europejskiej były cztery państwa Niemcy, Francja, Wielka Brytania i Polska. Być może jest to rzeczywiście rozwiązanie na przyszłość, ale nie chcę tego dalej komentować, aby nie zostać posądzonym o arogancję.

Mówiąc o relacjach polski-niemieckich po wejściu Polski do Unii Europejskiej skoncentrowałem się celowo na tych elementach, które w tej chwili różnią Polskę i Niemcy w kwestii procesu integracji europejskiej. Jest to jednak zaledwie niewielki ułamek w porównaniu z tym, co łączy i będzie łączyć Polskę i Niemcy w przyszłości. Są to już teraz tysiące kontaktów instytucjonalnych, społecznych czy wręcz międzyludzkich. Polskę i Niemcy łączy, chcąc czy nie chcąc wspólnota interesów wynikająca z bliskiego sąsiedztwa i położenia w środku Europy, między Wschodem i Zachodem, Północą i Południem.

Nie ma chyba w Europie tak dwóch dużych krajów, które nie byłyby sobie tak bliskie kulturowo i tak splecionej historii. Wszystko to sprawia, że Polska czerpie z niemieckich rozwiązań instytucjonalno prawnych w wielu dziedzinach.



Staatssekretärin a.D. Dr. Petra Erler, die in der Europäischen Kommission im Kabinett Günther Verheugens unter anderem für Polen zuständig ist, referierte zu den Beitrittsverhandlungen aus dezidiert europäischer Sicht.

Liczymy, że po wejściu do Unii Europejskiej nasi niemieccy partnerzy będą gotowi służyć swym doświadczeniem w kontaktach ze strukturami unijnymi.

Podsumując rozwiązania nad przyszłością stosunków polsko-niemieckich po wejściu Polski do Unii Europejskiej można chyba dojść do następującej konkluzji. Baza osiągnięć ostatnich 13 lat polsko-niemieckiego współżycia była dobra wola obu stron i wzajemne zaufanie. Także obecność przedstawicieli polskich władz samorządowych na kongresie organizowanym przez Ziomkostwo Prus wschodnich potwierdza dobrą wolę i zaufanie do naszych niemieckich przyjaciół. Jeśli nie zaprzepaścimy tego kapitału możemy być pewni, że polsko-niemieckie partnerstwo w Unii Europejskiej będzie również wzorem dla innych państw europejskich.

Dr. Dagmar Boving

Deutscher Industrie- und Handelskammertag Dzień poświęcony Niemieckiej Izbie Przemysłu i Handlu

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen und die wirtschaftlichen Vorteile für die Republik Polen im Zusammenhang mit der beschlossenen EU-Osterweiterung

Das Thema EU-Osterweiterung beschäftigt mich seit Jahren beruflich und auch persönlich, denn wenn man sich vorstellt, was in den letzten 10 Jahren in Europa passiert ist und welche Veränderungen sich hier getan haben, kann man das eigentlich nur mit Begeisterung und Enthusiasmus aufnehmen. Auf der anderen Seite muß man auch beachten, daß jetzt alles in den richtigen Bahnen läuft, damit nicht aus diesem Enthusiasmus und dieser Begeisterung nachher ein Chaos entsteht, dessen Folgen unabsehbar sind.

Ich möchte vorab einen kurzen chronologischen Abriss zu den jüngsten deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen geben.

Wir haben nach dem Fall der Berliner Mauer von Seiten der EU sehr schnell diplomatische Beziehungen mit den Staaten Mittel-Osteuropas und natürlich auch sehr schnell mit Polen aufgenommen.

Das Ergebnis waren die sogenannten Assoziierungsverträge, die sogenannten Europaabkommen, die den Grundstein dafür gelegt haben, daß sich die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen so schnell entwickeln konnten, wie sie es getan haben. Die Europaabkommen haben nämlich für eine weitgehende Liberalisierung des Handels gesorgt, sie haben dafür gesorgt, daß ein Großteil der nicht peripheren Handelshemmnisse abgebaut werden konnte. So war es den Unternehmen sehr schnell möglich, miteinander in Kontakt zu treten, Handel zu treiben und zu investieren. Seit 1998 werden die Beitrittsverhandlungen geführt, die die Assoziierungsverträge ergänzen und die im Jahre 2002 erfolgreich beendet werden konnten.

Dann kam der Ratifizierungsprozeß in Gang. Ein unermeßliches Verfahren, wenn man sich vor Augen führt, daß diese Verträge nicht nur in den 15 EU-Mitgliedsstaaten sondern auch in den EU-Beitrittsstaaten ratifiziert werden. Ein enormes Prozedere ist in Gang geraten, das erstaunlich ruhig und ohne Probleme verlaufen ist. Im Vorfeld hatte man im Grunde angenommen, zu jedem dieser Ratifizierungsverfahren in den einzelnen Ländern der Presse Meldungen zu entnehmen, wie schwierig die Abstimmung und wie knapp das Ergebnis werden würde. Tatsächlich sind seit gut 14 Tagen alle Ratifizierungsverfahren abgeschlossen.

Wir haben in allen Beitrittsstaaten eine sehr große Zustimmung zur Europäischen Union zu verzeichnen. In Polen waren es 77 % Zustimmung. Dabei darf man natürlich auch nicht übersehen, daß in den östlichen Gebieten Polens die Zustimmung doch deutlich unter 50 % gelegen hat. Also auch hier, trotz eines sehr erfreulichen Ergebnisses muß darauf geachtet werden, daß auch das ganze Land den Beitritt zur EU mittragen kann.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen lassen sich im Grunde genommen ganz kurz zusammenfassen. Deutschland ist der wichtigste Handelspartner Polens, mit dem ungefähr 2/3 des gesamten polnischen Außenhandels abgewickelt werden. Andererseits ist Polen der wichtigste Partner Deutschlands, wenn es um das Geschäft mit Mittel-Osteuropa geht. Es darf einen durchaus beeindruckenden Eindruck machen, wenn man sich vorstellt, daß im vergangenen Jahr der bilaterale Handel bei 29 Milliarden Euro gelegen hat. Denn dabei wird deutlich, welche Dimension der Handel für beide Staaten hat.

Der Export trägt in beiden Ländern zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung bei, gerade die deutsche Wirtschaft lebt seit Jahren beinahe „nur“ noch vom Export. Das deutsche Exportvolumen nach Polen beträgt 15 Milliarden Euro und das polnische nach Deutschland immerhin über 14 Milliarden Euro.

Das US-Handelsministerium hat eine sehr interessante Rechnung aufgestellt, wonach ein Exportvolumen von 1 Milliarde Euro etwa 20.000 Arbeitsplätzen entspricht. Daher möchte ich auf die Bedeutung, die der bilaterale Export für beide Länder hat, auch im Bereich des Arbeitsmarktes, hinweisen. Denn gerade bei diesem Thema werden ja in deutschen und polnischen Grenzregionen in der Diskussion immer sehr starke Emotionen geweckt. Man darf bei der Betrachtung der Exportzahlen die einen wesentlichen Teil der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen darstellen, nicht vergessen, daß dies in Deutschland und in Polen sehr viele Arbeitsplätze sichert.

Im Bereich der Investitionen gibt es nach der Statistik der polnischen Investitionsförderagentur eine für Deutschland etwas traurige Aussage, wonach wir nur noch auf Platz 3 liegen, hinter Frankreich und den USA. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag wird aber nicht müde darauf hinzuweisen, daß die polnische Investitionsförderagentur nur Investitionen erfaßt, die über 1 Million US-Dollar liegen. Berücksichtigt werden dabei also nicht all jene Investitionen der mittelständischen und vor allem auch der kleinen Unternehmen, die aus Deutschland nach Polen gegangen sind. Nach Schätzungen handelt es sich dabei um ungefähr 6.000 Unternehmen. Verlässliche Zahlen gibt es leider keine. Unter Berücksichtigung dessen gehen wir davon aus, daß Deutschland trotz der offiziellen Statistik der polnischen Investitionsförderagentur aufgrund des Engagements gerade kleinerer und mittlerer Unternehmen nach wie vor der wichtigste ausländische Investor in Polen ist. Es bestehen also schon sehr enge und sehr intensive Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen, und dies auch schon vor dem Vollzug des Beitritts Polens zur EU.

Aus diesem Grunde haben wir eine Umfrage bei den deutschen Unternehmen durchgeführt und haben die Erwartungen der Unternehmen in den EU-Beitritt Polens analysiert. Es steht nämlich die Frage im Raum, ob sich durch den Beitritt an diesen doch sehr stabilen und wichtigen Beziehungen überhaupt noch etwas ändern wird.

Die Ergebnisse der Analyse sind etwas paradox. Auf der einen Seite sagen uns die Unternehmen, die wirtschaftlichen Folgen des EU-Beitritts sind im Grunde genommen bereits alle dadurch eingetreten, daß schon so vielfältige intensive Beziehungen bestehen. Diese werden ja auch durch die genannten Zahlen belegt. Auf der anderen Seite aber erwarten die Unternehmen gerade im Handel durch den Wegfall der Grenzabfertigungsprozesse, durch den Wegfall von Zöllen, von Zollzertifikaten sowie durch die Vereinheitlichung von Standards und Normen noch einmal einen erheblichen Schub und einen weiteren Anstieg des Handels.

Die Aussage der Unternehmen hinsichtlich des Mittel-Osteuropa- und des Polen-Geschäftes ist für uns beachtlich. Gerade im vergangenen Jahr, sind für deutsche Unternehmen bedingt durch die Folgen des 11. Septembers viele wichtige Märkte weggefallen. Dieses Faktum ist durch das Geschäft mit Mittel-Osteuropa zumindest ansatzweise kompensiert worden. Die drastischen Folgen für die Unternehmensziele konnten also durch das Ost-Mitteuropa-Geschäft eingeschränkt werden.

Unsere wichtigste Aufgabe für die Zukunft ist der Abbau von Ängsten, wie es die Industrie- und Handelskammern entlang der Grenze schon seit Jahren praktizieren, nämlich durch eine stärkere Förderung von Kooperationen kleiner und Kleinunternehmen. Der grenzüberschreitende Wirtschaftsraum muß künftig als ein Markt betrachtet werden.

Daß dies funktionieren kann, verdeutlicht das Beispiel der Grenzregion um Aachen. Dort ist es tatsächlich gelungen, innerhalb einer Region und über Grenzen hinweg behördliche Verfahren zu erleichtern und wirklich einen Wirtschaftsraum zu erkennen.

An dieser Zukunftsperspektive arbeiten die Industrie- und Handelskammern, vor allem in Neubrandenburg und Rostock, aber auch weiter im Süden, in Sachsen, wo man versucht, in der Tat sehr enge Kooperationen auf diesem Wege aufzubauen.

Was bedeutet das alles für die polnische Wirtschaft? Wie wird sich der EU-Beitritt auf die polnische Wirtschaft auswirken? - Bei der Beantwortung dieser Fragen muß man sich vor Augen führen, daß Polens Wirtschaft in den letzten 10 Jahren einen unglaublichen Wandel durchlebt hat. Konkret haben sich vor allem zwei Dinge geändert. Das eine ist die Wirtschaftsstruktur, die zuvor insbesondere durch Landwirtschaft geprägt war und die sich jetzt zu einer offenen Branchenstruktur gewandelt hat. Es ist vor allem auch gelungen, die Zukunftsbranchen im Dienstleistungssektor stark zu fördern. Zum anderen wurde die Privatisierung der staatseigenen Betriebe größtenteils umgesetzt. Berücksichtigt man, wie schwierig es ist, staatseigene Betriebe zu privatisieren, so kann man wirklich nur mit Hochachtung über die polnischen Erfolge sprechen.

Im Gegensatz zu diesen sehr erfreulichen Entwicklungen ist es bedauerlich, daß der wirtschaftliche Aufschwung in Polen in den letzten Monaten nicht unbedingt mit diesen guten Ergebnissen korrespondierte. Vergleicht man die Wachstumszahlen Polens mit denen anderer Beitrittsstaaten, dann offenbart sich doch eine sehr große Diskrepanz. Polen hat zwar immer noch ein Wirtschaftswachstum von 1,3 Prozent, wovon wir in Deutschland und in der gesamten Europäischen Union im Moment nur träumen können. Aber im Verhältnis zu den bis zu 4 Prozent Wachstum in anderen Beitrittsstaaten, ist dies zu wenig. Die polnische Regierung hat verschiedene positive Ansätze verfolgt, um die Wirtschaft zu beleben. Betrachtet man die Zahlen vom August und September 2003, dann ist auch eine gewisse Steigerung zu erkennen. Es bedarf aber noch mehr Stabilität des Wachstums.

Zu den einzelnen Branchen:

Wie bereits ausgeführt ist es gelungen, einen Wandel weg von der Landwirtschaft hin zu anderen Branchen zu erreichen. Andererseits sind nach wie vor über 18 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt. Berücksichtigt man die Probleme der EU mit ihrer bisherigen Landwirtschaft und ihrer Agrarpolitik, dann müssen die Strukturen hier noch erheblich entwickelt werden, um eine Steigerung der Arbeitslosenquote über den Sektor der Landwirtschaft zu verhindern.

Im Bereich der Industrie sind es vor allem die Branchen Stahl und Werften, die nach wie vor große Probleme verursachen. Auch hier hat man versucht, Umstrukturierungsprozesse zu schaffen, die teilweise auf einem sehr guten Weg sind und fortgesetzt werden müssen.

Bei der Betrachtung der Privatisierungszusammenhänge wird eine unheimliche Dynamik bei der Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen offensichtlich. Insgesamt haben sich 2,5 Millionen kleine und mittlere Unternehmen neu gegründet. Da kleine und mittlere Unternehmen in der Regel nicht die Träger der wirtschaftlichen Situation sind, ist das schon eine großartige Entwicklung. Problematisch ist, daß die Politik noch bessere Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen schaffen muß.

Die polnischen Kleinunternehmen klagen vor allem über die Beschaffung von Investitions-Krediten und über die Höhe der Lohnnebenkosten. Die Lohnnebenkosten erreichen 42 Prozent und liegen damit fast auf dem Niveau wie in Frankreich oder Deutschland. Weitere Klagen beziehen sich auf langsame Bearbeitungszeiten der Administrationen sowie der Gerichte, wo es Anpassungen bedürfte. Beachtlich ist auch die Belastung der Unternehmen durch organisatorische Probleme. Die mangelhafte Investitionsberatung für Unternehmen ist erheblich und man wird hier Abhilfe schaffen müssen. Es fehlt an kompetenten Ansprechpartnern und auch an Beratern über steuerliche Möglichkeiten. Ein Appell an die Verwaltungen: Die Mitarbeiter in den Finanzämtern müssen besser ausgebildet sein, um den Unternehmen die erforderlichen Hilfestellungen zu geben. Dies kann bei der Vielzahl der Probleme nur beispielhaft genannt werden.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen beim Beitritt Spaniens und anderer südeuropäischer Staaten, denen überhaupt keine Mittel bei der Heranführung zum EU-Beitritt gewährt wurden, hat die Europäische Kommission, um den Beitrittsprozeß abzumildern, versucht, dieses Thema anders zu handhaben.

Die Europäische Union hat vor allem drei Strukturförder-Programme aufgezogen: PHARE, SAPARD und ISPA. Das wichtigste Programm aus dieser Reihe ist für Polen SAPARD, weil es Projekte in der Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung fördern und die Folgen des Beitrittsprozesses in der Landwirtschaft abmildern soll. Angestrebt wird dies über strukturelle Veränderungen, durch die Möglichkeiten geschaffen werden, die in der Landwirtschaft Beschäftigten schneller auch in anderen Bereichen integrieren zu können.

Leider funktioniert das Programm nicht wie erhofft. Es standen reichlich Mittel zur Verfügung, immerhin wurden 312 Millionen Euro nicht abgerufen. Es mangelt aber an förderungswürdigen Programmen. Wenn Mittel zur Verfügung stehen, aber keine Ideen entwickelt werden, die zu Förderprojekten führen, so ist diese Entwicklung unerfreulich. Darüber, ob dies nun ein Fehler der Kommission oder der polnischen Seite ist, erlaube ich mir kein Urteil. Die Situation kann so nicht bleiben und man muß wirklich von beiden Seiten daran arbeiten, so daß sich dieses Problem nicht auf den Strukturfonds überträgt.

Ein großes europäisches Problem ist das Thema Arbeitslosigkeit, die in Polen derzeit bei über 18 Prozent während die Beschäftigungsquote bei 53 Prozent liegt. Damit

liegt Polen weit von dem Ziel der Lissabon-Strategie entfernt. Die Lissabon-Strategie der europäischen Kommission verfolgt das Ziel, Europa zum wettbewerbfähigsten und innovativsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dabei wird eine Beschäftigungsquote von 70 Prozent genannt. Wir sehen auch hier, es ist noch ein großer Graben zu überwinden.

Besonders erschreckend ist auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen, hier liegt die Quote bei fast 10 Prozent. Dabei ist zu berücksichtigen, daß noch eine große Gefahr aus dem Bereich der Landwirtschaft droht, wenn die Erwerbstätigen dort in die Arbeitslosigkeit geraten. Immerhin, das sind 18 Prozent der Beschäftigten. Allerdings haben das Problem auch andere Mitgliedsstaaten der EU. Diese Gefahr bildet den Hintergrund der Ängste in Deutschland beim Thema Freizügigkeit. Es besteht eine große Besorgnis, daß polnische Arbeitskräfte den Deutschen Arbeitsplätze wegnehmen könnten. Unsere Erfahrungen und auch die Erfahrungen der grenznahen Unternehmen unterscheiden sich von solchen Szenarien. Wir haben der Bundesregierung stets zu vermitteln versucht, daß ein Teil der Arbeitgeber gerade aus den Grenzregionen geradezu dankbar sind, wenn sie Arbeitskräfte aus Polen rekrutieren können.

Jetzt wird die sogenannte Zwei-plus-Drei-plus-Zwei-Regelung in Kraft treten, nach der wir den deutschen Arbeitsmarkt erst einmal für 2 Jahre dichtmachen. Das Weitere wird davon abhängen, wie die Situation ist. Befinden wir uns gerade wieder im Wahlkampf oder kann sachlich über dieses Thema diskutiert werden. Sodann muß die Bundesregierung einen Bericht an die Kommission verfassen und mitteilen, aus welchen Gründen sie ihren Arbeitsmarkt nicht öffnen kann. Nach weiteren 3 Jahren erfolgt dasselbe Prozedere noch einmal. Zuletzt gibt es nur noch mit Sondergenehmigung eine Ausschlußfrist von weiteren 2 Jahren. Der deutsche Arbeitsmarkt ist damit für Arbeitskräfte aus den Beitrittsstaaten für maximal 7 Jahre dicht.

Auf der anderen Seite haben die Beitrittsstaaten in den Verhandlungen ihrerseits festgelegt, daß ihnen dasselbe Recht zusteht. Das bedeutet für deutsche Unternehmen, daß sie entsprechende Erschwernisse bei ihren Aktivitäten in Polen haben. Der DIHK hat frühzeitig auf dieses Problem hingewiesen.

Die Niederländer haben festgelegt, daß bei Ihnen spätestens nach 2 Jahren der Arbeitsmarkt geöffnet wird. Die längere Regelung zu Gunsten für Deutschland kann damit unterlaufen werden, denn nach 2 Jahren kann der polnische Arbeitgeber sich in den Niederlanden niederlassen und mit seinen Arbeitskräften in Deutschland Aufträge ausführen. Wir haben dann zwar den Arbeitsmarkt dicht gemacht, aber letztendlich nicht viel erreicht.

Dennoch können wir über das Erreichte sehr glücklich sein. Polen ist einer der wichtigsten Partner der deutschen Wirtschaft im gesamten Mittel-Osteuropageschäft. Der DIHK-Umfrage zufolge wird sich diese positive Tendenz fortsetzen. Auf der anderen Seite wünschen wir uns, daß mehr Investoren aus Polen auch nach Deutschland kommen. Hier ist also noch einiges zu tun, denn der Investitionsfluß sollte nie eine Einbahnstraße, sondern immer bilateral sein. Beim Handel funktioniert es sehr gut, bei den Investitionen derzeit weniger. Wir wollen hoffen, daß sich durch die Osterweiterung der Europäischen Union in Zukunft noch einiges tun wird. Wir warten mit Spannung auf die Nacht des 30. April, in der an den Grenzen die Waren-Prüfungen wegfallen und nur noch die Personenkontrollen aufrecht erhalten bleiben.

Wir wollen hoffen, daß mit Weitblick und Sachverstand auch diese bizarre Situation aufgelöst wird.

* * *

Kontakty gospodarcze niemiecko –polskie i gospodarcze korzyści dla Rzeczpospolitej Polski w odniesieniu do ustanowionego rozszerzenia Unii Europejskiej na wschód.



Dr. Dagmar Boving vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK)

Temat rozszerzenia Unii Europejskiej na wschód zajmuje mnie zawodowo jak i osobiście od lat, ponieważ kiedy sobie człowiek wyobrazi, jakie zmiany w ostatnich 10-u latach nastąpiły w Europie, można to przyjąć jedynie z entuzjazmem i zachwytem. Z drugiej strony trzeba jednak uwzględnić, że teraz wszystko będzie biegło właściwymi torami, tak żeby z entuzjazmu i zachwytu nie powstał chaos, którego skutki są nieobliczalne.

Uprzednio chciałbym dokonać krótkiego chronologicznego zarysu najnowszych stosunków gospodarczych polsko-niemieckich.

Po upadku muru berlińskiego podjęliśmy ze strony Unii Europejskiej bardzo szybko dyplomatyczne stosunki z krajami środkowej i wschodniej Europy i naturalnie także z Polską.

Wynikiem były tak zwane umowy asocjacyjne, tak zwane Umowy Europejskie, które stworzyły podwaliny do tego, że niemiecko-polskie stosunki gospodarcze mogły się tak rozwinąć jak się rozwinęły. Umowy Europejskie zadbały mianowicie o daleko idącą liberalizację handlu, zadbały o to, że została zredukowana duża ilość wewnętrznych przeszkód handlowych. W taki sposób mogły przedsiębiorstwa kontaktować się ze sobą, prowadzić handel i inwestować. Od 1998 roku prowadzone są rokowania akcesyjne, które uzupełniają i które będą mogły być ostatecznie zakończone w 2002 roku.

Potem rozpoczął się proces ratyfikacji. Wielki proces, kiedy człowiek sobie uświadomi, że układy te będą ratyfikowane nie tylko w piętnastu krajach Unii, ale także w krajach ubiegających się o członkostwo w Unii Europejskiej. Został uruchomiony ogromny proceder, który przebiegał zadziwiająco spokojnie i bez problemów. W istocie przyjęto początkowo, że będzie można dowiedzieć się z doniesień prasowych odnośnie każdego z tych postępowań ratyfikacyjnych, o tym jak ciężko miałyby przebiegać głosowanie i jak ledwo osiągalny miałyby być wynik. Faktycznie proces ratyfikacji jest zakończony od dobrych 14 dni.

Możemy odnotować we wszystkich krajach ubiegających się o członkostwo ogromną aprobatę dla Unii. Zgoda na członkostwo w Polsce wynosiła 77%. Przy czym nie wolno przeczyć tego, że we wschodnich obszarach Polski akceptacja dla członkostwa w Unii leżała poniżej 50%. Tak więc także tutaj pomimo bardzo zadowalającego wyniku, musi być uszanowane to, że przystąpienie do Unii Europejskiej obejmuje cały kraj bez wyjątku.

Gospodarcze stosunki niemiecko-polskie w gruncie rzeczy dadzą się podsumować bardzo zwięźle. Niemcy są najważniejszym partnerem handlowym Polski, z którym przeprowadzane jest około 2/3 całego handlu zagranicznego Polski. Z drugiej strony Polska jest najważniejszym partnerem Niemiec, jeśli chodzi o interesy ze środkową i wschodnią Europą. Może naprawdę wywrzeć wrażenie, kiedy sobie wyobrazimy, że w ubiegłym roku bilateralny handel szacowano na 29 miliardów €. Wyjaśnia to, bowiem, jaki wymiar ma dla obu państw handel.

Export w obu krajach przyczynia się do zapewnienia dobrobytu i zatrudnienia, a niemiecka gospodarka żyje właśnie od lat prawie „tylko” z exportu. Wielkość exportu do Polski wynosi 15 miliardów €, a polski export do Niemiec bądź co bądź ponad 14 miliardów €.

Ministerstwo Handlu w USA dokonało bardzo interesującej kalkulacji, według której export o wartości jednego miliarda € odpowiada około 20.000 miejscom pracy. Dlatego chciałbym zwrócić uwagę na znaczenie, jakie ma bilateralny export dla obu państw w obrębie rynku pracy. Bowiemi właśnie przy tych zagadnieniach na polskich i niemieckich obszarach zagranicznych budzą się w dyskusji bardzo silne emocje. Podczas przyglądania się liczbom związanym z exportem, które ukazują znaczną część gospodarczych stosunków niemiecko-polskich, nie wolno zapomnieć, że to zapewnia bardzo dużo miejsc pracy w Niemczech i w Polsce.

Statystyka polskiej Agencji Wspomagania Inwestycji ma bardzo smutną wymowę, według niej w zakresie inwestycji znajdujemy się na miejscu trzecim za Francją i USA. Dzień Niemieckiej Izby Przemysłu i Handlu nie ustawał we wskazywaniu na to, że polska Agencja Wspomagania Inwestycji wlicza jedynie inwestycje, które przekraczają milion dolarów. A więc nie są uwzględnione inwestycje średnich i małych przedsiębiorstw, które przeszły z Niemiec do Polski. Według szacunków chodzi tutaj o około 6000 przedsiębiorstw. Niestety nie ma liczb, które są w pełni wiarygodne. Uwzględniając to wychodzimy z założenia, że na podstawie zaangażowania właśnie małych i średnich przedsiębiorstw Niemcy mimo oficjalnych statystyk polskiej Agencji Wspomagania Inwestycji są w dalszym ciągu największym inwestorem zagranicznym w Polsce. Już istnieją bardzo bliskie kontakty gospodarcze między Niemcami a Polską i to jeszcze przed przeprowadzeniem wstąpienia Polski do Unii Europejskiej.

Z tego powodu przeprowadziliśmy ankietę wśród niemieckich przedsiębiorstw i zanalizowaliśmy ich oczekiwania względem przystąpienia Polski do Unii Europejskiej. Narzuca się mianowicie pytanie, czy cokolwiek w ogóle zmieni się w tych stabilnych i ważnych kontaktach po akcesie Polski.

Wyniki analizy są dosyć paradoksalne. Z jednej strony przedsiębiorstwa mówią nam, że w gruncie rzeczy gospodarcze następstwa ujawniły się w ten sposób, że istnieją już teraz różnorodne, intensywne kontakty. Kontakty te są poparte liczbami. Z drugiej

jednak strony przedsiębiorstwa oczekują znacznego posunięcia i dalszego wzrostu handlu poprzez zniesienie procesów odpraw granicznych, poprzez zniesienie ceł, certyfikatów celnych jak również po przez ujednoczenie standardów i norm.

Wpływ przedsiębiorstw na interesy środkowo-wschodniej Europy i Polski jest dla nas istotny. W samym tylko minionym roku zniesione zostały rynki dla niemieckich przedsiębiorstw, w wyniku następstw 11 września. Fakt ten został przynajmniej na początku zrekompensowany przez transakcje ze środkową Europą. Drastyczne skutki względem celów przedsiębiorstw mogły zostać ograniczone dzięki transakcjom we wschodnio-środkowej Europie.

Naszym ważnym zadaniem na przyszłość jest redukcja obaw, co praktykowane było od lat wzdłuż granicy przez Niemiecką Izbę Przemysłu i Handlu, między innymi poprzez wsparcie kooperacji drobnych i mniejszych przedsiębiorstw. Przekraczający granicę obszar gospodarczy musi w przyszłości być postrzegany jako jeden rynek. O tym, że to może funkcjonować ukazuje przykład regionu granicznego w okolicach Aachen. Tutaj faktycznie udało się bez względu na granice państwowe w ramach jednego regionu ułatwić procedury urzędowe i udało się orzec faktycznie jeden obszar gospodarczy.

Nad tą przyszłościową perspektywą pracuje Niemiecka Izba Przemysłu i Handlu przede wszystkim w Neubrandenburg i Rostock, ale także dalej na południu w Saksonii, gdzie próbuje się faktycznie stworzyć w ten sposób bardzo bliską współpracę.

Co to wszystko oznacza dla polskiej gospodarki? Jak będzie oddziaływało wstąpienie Polski do Unii Europejskiej na polską gospodarkę? Odpowiadając na to pytanie trzeba sobie uzmysłowić, że polska gospodarka przeżyła w ostatnich latach niewiarygodny zwrot. Konkretnie zmieniły się przede wszystkim dwie rzeczy. Pierwszą z nich jest struktura gospodarcza, która wcześniej ukształtowana była przez rolnictwo i która się teraz przekształciła w otwartą strukturę branżową. Udało się przede wszystkim silnie wesprzeć rozwijające się branże w sektorze usług. Z drugiej strony przeprowadzona została prywatyzacja państwowych zakładów. Jeżeli się uwzględni jak trudnym jest sprywatyzowanie zakładów będących własnością państwa, to można mówić o polskim sukcesie z pełnym szacunkiem.

W przeciwieństwie do tego krzepiącego rozwoju szkoda jest, że gospodarczy zryw w Polsce w ostatnich miesiącach nie szedł w parze z dobrymi rezultatami. Kiedy porówna się statystyki wzrostu gospodarczego w Polsce z innym państwami ubiegającymi się o członkostwo w Unii, to ujawnia się wtedy ogromna niezgodność. Wysokość polskiego wzrostu gospodarczego wynosi 1,3 % o czym my w Niemczech i w całej Unii Europejskiej w tym momencie możemy pomarzyć. Ale w porównaniu z 4%owym wzrostem innych państw ubiegających się o członkostwo, jest to za mało. Polski rząd podejmował różne pozytywne kroki, aby ożywić gospodarkę. Obserwując liczby od sierpnia do września 2003 roku można rozpoznać pewien wzrost. Ale wymagana jest większa stabilizacja takiego wzrostu.

Oдноśnie poszczególnych gałęzi przemysłu:

Jak już zostało to przedstawione, udało się osiągnąć transformację od gospodarki rolnej do gospodarki branżowej. Z drugiej strony ciągle jest 18% zatrudnionych w rolnictwie. Uwzględniając dotychczasowe problemy Unii Europejskiej z jej rolnictwem

i polityką agrarną to trzeba w poważnym stopniu rozwinąć takie struktury, które utrudnią wzrost liczby bezrobotnych w sektorze rolnictwa.

W sferze przemysłu to właśnie branże stali i stoczni są tymi, które powodują problemy. Także tutaj próbowano przeprowadzić procesy restrukturyzacji, które częściowo znajdują się na bardzo dobrej drodze i muszą być kontynuowane.

Obserwując zależności w prywatyzacji jest widoczna ogromna dynamika przy otwieraniu małych i średnich przedsiębiorstw. W sumie powstało 2,5 miliona nowych, małych i średnich przedsiębiorstw. Ponieważ małe i średnie przedsiębiorstwa nie są z reguły nośnikami gospodarczej sytuacji, jest to niesamowity rozwój. Problem stanowi stworzenie przez politykę lepszych warunków ramowych dla małych i średnich przedsiębiorstw.

Małe przedsiębiorstwa polskie uskarżają się przede wszystkim na sposób uzyskiwania kredytów inwestycyjnych i na wysokość dodatkowych kosztów robocizny. Koszty takie osiągają 42 procent i znajdują się tym samym na poziomie Francji czy Niemiec. Kolejne skargi dotyczą powolnego czasu rozpatrywania przez administrację, jak również sądy gdzie wymagana jest adaptacja. Znaczne jest także obciążenie przedsiębiorstw przez problemy organizacyjne. W dużym stopniu występuje błędne doradztwo w sprawach inwestycji, czemu należy zapobiegać. Brakuje kompetentnych partnerów do dyskusji i także doradców odnośnie możliwości podatkowych. Apel do administracji: współpracownicy w urzędach finansowych muszą być lepiej wykształceni, ażeby udzielić przedsiębiorstwom wymaganej pomocy. Można wymienić to jako jeden przykład przy dużej ilości podobnych problemów.

Zanim zebrano bazę doświadczeń podczas przystępowania Hiszpanii i innych południowoeuropejskich państw, którym nie zostały w ogóle zagwarantowane żadne środki umożliwiające wstąpienie do Unii Europejskiej, Komisja Europejska próbowała inaczej potraktować ten temat, ażeby złagodzić proces akcesyjny.

Europejska Unia zorganizowała trzy wspomagające programy strukturalne: PHARE, SAPARD i ISPA. Najważniejszym programem z tego szeregu jest dla Polski SAPARD, ponieważ wspiera on projekty w rolnictwie i w rozwoju wiejskim, a także ma złagodzić skutki procesu akcesyjnego w rolnictwie. Osiągnięte ma być to po przez strukturalne zmiany, po przez stworzenie możliwości, które będą potrafiły szybciej włączyć zatrudnionych w rolnictwie niż w innych obszarach.

Jednak program nie funkcjonuje tak jak się spodziewano. Chodź do dyspozycji były obfite środki, bądź co bądź pozostało 312 milionów €. Brakuje programów godnych poparcia. Kiedy są środki do dyspozycji, ale nie ma pomysłów, które mogłyby doprowadzić do utworzenia programów umożliwiających wsparcie, to taki rozwój jest niezadowolający. Wstrzymam się przed osądem tego, czy jest to błąd komisji czy strony polskiej. Sytuacja taka nie może dalej istnieć i z obu stron konieczna jest nad tym praca, tak żeby problem ten nie przeniósł się na grunt funduszy strukturalnych.

Wielkim problemem europejskim jest temat bezrobocia, które w Polsce wynosi 18 % przy stopie zatrudnienia stanowiącej 53 %. Tym samym Polska jest mocno oddalona od celu jaki towarzyszył strategii lizbońskiej. Strategia lizbońska Komisji Europejskiej wytyczyła sobie cel utworzenia z Europy konkurencyjnego i innowacyjnego obszaru

gospodarczego Europy. Przy czym stopa zatrudnienia miałyby wynosić 70 procent. Widzimy, że jest tutaj do pokonania ogromna przepaść.

Szczególnie przerażająca jest liczba ludzi pozostających przez długi okres czasu na bezrobociu, wynosi ona prawie 10 %. Przy czym trzeba uwzględnić jeszcze jedno duże niebezpieczeństwo, które grozi z zakresu rolnictwa, gdzie czynni zawodowo stają się bezrobotni. Bądź co bądź jest to 18 % zarobkujących. Oczywiście problem ten mają także inne kraje członkowskie Unii Europejskiej. Zagrożenie to stanowi tło obaw w Niemczech podczas dyskusji nad swobodnym przepływem siły roboczej. Istnieje obawa, że polska siła robocza zabierze miejsca pracy Niemcom. Nasze doświadczenia i doświadczenia przedsiębiorstw znajdujących się blisko granicy różnią się od tych scenariuszy. My staramy się ciągle przekazywać Rządowi Federalnemu, że część pracodawców z regionów granicznych jest właśnie wdzięczna, kiedy może rekrutować siłę roboczą z Polski.

Teraz właśnie zaczyna obowiązywać uregulowanie Dwa plus Trzy plus Dwa, według którego niemiecki rynek pracy będzie szczelny najpierw jednorazowo na okres dwóch lat. Jak będzie wyglądało to dalej, zależy od istniejącej sytuacji. Może będziemy znajdować się w okresie walki wyborczej albo będzie można temat ten rzeczowo przedyskutować. Rząd Federalny musi potem zredagować sprawozdanie dla Komisji i musi poinformować, z jakich powodów rynek pracy nie może zostać otwarty. Po następnych trzech latach ma miejsce ta sama procedura raz jeszcze. Ostatecznie po specjalnym zatwierdzeniu jest jeszcze możliwość ustalenia terminu prekluzyjnego na następne dwa lata. Wtedy to niemiecki rynek pracy jest szczelny na 7 lat dla wszystkich państw przystępujących do Unii Europejskiej.

Z drugiej strony państwa ubiegające się o członkostwo stwierdziły podczas negocjacji, że przysługuje im to samo prawo. To oznacza dla niemieckich przedsiębiorstw określone utrudnienia podczas działalności w Polsce. DIHK zwrócił na to wcześniej uwagę.

Holandrzy stwierdzili, że u nich rynek pracy zostanie otwarty najpóźniej po dwóch latach. Dłuższa regulacja na korzyść Niemiec może zostać tym samym udaremniona, gdyż po dwóch latach polski pracodawca może się osiedlić w Holandii i tam wykonywać zlecenia wraz ze swoją siłą roboczą. Wprawdzie uszczelniliśmy rynek pracy, ale ostatecznie nie osiągnęliśmy dużo.

Jednakże możemy być szczęśliwi z tego, co osiągnęliśmy. Polska jest jednym z najważniejszych partnerów niemieckiej gospodarki w całym handlu z środkową i wschodnią Europą. Według ankiety przeprowadzonej przez DIHK ta pozytywna tendencja będzie trwać. Z drugiej strony życzymy sobie, żeby przybywało więcej inwestorów z Polski do Niemiec. Tutaj jest także parę rzeczy do zrobienia, ponieważ rzeka inwestycji nie powinna być jednokierunkowa, lecz powinna być bilateralna. W handlu funkcjonuje to bardzo dobrze, przy inwestycjach dzisiaj nieco gorzej. Chcemy żywić nadzieję, że w przyszłości niejedno zostanie zrobione poprzez rozszerzenie na wschód Unii Europejskiej. Czekamy w napięciu na noc 30 kwietnia, podczas której to kontrola towarów na granicach zostanie zniesiona i jedynie zachowana zostanie kontrola osobista. Mamy nadzieję, że wraz z dalekowzrocznością i zrozumieniem rzeczy ta dziwna sytuacja zostanie zlikwidowana.

Teilnehmerliste

- Bandilla**, Gerd –
Heimatkreisvertreter Lyck
- Burger**, Dr. Norbert –
Oberbürgermeister der Stadt Köln a.D.
- Domin**, Marek –
Bürgermeister der Stadt Bischofsburg
- Gisman**, Jozef –
Landrat des Kreises Kedzierzyn-Cosel
- Grunwald**, Ernst –
Heimatkreisvertreter Röbel
- Haedge**, Marion –
Heimatkreisvertreterin Neidenburg
- Harder**, Gisela –
Stellv. Heimatkreisvertreterin Mohrungen
- Hellmich**, Adolf –
Kölner Stadtrat a.D.
- Hinz**, Bernd –
Stellv. Sprecher Landsmannschaft Ostpreußen
- Hoch**, Henryk –
Vorsitzender des Deutschen Vereins in Osterode (Ostpr.)
- Hufenbach**, Gottfried –
Heimatkreisvertreter Allenstein-Stadt
- Hugo**, Manfred –
Landrat des Kreises Osnabrück
- Jeziarski**, Slawomir –
Landrat des Kreises Elbing
- Jurczak**, Alojzy –
Stellv. Landrat des Kreises Treuburg
- Kaczmarczyk**, Ryszard –
Landrat des Kreises Rastenburg
- Katzmarzik**, Manfred –
Geschäftsführer KG Ortelsburg
- Kawlath**, Erhard –
Heimatkreisvertreter Lötzen
- Kulis**, Miroslaw –
Bürgermeister a.D. der Gemeinde Wartenburg
- Kunc**, Wlodzimierz -
Landrat des Kreises Braunsberg
- Lipski**, Janusz –
Landrat des Kreises Osterode (Ostpr.)
- Matthée**, Dr. Heinrich –
Heimatkreisvertreter Treuburg
- Michalski**, Leo –
Heimatkreisvertreter Allenstein-Land
- Mordasiewicz**, Tadeusz –
Bürgermeister der Stadt Rastenburg
- Mrozinski**, Henryk –
Bürgermeister der Stadt Braunsberg
- Nadolny**, Siegbert –
Heimatkreisvertreter Sensburg
- Nosewicz**, Jan –
Bürgermeister der Stadt Osterode (Ostpr.)
- Nowakowski**, Janusz –
Oberbürgermeister der Stadt Lyck
- Obiala**, Inge –
Vorsitzende des Deutschen Vereins in Pr. Holland
- Olszewski**, Waclaw –
Bürgermeister der Stadt Treuburg
- Oprzynska**, Helena –
Vorsitzende des Deutschen Vereins in Rastenburg
- Padzior**, Stanislaw –
Vorsitzender des Rates der Stadt Pr. Holland
- Pauluhn**, Fritz –
Heimatkreisvertreter Angerapp
- Piotrowska**, Jolanta –
Bürgermeisterin der Stadt Lötzen
- Protas**, Jacek –
Landrat des Kreises Heilsberg
- Ramotowski**, Stanislaw –
Landrat des Kreises Treuburg
- Reck**, Klaus –
Vorstand Kreisgemeinschaft Lötzen
- Romanowski**, Maciej –
Stellv. Landrat des Kreises Elbing
- Ruhnau**, Manfred –
Heimatkreisvertreter Braunsberg
- Sadowski**, Kurt-Werner –
Heimatkreisvertreter Angerburg
- Schirmbeck**, Georg –
Abgeordneter des Deutschen Bundestages
- Schlegel**, Friedhelm –
Vorstand Kreisgemeinschaft Naugard
- Schlegel**, Margrit –
Präsidentin Pommerscher Kreis- und Städtetag
- Sierzputowski**, Adam –
Landrat des Kreises Allenstein
- Sniecikowski**, Wieslaw –
Bürgermeister der Stadt Pr. Holland
- Strazewicz**, Waclaw –
Landrat des Kreises Lötzen
- Targan**, Alfons –
Heimatkreisvertreter Stuhm
- Troszynski**, Pawel –
Ratsherr der Stadt Pr. Holland
- Trznadel**, Henryk –
Stellv. Bürgermeister der Stadt Treuburg
- Wagner-Rybinska**, Anna –
Minderheitenbeauftragte des Landkreises Allenstein
- Woike**, Kurt –
Vorstand Kreisgemeinschaft Heiligenbeil
- Wunsch**, Horst –
Heimatkreisvertreter Thorn Stadt und Land
- Zak**, Dr. Witold-Wladyslaw –
Stellv. Kreispräsident des Landkreises Elbing

Medienvertreter

- DeutschlandRadio
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Kölner Stadtanzeiger
Preußische Allgemeine Zeitung
Deutscher Ostdienst



Tagungsleiter Bernd Hinz, Kölns Ehren-Oberbürgermeister Dr. Norbert Burger und der ehemalige ostpreußische Kölner Stadtrat Adolf Hellmich.

Preussische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Landmannschaft Ostpreußen e.V.

Parkallee 84 – 86 / 20144 Hamburg

www.ostpreussen.de